

Solidarität Demokratie Zukunft

DGB

GEGENBLENDE

Das gewerkschaftliche Debattenmagazin · www.gegenblende.de

Ausgabe 17 · September/Oktober 2012

Vernachlässigte Staatsaufgaben

Impressum

Deutscher Gewerkschaftsbund
Redaktion GEGENBLENDE, Dr. Kai Lindemann
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Telefon +49 (0) 30 24 060 757, E-Mail kai.lindemann@dgb.de

Hinweis: Die GEGENBLENDE-pdf-Version enthält keine ausführlichen Autorenprofile,
Bilder und Kommentare. Diese sind auf der Homepage www.gegenblende.de einsehbar.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Editorial	4
„Die Zeit ist reif...“	5
von Dr. Ulrich Schneider	
Und nun? (Kolumne).....	8
von Tom Schimmeck	
Prekäre Beschäftigung von Hochqualifizierten	12
von Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling	
Ein menschenwürdiges Existenzminimum für alle	20
von Jutta Roitsch	
Es gibt keinen Widerspruch zwischen dem Markt und einem sozialen Europa	25
von Prof. Dr. Brigitte Young	
Die Schuldenfrage ist eine Verteilungsfrage	29
von Dr. Dierk Hirschel	
Finanzkrise oder Katastrophe?	34
von Dr. Wolfgang Hetzer	
Wie können hohe Einkommen und Vermögen wieder stärker besteuert werden? ...	38
von Dr. Stefan Bach	
Solidarität – Plädoyer für die Rettung eines Begriffs	43
von Timm Steinborn	

Hartz IV: Das doppelte Schisma oder: Das stählerne Gehäuse der Angst	46
von Albrecht von Lucke	
Bildung „im Paket“ ist kein Ersatz für ein höheres Existenzminimum bei Kindern	51
von Ingo Kolf	
Transeuropäische Energieinfrastruktur – Herzstück einer modernen Industriepolitik.....	53
von Egbert Biermann und Dr. Kurt F. Meier	
Zur Geschichte der tunesischen Gewerkschaftsbewegung, Teil II	60
von Dr. Rainer Fattmann	
Surfen im Internet mit Scheuklappen? (Buchrezension)	67
von Martina Hesse	
Jenseits des BIP	69
von Prof. Dr. Gerd G. Wagner & Heinrich Tiemann	
Europa als Sonderwirtschaftszone	74
von Tomasz Konicz	
Klimawandel im amerikanischen Wahlkampf.....	78
von Dr. Erich Vogt	
Positionen zur Europäischen Wirtschaftsregierung	86
von Bernhard Pfitzner	
Postwachstum? Über eine eigentümliche Debatte	91
von Dr. Matthias Zimmer	
Glücksgefühle (Filmkritik)	98
von Jürgen Kiontke	

Editorial

Die Ausgabe 17 der GEGENBLLENDE beschäftigt sich mit vernachlässigten Staatsaufgaben, die in erster Linie in einer gerechten Verteilungspolitik zu verorten sind. Aber auch sozialpolitische Defizite und Sackgassen werden in Beiträgen angemahnt. Politik für einen nachhaltigen Wachstumspfad leidet unter chronischer Vernachlässigung und ist deshalb auch in dieser Ausgabe Thema.

Eine gute Lektüre der pdf-Ausgabe wünscht

Kai Lindemann

„Die Zeit ist reif...“

von Dr. Ulrich Schneider

Die Finanznot der öffentlichen Haushalte stellt mittlerweile nicht nur theoretisch, sondern ganz praktisch eine echte Bedrohung unseres Sozialstaates dar. In den Kommunen besteht ein Investitionsrückstand von fast 100 Milliarden Euro.[1] Über ein Viertel davon entfallen allein auf Schulen und andere Bildungs- und Erziehungseinrichtungen. Sporthallen und Spielplätze sind vielerorts in marodem Zustand. Schwimmbäder, Büchereien und Theater werden geschlossen. Jugendzentren und Projekte in so genannten sozialen Brennpunkten sind genauso Opfer dieser Entwicklung wie Seniorentreffs oder familienunterstützende Dienste – Einrichtungen, die für die Lebensqualität in einer Kommune von zentraler Bedeutung sind. Echte Armutsregionen sind in Deutschland mittlerweile entstanden. Von gleichwertigen Lebensbedingungen, wie sie das Grundgesetz fordert, kann keine Rede mehr sein. [2]

Mit der Schuldenbremse wird sich die Situation dramatisch verschärfen. Alleine der Bund muss in den nächsten drei Jahren ein Defizit von 20 Milliarden Euro beseitigen.[3] Auch in vielen Bundesländern sind die Aussichten düster: In Nordrhein-Westfalen beträgt das Defizit 5 Milliarden Euro, insgesamt 10 Prozent des gesamten Haushaltes. In Bremen sind es 27 Prozent und im Saarland sogar 32 Prozent des Haushaltes.[4]

Schulden und Armut

Fakt ist: Für die Umsetzung einer Pflegereform, die den Namen auch verdient, brauchen wir rund 8 Milliarden Euro jährlich. Für die Einführung einer Zuschussrente zur notwendigen Vermeidung von Altersarmut geht selbst das Bundesarbeitsministerium mittelfristig von jährlichen Kosten in Höhe von 3,4 Milliarden Euro aus. Für eine verfassungsgemäße Ausgestaltung von Hartz IV, die nach wie vor aussteht, sind weitere 5 Milliarden Euro erforderlich. Die notwendigen laufenden Mehrkosten für Erziehung und Bildung sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Die Bundesregierung hat bisher in ihren Konsolidierungsbemühungen fatalerweise fast ausschließlich auf Ausgabenkürzungen gesetzt. Verlierer dieser Politik waren vor allem Langzeitarbeitslose, arme Familien, Wohngeldbezieher und andere Hilfebedürftige. Die Konsolidierung des Haushaltes wurde mit der immer tieferen Spaltung der Gesellschaft und der immer weiteren Ausgrenzung ohnehin benachteiligter Gruppen erkaufte.[5] Diesen Weg so weiterzugehen heißt die

Konsolidierung mittels weiterer Ausgrenzung und letztlich dadurch zu erkaufen, dass das über Jahrzehnte erfolgreiche Sozialstaatsmodell Deutschland selbst der Entschuldungspolitik geopfert wird. Wer jedoch diesen Sozialstaat weiter will, muss sich auch zu den damit verbundenen Mehrkosten bekennen. Alles andere käme der Quadratur des Kreises gleich.

Demographie und Nachhaltigkeit

Unseren Enkeln einen schuldenfreien Staatshaushalt zu hinterlassen, ist sicherlich ein anerkanntes Ziel. Diesen ausgeglichenen Haushalt jedoch dadurch zu ermöglichen, dass wir unseren Nachkommen zugleich renovierungsbedürftige Schulen ohne Lehrer, geschlossene Schwimmbäder und kulturfreie Kommunen hinterlassen, kann ebenfalls nicht die Lösung sein. So unangenehm es ist und auch wenn es keiner so recht hören will: Wir müssen die Verteilungsfrage jetzt und neu stellen.[6]

Geld ist da. Deutschland ist gemessen am Bruttoinlandsprodukt nach wie vor das viertreichste Land der Erde. Wir kommen angesichts der sozialen und demografischen Herausforderungen, vor denen Deutschland steht, nicht herum, sehr Vermögende zur Finanzierung der Lasten stärker als bisher heranzuziehen. Das heißt konkret: Große Vermögen, Erbschaften, sowie hohe Einkommen müssen stärker besteuert werden als es derzeit der Fall ist. Es geht dabei nicht um Neid, sondern um soziale Gerechtigkeit. Es geht nicht um Klassenkampf, sondern um Vernunft.

Vernunft statt Sparwahn

Den rund 2 Billionen Euro öffentliche Schulden stehen in Deutschland fast 5 Billionen Euro Geldvermögen der privaten Haushalte gegenüber. Dabei wächst das private Vermögen deutlich schneller als die öffentliche Verschuldung. Und wir wissen auch: Dieses Vermögen ist extrem ungleich verteilt.[7] Teilen sich die obersten 30 Prozent auf der Wohlstandsskala über 90 Prozent des Gesamtvermögens, lebt der ganz überwiegende Teil der Bevölkerung mehr oder weniger von der Hand in den Mund. Rein volkswirtschaftlich betrachtet leben wir eigentlich in der hochkomfortablen Situation unsere Finanzierungsprobleme durch Umverteilung lösen zu können, ohne dass auch nur ein einziger der Vermögenden in seiner Lebensqualität in irgendeiner Weise beeinträchtigt werden müsste. Nach Berechnungen des DIW würde allein eine Vermögensteuer von nur 1,5 % und großzügigen Freibeträgen (1 Million Euro für jeden Erwachsenen, 250 000 Euro für jedes Kind und 5 Millionen Euro für Betriebsvermögen) bereits über 20 Milliarden Euro in die öffentlichen Kassen spülen. Ähnliche Effekte ließen sich mit einer moderaten Anhebung der Erbschaftssteuer und einer stärkeren Besteuerung von Kapitalerträgen erzielen. [8]

Voraussetzung für ein solches Umsteuern ist jedoch eine breite öffentliche Aufklärung über die Vermögensverhältnisse in Deutschland, über die Wirkungen der aktuellen Steuer- und Haushaltspolitik und über die unvermeidlichen Kosten unseres Sozialstaates.

Als das neue Bündnis „UmfairTeilen“ aus Sozialverbänden, Gewerkschaften, Attac und anderen Initiatoren Anfang August zum ersten Mal an die Öffentlichkeit ging und zu seinem ersten Aktionstag am 29. September 2012 aufrief, war nicht nur das Medienecho überwältigend. [9] Es ist vor allem die Vielzahl an örtlichen Initiativen, die plötzlich entstanden, und die Vielzahl an Unterstützern, die sich zu einer neuen solidarischen Verteilungspolitik bekannten, die Verdi-Chef Frank Bsirske, bestätigen sollten, als er als einer der Initiatoren dieses Bündnisses bei seiner Präsentation lakonisch feststellte: „Die Zeit ist reif!“ [10]

Literatur/Quellen:

[1] Vgl. Deutsches Institut für Urbanistik 2012: KfW-Kommunalpanel 2011 Hg: KfW-Bankengruppe 2012

http://www.kfw.de/kfw/de/I/II/Download_Center/Fachthemen/Research/PDF-Dokumente_KfW_Kommunalpanel/KfW-Kommunalpanel_2011_LF.pdf (Abfrage August 2012)

[2] Vgl. Schneider U.; G. Stilling, Ch. Woltering: Von Verhärtungen und neuen Trends. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2011 Hg. Paritätischer Wohlfahrtsverband Eigenverlag 2012

[3] Vgl. IW-Dienst Nr. 13 v. 29. März 2012 S. 3

[4] Nach Berechnungen des IW Köln unv. Manuskript 2012

[5] Vgl. Martens R. 2010: Atlas der Sozialkürzungen der Bundesregierung 2011-2014 Hg. Paritätischer Gesamtverband 2010

[6] Vgl. Schneider U./Ch. Woltering 2012: Solidarisches Sanieren – Mit Umverteilung gegen Staatsverschuldung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 4/2012 S. 103 ff.

[7] Vgl. Frick J., M. Grabka 2009: Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. In: Wochenbericht des DIW Berlin 4/2009 S. 54 ff.

[8] S. Schneider U., Ch. Woltering a.a.O. s. 109 f.

[9] Alle Infos zum Bündnis und zum Aktionstag unter www.umfairteilen.de

[10] Bsirske: „Die Zeit ist reif für Umverteilung“ in: DIE WELT v. 4. August 2012

Autor: Dr. Ulrich Schneider, Geboren am 14. August 1958 in Oberhausen, seit 1999 Hauptgeschäftsführer beim Paritätischen Gesamtverband

Und nun? (Kolumne)

von Tom Schimmeck

Brüder, zur Sonne, zur... Kassenärztlichen Vereinigung? Da zuckt der Leser. Tatsächlich aber birgt der aktuelle Ärzteprotest ein paar Lektionen auch für uns Geringverdiener. Von den Ärzten lernen heißt Siegen lernen.

Verhandlungsabbruch, Protest, Ultimatum, Klage, Streik. Der Kampf der niedergelassenen Ärzte um mehr Geld kommt wuchtig daher. Standesvertreter überbieten sich in Verbalradikalismus. Die Krankenkassen, dröhnt Bundesärztekammer-Präsident Frank Ulrich Montgomery, bildeten ein „völlig verantwortungsloses Machtkartell“, das versuche, die Ärzte „unter seine Knute zu zwingen“. Er verspricht einen „heißen Herbst“. Klaus Reinhardt, Vorsitzender des Hartmannbundes, geißelt die „unverschämten Forderungen“ der Kassen und eine „Zersetzung unseres Gesundheitssystems“. Dirk Heinrich, Oberhaupt des Verbandes der niedergelassenen Ärzte, schimpft über ein „verheerendes Signal“ und will auf die Straße gehen. Andreas Köhler, Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), die elf Prozent mehr Geld für 2013 gefordert hatte, erklärt die Stimmung in der Ärzteschaft für „hochexplosiv“. Die Nation, schallt es aus seiner KBV, sei „auf dem Weg in eine Kassenräterepublik“. Es gehe um die „Machtfrage“.

Was ist daraus zu lernen? Zunächst, dass es noch kampfstarke Interessen in Deutschland gibt. Und sich aus komfortabler Position offenbar prächtig protestieren lässt. Sofern man über das nötige Standesbewusstsein verfügt. Ein niedergelassener Kassenarzt verdient – laut Honorarbericht der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), also sozusagen nach eigenen Angaben – monatlich im Schnitt 5442 Euro netto, fast genau das Doppelte des deutschen Durchschnittseinkommens pro Haushalt. Die Vergütung der Ärzte ist laut AOK zwischen 2007 und 2011 um 16

Prozent gestiegen. Eine Studie der GKV zeigt, dass der Überschuss aus kassenärztlicher Tätigkeit 2011 pro Arzt 134.000 Euro betrug - plus selbst abgerechneter Zusatzleistungen - plus Einnahmen durch die Privatpatienten. Das statistische Bundesamt ermittelte für 2003 pro Doktor einen durchschnittlichen ärztlichen „Reinertrag“ von 126.000 Euro. 2007 betrug dieser bereits 142.000 Euro, laut Hochrechnung des Spitzenverbandes der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen GKV dürfte er 2010 bei 164.000 Euro angekommen sein. Die Ärztehonorare sind von 27,4 (2007) auf 33,3 Milliarden Euro (2011) gestiegen.

Es geht aufwärts für den Kassendoktor. Aber der Sound ist ein anderer. Denn die Ärztesfunktionäre haben enorme Erfahrungen im Wehklagen und Radau-Machen. Der Bauer stöhnt über das schlechte Wetter, der Arzt über das miserable Honorar, das lange Studium, das Risiko. Schon beim ersten „Ärztestreik“ 1977 wetterten die Wortführer gegen die „sozialistische Langzeitstrategie“ der damals sozialliberalen Bundesregierung unter Helmut Schmidt.

Faktor Zwei – der Kabinetttisch

Hinzu kommt – Faktor zwei –, dass die aktuelle Bundesregierung von zwei Parteien bestückt wird, die den Weißkitteln höchst wohlgesonnen sind. Die Lobby sitzt am Kabinetttisch und macht sich stark für den niedergelassenen Arzt: „Die Kassen haben mit ihren überzogenen Kürzungsforderungen den Unmut der Ärzte erzeugt“, erklärt Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) in „Bild“.

Die deutschen Gewerkschaften sind dementsgegen oft nicht nur sehr weit vom Kabinetttisch entfernt, sondern auch – Faktor drei – vom Mainstream der **veröffentlichten** Meinung. Ihre – in aller Regel deutlich moderateren – Forderungen gelten schnell als „überzogen“, sie selbst als *ideologisch*, *gestrig*, als *Bremser* und *Reformverweigerer*. Das Problem ist nicht neu. Es besteht spätestens seit jenen Tagen, als sich die vermeintlichen Freunde der rotgrünen Regierung in das neoliberale Credo fügten, den Großunternehmen Milliarden an Steuergeschenken überreichten, Einkommens- und Erbschaftssteuern senkten, die Finanzbranche „deregulierten“ und den Reigen der „Hartz-“Gesetze ins Werk setzten.

Der Glaube an die – man mag es schon gar nicht mehr hinschreiben: – *Selbstregulierung* der Märkte, an Entstaatlichung und Deregulierung als Motor gesellschaftlichen Wohlstands und Fortschritts sollte spätestens durch die Krisen der letzten Jahre als fataler Irrglaube entzaubert sein. Doch diese Hilfsreligion ist zäh, sie spukt noch immer in den Köpfen vieler politmedialer Vorbeter. Das durfte Anfang August auch die Kampagne „UmFAIRteilen“, ein Bündnis aus über 80 Organisationen – erleben, als es die Wiedereinführung der seit 15 Jahren „ausgesetzten“ Vermögensteuer, eine einmalige Vermögensabgabe, eine Steuer auf

Finanzmarktgeschäfte und den „konsequenten Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen“ verlangte.

Die Allianz verwies darauf, wie weit die Schere inzwischen aufgeklappt ist: dass die mittellose Hälfte der Deutschen nur mehr über 1,4 Prozent des angehäuften Reichtums verfügt, während das oberste Promille knapp ein Viertel aller privaten Sach- und Geldwerte besitzt, die für 2011 auf gut 10 Billionen Euro geschätzt werden. Dass die Kaufkraft der Massen seit der Jahrtausendwende stagniert. Dass vom Wachstum fast nur noch die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung profitieren.

Faktor drei – die tonangebenden Medien

Die längst vorhersagbare Reaktion der **veröffentlichten** Meinung in den entsprechenden Medien: Kopfwackeln, Belehrungen, gönnerhaftes Grinsen, Spott. Von Sozialromantik und Neid, von „linken Kampfthemen“ („Rheinische Post“) und „Klassenkämpferrhetorik“ („Tagesspiegel“) war sogleich die Rede. „Bild“ warf sich für die geschröpften Reichen in die Bresche („Der Staat kann nicht mit Geld umgehen.“) Der dubiose „Bund der Steuerzahler“ erlebte eine weitere mediale Sternstunde. In Talkshows kreischten Millionärinnen. Das „Handelsblatt“ kündigte seinem SPD-Liebling Peer Steinbrück die Freundschaft („Schuldenpolitiker“), nachdem dieser Steuererhöhungen für denkbar erklärt hatte. Die ohnehin schlimm steuerbelasteten Reichen, wehklagte die „Welt“, würden „zu nützlichen Idioten einer seelenlosen Gleichmacherei“.

Es bewegt sich wenig. Wir drehen uns im Kreis. In Südeuropa wachsen die Spannungen. Auch außerhalb Europas ist immer häufiger von Sozialprotesten zu hören. Hierzulande aber bleibt es irritierend still. Unsere Medien übertragen allenfalls ein leises Knirschen im Sozialstaatsgebälk.

Auch die organisierte Entrüstung selbst wirkt bislang eher pflichtschuldig. Spricht hier echter Zorn, aus dem eine wirklich andere Politik erwächst? Wie viel Resignation ist schon eingepreist? Alle Umfragen zeigen: Die Menschen verlangen nach mehr Gerechtigkeit. Sie verachten Spekulanten. Sie wollen einen Mindestlohn. Selbst auf Sylt, las ich neulich, applaudiert man jetzt höflich Sarah Wagenknecht.

Faktor XY – was kommt?

Und doch fragt man sich, was tatsächlich geschehen wird, sollte die SPD im kommenden Jahr einen Machtwechsel bewerkstelligen. Kann die Partei einen Elan entwickeln, der an den der Kassenärzte heranreicht? Wird sie die „Machtfrage“ stellen? Wird sie auch nur die Kraft aufbringen, zumindest den eigenen Blödsinn zu revidieren?

Vor einem Jahr veröffentlichte der alte Salonlöwe Michael Naumann, Schröders Ex-Kulturstaatsminister, einen recht schmerzvollen Aufsatz. Naumann, wahrlich nicht des Linksradikalismus verdächtig, erinnerte sich einer vorweihnachtlichen Kabinettsrunde anno 1999, frisch in Berlin, noch im alten Staatsratsgebäude der ehemaligen DDR. Die FAZ hatte am Morgen jenes Tages enthüllt, dass die glorreiche rot-grüne Steuerreform, genauer: der Verzicht auf die bisherige Form von Körperschaftssteuer (auch noch rückwirkend), „den deutschen Banken und Versicherungen Einnahmen von mehr als 23,6 Milliarden Euro in die Bilanzen spülen“ würde. „Mit dieser Dotation“, witzelte Naumann, „hätte die DDR noch viele Jahre lang überlebt.“

Warum das beschlossen wurde? „Womöglich“, mutmaßt Naumann, „steckte hinter der großzügigen Geste nichts anderes als der klassische Habitus der SPD, den konservativen Kräften und Wählern der Gesellschaft zu beweisen, dass man, einmal an der Regierung, keineswegs die gute, alte Umverteilungstruppe sei, sondern, im Gegenteil, eine wirtschaftsnahe Partei, die das Vertrauen des Kapitals verdiene.“

Womöglich. Der alte Reflex. Nur nicht zu weit gehen, nicht das Vaterland verraten. Es war die Zeit, da sich Schröder, Blair und Clinton unterhaken, die „neue Mitte“ und den „dritten Weg“ an die Wand malten, ihre neue kapitalistische Zauberformel. Was wird die SPD diesmal beweisen wollen? Wovon träumt sie?

Insgeheim wünscht sich Deutschland weiter diese solide, gemütliche, gutbürgerliche, langweilige, aber verlässliche Mitte. War die doch, so diagnostizierte der Sozialwissenschaftler Herfried Münkler letztes Jahr, „der Stabilitätsanker der Bonner Republik“; sorgte dafür, „dass Bonn nicht Weimar wurde“. Diese starke, selbstgewisse Mitte aber sei, weiß auch Münkler, „seit geraumer Zeit gefährdet, und zwar sowohl als politische als auch als soziale Mitte.“ Weil sich zunehmend die Vorstellung breitmache, „dass die Gesellschaft in eine obere und untere Hälfte zerfällt“:

Was bleibt? Ein verletztes Gerechtigkeitsgefühl. Und die gefährliche Angst vorm Absturz, die Quell für vielerlei Verachtung ist. Was bleibt: Diese diffuse, sich von innen und außen bedroht fühlende, von Tag zu Tag hangelnde Merkel-Mitte, die nur noch Sehnsucht und Nostalgie ist, ohne Plan. Während Reich und Arm weiter auseinander driften. Es ist höchste Zeit, eine Zukunft zu formulieren - über Steuersätze hinaus.

Sogar bei den Kassenärzten gibt es große Klassenunterschiede. Ganz oben rangiert der Radiologe, deutlich tiefer der Hausarzt, am unteren Ende der Psychotherapeut. Der niedergelassene Onkologe kommt nach Expertenschätzungen auf gut 15.000 Euro Gewinn im Monat, der Psychiater steht eher bei 6300 Euro. Aber das ist Sache der ärztlichen Selbstverwaltung.

Wir sollten uns endlich um unsere Gesellschaft kümmern.

Autor: Tom Schimmeck, 51, Mitgründer der taz, ehemals Redakteur von taz, Tempo, Spiegel, profil und Woche, Autor von FR, Zeit, Süddeutsche, Geo u.v.a.m., ist freier Autor im Bereich Politik, Gesellschaft und Wissenschaft, produziert derzeit vor allem Hörfunk-Feature. Sein Buch "Am besten nichts Neues" erschien 2010.

Prekäre Beschäftigung von Hochqualifizierten

von Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling

Das Beispiel der Kulturberufe

Die Pflege von Kultur im weitesten Sinne gehört zu den wichtigen Bereichen einer wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft. So ist im Abschlussbericht der Enquete Kommission „Kultur in Deutschland“ ausgeführt, dass die Kulturwirtschaft sich zu einer Zukunftsbranche mit Wachstums- und Beschäftigungspotential entwickelt habe. „Hier entstehen Arbeitsplätze und Wertschöpfung – vor allem in Klein- und Kleinstunternehmen. Sie sind das Kraftzentrum der Kulturwirtschaft und der Beginn der Wertschöpfungskette.“ (Kultur in Deutschland, 2007, S.7)

In einer Äußerung aus einem weiteren Gutachten „Kulturwirtschaft in Deutschland. - Grundlagen, Probleme, Perspektiven.“ heißt es: „Angesichts ihres großen Einflusses auf die Imagebildung von Städten avancierte die Kultur zum wichtigen Standortfaktor und zum Kernelement einer wachstumsorientierten bzw. den Strukturwandel unterstützenden Wirtschafts- und Standortpolitik der Städte.“ (Kulturwirtschaft 2007, S.12)

In diesem Zusammenhang kann nicht weiter auf die Debatte um die Ökonomisierung nahezu aller gesellschaftlichen Lebensbereiche – also auch von Kunst und Kultur – eingegangen werden. Nur soviel: Mit dem Begriff der „Kolonialisierung der Lebenswelt“ hat beispielsweise Jürgen Habermas beschrieben, wie ökonomische Kalküle in alle Handlungssphären einsickern. Im Zusammenhang mit dem Thema „Beschäftigung“ spielen wirtschaftliche Faktoren eine herausragende Rolle; insbesondere dann, wenn der Kultur ein so hoher - auch ökonomischer - Stellenwert zugemessen wird.

Vorbemerkung: Zur Datenlage

Die Datenlage über die Einkommens- und Vermögensverteilung ist in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen europäischen Ländern insgesamt sehr schlecht. Weder stehen die Daten zeitnah zur Verfügung noch werden alle Einkunftsarten präzise erhoben. Besonders schwer zu erfassen ist die Einkommensverteilung der selbstständig Erwerbstätigen. Die Angaben beruhen auf Selbstauskünften, was zu regelmäßigen Über- oder Unterschätzungen der Einkommenshöhe führen kann.

Vergleichsweise verlässliche Quellen sind die Einkommenssteuerstatistik und die Angaben der Künstlersozialversicherung (KSK). Nach Angaben der KSK liegen die Durchschnittseinkommen der aktiv Versicherten bei 11 091 Euro im Jahr 2005 und nach der Einkommenssteuerstatistik aus dem Jahr 1992 bei 10 400 Euro. Obwohl alle diese Zahlen noch nichts über die Situation der Beschäftigten in den Museen aussagen, erlauben sie doch indirekte Rückschlüsse. Es fällt auf, dass während dieser Zeitspanne für alle Kulturberufe keine nennenswerten Einkommensverbesserungen erzielt werden konnten, sogar bei Berücksichtigung der inflationsbedingten Geldentwertung eine Einkommensreduzierung zu verzeichnen ist.

Für die Beschäftigung in Museen gilt, dass es drei Gruppen von MitarbeiterInnen gibt: Neben Festangestellten gibt es freie MitarbeiterInnen und Ehrenamtliche bzw. freiwillige MitarbeiterInnen.

Sinn und Chancen der Freiwilligenarbeit bzw. der ehrenamtlichen Arbeit bedürfte einer gesonderten Erörterung. Im Vordergrund der folgenden Ausführungen stehen die Beschäftigungssituation und die Arbeitsbedingungen der selbstständigen MitarbeiterInnen.

Prekäre Beschäftigung

In dem Gutachten „Kulturwirtschaft in Deutschland“ wird konstatiert, dass die Umsätze in den letzten Jahren sowie die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten deutlich abgenommen hat. Insgesamt hat jedoch die Zahl der Beschäftigten zugenommen. (Kulturwirtschaft 2007, S.86) Dies sei eindeutig der Zunahme der selbstständigen Beschäftigung zu verdanken.

In den einschlägigen Untersuchungen sind sich die ForscherInnen einig, dass der Kultursektor insgesamt von Beschäftigungsverhältnissen gekennzeichnet sei, in denen die „Normalarbeitsverhältnisse“ auf der Grundlage eines unbefristeten Arbeitsvertrages kontinuierlich abnehmen. Das Normalarbeitsverhältnis ist gekennzeichnet durch tarifvertraglich festgelegte Einkommen, Vereinbarungen über Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit, den Kündigungsschutz, den Mutterschutz sowie die Sozialversicherungspflicht und Mitbestimmungsmöglichkeiten.

In weiten Teilen aller Kultursektoren dominieren jedoch befristete Arbeitsverträge, Teilzeitbeschäftigung und prekäre Arbeitsverhältnisse. Die Fragmentierung in der Arbeitswelt greift um sich, die prekäre Beschäftigung wird von der Ausnahme zur Regel und immer mehr abhängig Beschäftigte wechseln in eine Selbstständigkeit, die bei fortbestehender Abhängigkeit nur als „Scheinselbstständigkeit“ zu bezeichnen ist (vgl. Kulturwirtschaft 2007, S.177).

Prekär bedeutet im wörtlichen Sinne unsicher, misslich, schwierig, bedenklich. Als politischer Begriff wird prekär auf Lebensverhältnisse bezogen, die keinerlei Absicherungen bieten. Seit den frühen 80er Jahren wird der Begriff „prekär“ auch für Verhältnisse in der Arbeitswelt verwendet. Die Definition von prekärer Beschäftigung ist schwierig, weil nicht jede atypische Arbeit als prekär bezeichnet werden kann. Prekär ist Erwerbsarbeit dann, wenn das Entgelt deutlich unter dem Durchschnittseinkommen liegt, keine Zukunftsperspektiven für den einzelnen ermöglichen und Arbeitnehmerschutzrechte reduziert sind oder ganz entfallen. Prekäre Arbeit und Beschäftigung tritt in verschiedenen Formen auf: Als Heim-, Zeit- oder Leiharbeit, als Minijob ebenso wie als illegale, saisonale oder temporäre Arbeit oder der Arbeit als SubunternehmerIn sowie als Leiharbeit oder als Arbeit mit Werkverträgen. Das gemeinsame Merkmal all dieser Beschäftigungsverhältnisse ist das Fehlen der erkämpften tarifvertraglichen und sozialstaatlichen Absicherungen.

Prekarisierung meint jedoch wesentlich mehr als materielle Not und Unsicherheit der Lebensperspektive. Sie bedeutet Prekarisierung von sozialen und politischen Rechten sowie Angst, Stress und Unsicherheit. Die vor allem mit den Hartz-Gesetzen durchgesetzte Selbstmobilisierung bleibt in der Regel ohne Perspektive. Prekarisierung ist Teil einer neuen Herrschaftsform, die auf einer auf Dauer gestellten Unsicherheit beruht, und die Beschäftigten zur Hinnahme und Unterwerfung zwingt. Erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte ist Prekarisierung sowohl als subjektives Lebensgefühl wie als soziales Modell von einer Randerscheinung zu einer gesellschaftlichen Normalität für eine ständig größer werdende Zahl von Menschen geworden. Dies wirkt sich disziplinierend auf die „Noch“-Beschäftigten aus und führt zu einer schrittweisen Zerstörung kollektiver Formen der sozialen Sicherheit.

Zum großen Teil ist die Zunahme der Selbstständigen im Kultursektor auf das Vorgehen vieler kulturwirtschaftlicher Unternehmen zurückzuführen. Bislang abhängig Beschäftigte werden nicht weiter beschäftigt, ihnen wird eine Zusammenarbeit auf Vertragsbasis angeboten. Für viele Beschäftigte ist darüber hinaus der Weg in die (prekäre) Selbstständigkeit die einzige Alternative zur Arbeitslosigkeit. „Wenn auch die abhängige Beschäftigung nicht mehr sicher ist, erhält die selbstständige, aber „kreative“ Unsicherheit eine größere Anziehungskraft als die unkreative Beschäftigungsunsicherheit.“ (McRobbie, zitiert nach Kulturwirtschaft 2007, S. 179) Freiberuflichkeit als Alternative zur Arbeitslosigkeit

heißt, „dass viele eigentlich unterbeschäftigte Branchenangehörige eher als formal Selbstständige die „Stille Reserve“ verstärken als sich arbeitslos zu melden.“ (Henninger, Mayer-Ahuja, 2005, S.97) Diese Entwicklung läuft auf eine „Verflüssigung“ der Übergänge zwischen abhängiger und selbstständiger Beschäftigung hinaus.

Die freien MitarbeiterInnen

Qualifizierte selbstständige Arbeit stellt in vielen Bereichen in der Bundesrepublik einen relativ neuen Erwerbstypus dar. Sie wird ausgeübt durch Hochqualifizierte mit bescheidenem Einkommen unter risikoreichen Erwerbsbedingungen. Die subjektiven Faktoren ermöglichen erst das „Funktionieren“ des flexiblen Erwerbsmodells. „Auf der Basis starker intrinsischer Motivation und eines dominant wert rationalen Berufsverständnisses entwickeln die individuellen Akteure in reflexiver Weise Handlungsmuster im Umgang mit den marktradikalen Bedingungen, die eine mehr oder minder gelungene Balance zwischen individuellen Freiheitsgraden und marktlichen Restriktionen ermöglichen.“ (Betzelt 2006, S.3)

Einige Merkmale lassen sich bei **allen** AlleindienstleisterInnen wiederfinden: sie verfügen kaum über Betriebsvermögen, sondern sind auf ihr „Humankapital“ angewiesen. Tarifvertragliche und betriebliche sowie arbeitsrechtliche Sicherungen sind - wenn überhaupt - nur sehr eingeschränkt wirksam, Mitsprachemöglichkeiten bestehen bestenfalls auf der individuellen Ebene. Mit tendenziell entgrenzten Arbeitszeiten müssen sie sich in schwach regulierten Märkten behaupten. Dennoch ist eine steigende Attraktivität der AlleindienstleisterInnen für hoch Qualifizierte zu verzeichnen. Dies ist einerseits der insgesamt angespannten Arbeitsmarktlage geschuldet sowie andererseits mit der Hoffnung verbunden, selbstbestimmt arbeiten zu können. Ein neues Zusammenspiel von objektiven Erwerbsstrukturen, subjektiver Orientierung und individuellen Handlungsstrategien lassen erwarten, dass diese spezifische Erwerbsform in modernen kapitalistischen Gesellschaften zunehmen wird. Kulturberufe können als Trendsetter dieser neuen Erwerbsformen angesehen werden.

Motivation und Identifikation mit der Berufsausübung beruhen vor allem auf der sehr hohen beruflichen Qualifikation. In der Regel verfügen die Beschäftigten in Kulturbetrieben über ein abgeschlossenes Hochschulstudium und häufig auch über langjährige Berufserfahrung. Das verweist auf ein hohes kulturelles Kapital (Bourdieu 1982) als Basis für die Berufsausübung. Die Berufsverläufe der Hochqualifizierten erfordern aktive Steuerung, häufig verbunden mit diskontinuierlichen Einstiegsphasen und Statuswechseln. Die Selbstständigkeit wird von vielen überwiegend positiv bewertet. Als Vorzüge dieser Erwerbsform werden eine weitgehende arbeitsinhaltliche Autonomie, kreative Selbstverwirklichung,

Abwechslung in der Arbeit, persönliche Weiterentwicklung sowie zeitliche und räumliche Selbstbestimmung genannt.

Die Selbstständigkeit wird freiwillig oder unfreiwillig teuer erkaufte. Der Übergang in die Selbstständigkeit bringt in der Regel eine deutliche Einschränkung in den Lebensverhältnissen mit sich. Bei der abhängigen Beschäftigung immerhin noch in vollem Umfang die soziale Absicherung, d.h. die Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung, so sind die Freiberufler dafür selbst verantwortlich und häufig angesichts ihres geringen Einkommens nicht in der Lage, die Kosten der sozialen Sicherung zu tragen. Ihnen droht der Abstieg in doppelter Hinsicht in die Armut. Weil Selbstständige häufig nicht gegen Arbeitslosigkeit versichert sind, haben sie keinen Anspruch auf das Arbeitslosengeld I und fallen gleich in Hartz IV mit allen Konsequenzen; zum anderen droht die Armut in Form der Altersarmut bei Erreichen des Rentenalters.

Die Arbeitszeiten in den selbstständigen Kulturberufen differieren stark voneinander. Häufig stehen lange Arbeitszeiten nicht selbstverständlich mit hohem Einkommen in Zusammenhang. Wesentliches Merkmal von Arbeitszeit und Einkommen der Freiberufler ist deren unmittelbare Abhängigkeit von der jeweiligen Auftragslage, die mehr oder weniger großen Schwankungen unterliegt. Phasen starker Beanspruchung werden von Flautezeiten abgelöst. Der nachfragebedingte Auslastungsgrad lässt sich nur bedingt steuern. Dies wirkt sich selbstredend auf die finanzielle Situation aus. Obwohl die Einkommen in der Regel sehr niedrig sind, müssen Rücklagen gebildet werden, um wenigstens kurzfristig Flautezeiten überbrücken zu können. Die freiberuflich Tätigen sind häufig darauf angewiesen von Eltern oder vom Partner oder der Partnerin unterstützt zu werden. Dies wird als sehr belastend empfunden. Die einmal erreichte Marktposition ist nicht stabil, sondern muss immer wieder neu errungen werden. Sie unterliegen damit erhöhten Risiken im Erwerbsverlauf.

Der Anteil der Frauen in den Kulturberufen ist gewachsen. Beispielsweise liegen die Frauenanteile unter den Publizistinnen oder Designerinnen bei 43% bzw. 44% und damit auf dem Niveau der Kulturberufe insgesamt. Damit hat sich ein für Deutschland eher untypisches Muster der gleichzeitigen Akademisierung und Feminisierung durchgesetzt.

Die Geschlechtersegregation ist in den Kulturberufen im Vergleich zu anderen Bereichen der Erwerbstätigkeit schwach ausgeprägt. Es finden sich häufig Zweiverdiener-Partnerschaften. Auch für die Arbeitszeiten ergeben sich heterogene aber wenig nach Geschlecht segregierte Muster. Teilzeitselbstständigkeit ist bei beiden Geschlechtern zu finden. Deutlicher werden die Einkommensunterschiede nach Angaben der KSK von Lebensalter und Sparte wahrgenommen. So verdienen über 60-Jährige bis zu 42% mehr als BerufsanfängerInnen unter 30. Selbstständige in

der Abteilung „Wort“ verdienen im Schnitt 28% mehr als KollegInnen in der Rubrik „Musik“.

Im Hinblick auf die privaten Lebensformen zeigen sich zunächst keine fundamentalen Differenzen zu denen der abhängig Beschäftigten. Die Vorstellungen von total flexiblen und mobilen Arbeitsnomaden – wie sie aus den Zeiten des „New Economy Hype“ Ende der 90er Jahre oder der „digitalen bohème“ (Arbeitsnomaden) kolportiert werden, treffen auf die „neuen Selbstständigen“ nicht zu.

Perspektiven

Ein gesellschaftlicher Handlungsbedarf zur Absicherung einer großen Zahl von freiberuflich tätigen Menschen ist dringend erforderlich; einmal um die aktuelle Lebens- und Arbeitssituation zu stabilisieren, aber auch um der Altersarmut vorzubeugen.

Durch die Künstlersozialversicherung KSK werden die sozialen Risiken von verschiedenen Berufsgruppen (freischaffende KünstlerInnen und PublizistInnen) abgesichert. Die KSK nimmt nur solche Künstler auf, die selbstständig oder freiberuflich und ohne eigene Angestellte arbeiten. Die KSK (gegründet 1982) ist so konstruiert, dass auch Menschen ohne ein ausreichendes Einkommen mit Hilfe staatlicher Zuschüsse abgesichert sind. Die eine Hälfte der Beiträge zur Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung zahlen die selbstständigen Künstler/innen bzw. Publizist/innen. Die andere Hälfte wird aus einer pauschalen Künstlersozialabgabe der Auftraggeber oder einem staatlichen Zuschuss finanziert. Thomas Gesterkamp sieht in dem KSK-Modell „eine wegweisende sozialpolitische Reformperspektive“. (Gesterkamp 2004, S.136) Es käme darauf an, die Künstlersozialkasse für weitere Berufsbilder zu öffnen um auch deren soziale Risiken abzusichern. Bestehen keine besonderen Konditionen wie bei der KSK, so müssen die Beiträge zu 100% selbst aufgebracht werden. Vor allem für pflichtversicherte Selbstständige im unteren Einkommensbereich entstehen dadurch erhebliche Belastungen.

Die „Alleindienstleister“ sind in keine korporatistischen Strukturen eingebunden; d.h. die für das deutsche Erwerbssystem typischen wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen von verschiedenen Risiken fehlt. Die freien MitarbeiterInnen und insbesondere die AlleindienstleisterInnen nehmen eine Zwischenposition zwischen den staatlich privilegierten Selbstständigen wie Rechtsanwälte oder Ärzte und den traditionell abhängig Beschäftigten ein. Ihre größere Autonomie ist jedoch nicht durch institutionalisierte Marktmonopole abgesichert.

Es besteht eine Reihe von beruflichen Organisationen, die alle um diese Klientel konkurrieren. Alle berufsorientierten Verbände sind gekennzeichnet durch eine fachverbandliche und eine gewerkschaftliche Ausrichtung ihrer Politik. Diese doppelte Orientierung entspricht dem doppelten Charakter flexibler Wissensarbeit. Diese zeichnet sich einerseits durch eine starke fachliche und inhaltliche Prägung aus, die eine subjektive Bindung an kaum standardisierte berufliche Normen und kreative Ideale beinhaltet und ist andererseits gekennzeichnet durch eine vergleichsweise schwache Stellung gegenüber meist potenten Auftraggebern. Diese spezifische Kombination von stark ausgeprägter Professionalität und wirtschaftlich schwacher Erwerbsform unter „markt radikalen“ Bedingungen stellt die kollektiven Akteure vor große Herausforderungen. Sie müssen einerseits auf der Basis der fachlich-inhaltlichen Normen Dienstleistungen zur individuellen Marktbehauptung anbieten (Rechts- und Honorarberatung, berufliche Vernetzung, Weiterbildung) und andererseits versuchen, traditionelle Formen kollektiver Interessenvertretung wahrzunehmen (Honorarspiegel, Lobbyismus, Tarifvereinbarungen).

Diese Strategie scheint aufzugehen. Die meisten Berufsorganisationen verzeichnen wachsende Mitgliederzahlen. Es scheint sich nach Befunden aus dem Berufsfeld Kultur und Medien zu bestätigen, dass die kollektiven Akteure eher an den vorhandenen normativen Orientierungen der hochqualifizierten AlleindienstleisterInnen ansetzen und nicht vorrangig an deren prekärer Erwerbsform.

Bei dem Zusammenschluss der fünf Einzelgewerkschaften zur Gewerkschaft Ver.di wurde zum einen ein hauptamtlich geführtes „Freien-Referat“ für die Belange der Alleinselbstständigen im breit gefächerten Ver.di Einzugsbereich eingerichtet, das die verschiedenen Aktivitäten koordiniert und vorantreibt. Zum anderen konnte beispielsweise das Modellprojekt connexx.av erkennbare Erfolge vorweisen und nach Ablauf der Pilotphase in das reguläre Angebot übernommen werden.

Durch die Übernahme der Projektarbeit in die gewerkschaftliche Alltagsarbeit werden manche Prinzipien traditioneller Gewerkschaftsarbeit verändert. Die Arbeit in den Projekten zielt hauptsächlich auf die individuelle Beratung von „EinzelkämpferInnen“. Ziel ist es, die Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Darum setzen sich ehrenamtliche und hauptamtliche KollegInnen für stabile Einkommensverhältnisse sowie für verbindliche Arbeitszeiten und eine selbstbewusste Interessenvertretung ein. Die Bemühungen richten sich gegen undurchsichtige Lohnstrukturen und gegen Honorardumping sowie für ein selbstbewusstes Auftreten gegenüber den Auftraggebern. Die Angebote sind nicht auf Gewerkschaftsmitglieder beschränkt, sondern stehen prinzipiell auch Nichtmitgliedern offen, wobei diese einen entsprechenden Kostenbeitrag für in Anspruch genommene Dienste zahlen müssen. Eine zentrale Aufgabe der

allgemeinen Vorsorge besteht darin, die Absicherung der sozialen Risiken nicht ausschließlich der individuellen Zuständigkeit zu überlassen.

Literatur/Quellen:

Betzelt, S. (2006): Flexible Wissensarbeit: AlleindienstleiterInnen zwischen Privileg und Prekarität,

ZeS-Arbeitspapier 3-2006, Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen

Bourdieu, P. (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main

Gesterkamp, Th. (2004). Die Krise der Kerle. Männlicher Lebensstil und der Wandel der Arbeitsgesellschaft, Münster

Gutachten zum Thema (2007): „Kulturwirtschaft in Deutschland – Grundlagen, Probleme, Perspektiven“,

im Auftrag der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages, erstellt von ICG culturplan Unternehmensberatung GmbH Berlin in Kooperation mit STADTart Planungs- und Beratungsbüro Dortmund, zitiert als Kulturwirtschaft.

Habermas, J. (1981): Die Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main

Henninger, A., Mayer-Ahuja, N. (2005): Arbeit und Beschäftigung in den Hamburger „Creative Industries“: Presse, Verlagswesen, Film/Rundfunk, Design, Werbung/Multimedia und Software/IT Dienstleistungen, Expertise, Wien

Kultur in Deutschland (2007): Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, Bundesdrucksache 16/7000, zitiert als Kultur in Deutschland

Manske, A., Merkel, J., (2009): Prekäre Freiheit – Die Arbeit von Kreativen. In: WSI Mitteilungen, 6/2009, S. 295-30

McRobbie, A., (!999): In the Culture Society: Art, Fashion and Popular Music, London, zitiert nach Kulturwirtschaft 2007, S.179

Schulze-Buschhoff, K., (2012): Neue Arbeitswelt und neue Selbstständigkeit. In: gegenblende 14, März/April

Sennett, R., (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin 1998

Sennett, R., (2005): Die Kultur des Neuen Kapitalismus, Berlin

ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Abt. Sozialpolitik (Hg.) (2009): Ratgeber atypische Beschäftigung. 400 Euro-Minijobs, Teilzeit, Befristung & Leiharbeit. Berlin

Autorin: Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, emeritierte Professorin für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, lebt in Berlin.

Ein menschenwürdiges Existenzminimum für alle

von Jutta Roitsch

Nach dem Karlsruher Urteil: Wo bleibt die Abkehr von der bisherigen Asylpolitik?

Zwanzig Jahre hat es gedauert, bis das Bundesverfassungsgericht der Politik ein vernichtendes Urteil ausgestellt hat: Das Asylbewerberleistungsgesetz aus dem Jahr 1993 verstößt gegen die Menschenwürde und das Sozialstaatsgebot und ist damit verfassungswidrig. Die Karlsruher Richter setzten in ihrem Spruch vom 18. Juli 2012 (BVerfG, 1BvL 10/10) noch ein weiteres Signal, das zeigt, wie weit inzwischen ihr Misstrauen in die Politik gediehen ist. Der Erste Senat verfügte eine Übergangsregelung für alle, die unter das Gesetz fallen, rückwirkend vom 1. Januar 2011. Doch das Aufatmen, das vom Flüchtlingsrat bis zu Pro Asyl nach diesem Urteil zu hören war, erweist sich als verfrüht. Zu einer grundlegenden Änderung der Flüchtlingspolitik sind bisher weder die Bundesregierung noch die bayerische oder niedersächsische Landesregierung bereit.

Die schnellstmögliche Angleichung

In einem ersten Schritt einigten sich am 13. August in Mainz die Länder auf eine einheitliche Linie, die sich an den Regelungen für die Empfänger von Hartz IV und Sozialhilfe orientiert. Diese Anlehnung an die Sozialgesetzbücher II und XII verfügte bereits das Gericht übergangsweise, die Länderlinie gilt ebenfalls übergangsweise, wie die rheinland-pfälzische Integrationsministerin Irene Alt (Grüne) eine Woche später in einer Pressemitteilung betonte. Eigentlich zuständig für die Festlegung einheitlicher Regelsätze sei der Bund. Länder und Kommunen zahlen die Leistungen. Aus dem Bundesarbeitsministerium hieß es, man arbeite „schnellstmöglich“ an einer Neuberechnung. Dieses „Schnellstmöglich“ kannten die Karlsruher Richter bereits, schließlich verstrichen nach ihrem Urteil vom 9. Februar 2010 zum menschenwürdigen Existenzminimum bei Hartz IV neun Monate, bis die Bundesregierung die verfassungswidrige Regelsatzhöhe korrigierte und zwei Wochen vor Ablauf der Frist ein Gesetz durch den Bundestag peitschte. Diesmal bauten die Richter mit ihrer Ersatzvornahme vor. Ein ungewöhnlicher Schritt, der mit dem Hinweis begründet wurde, die Bundesregierung hätte seit dem Februar-Urteil 2010 wissen müssen, dass das Asylbewerberleistungsgesetz ebenfalls verfassungswidrig sei.

Doch der Übergang vom Übergang enthält bei näherem Hinsehen nicht wenige Stolpersteine. Die Länder haben sich zwar auf eine Tabelle mit Leistungssätzen aus dem Hartz IV-Programm geeinigt, aber ob ein alleinstehender Erwachsener beispielsweise tatsächlich 346 Euro (statt bisher knapp 225 Euro) pro Monat bekommt, rückwirkend gar vom 1. Januar 2011 an, ist fraglich. Die Organisation Pro Asyl, die den Kläger und Klägerin in Karlsruhe aus ihrem Rechtshilfefonds unterstützt hat, empfiehlt allen, die unter das Gesetz fallen, Widerspruch einzulegen und schriftlich einen Antrag auf verfassungskonforme Leistungen zu stellen. Das verheißt nichts Gutes und deutet darauf hin, dass die Politik versuchen wird, mit trickreichen Deutungen und Interpretationen das Urteil zu unterlaufen.

Die Entscheidung

Daher ist ein Blick zurück auf die Entscheidung notwendig, um die Tragweite zu ermessen, der die Politik offenkundig auszuweichen versucht. In drei Leitsätzen hat der Erste Senat das Asylbewerberleistungsgesetz für verfassungswidrig erklärt:

1. Die seit dem Inkrafttreten des Gesetzes 1993 unverändert gebliebene Höhe der Geldleistungen ist „evident unzureichend“.
2. Das Grundrecht auf Gewährung eines menschenwürdigen Existenzminimums, das das Verfassungsgericht in seiner Entscheidung zur Grundsicherung im Sozialgesetzbuch II am 9. Februar 2010 (BVerfGE 125, 175) ausführlich begründet hat, ist ein Menschenrecht. Dieser Anspruch auf ein menschenwürdiges Existenzminimum „umfasst sowohl die physische Existenz des Menschen als auch die Sicherung der Möglichkeit zur Pflege

zwischenmenschlicher Beziehungen und ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Das Grundrecht steht deutschen und ausländischen Staatsangehörigen, die sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, gleichermaßen zu.“

3. Das Gericht fordert „unverzüglich“ eine Neuregelung, aber setzt dem Gesetzgeber sehr eindeutig formulierte Grenzen, „falls“ er bei der Festlegung des menschenwürdigen Existenzminimums die Besonderheiten bestimmter Personengruppen berücksichtigen will. Bis zur Neuregelung ordnete das Gericht mit 6 zu 2 Stimmen eine Übergangsregelung an, die rückwirkend zum 1. Januar 2011 gilt.

Aus den drei Leitsätzen sind drei Thesen abzuleiten:

1. Seit nahezu zwanzig Jahren verstößt die Politik, die Bund, Länder und Kommunen gegenüber Ausländern betreiben, die keinen dauerhaften Aufenthaltsstatus haben, gegen die Menschenwürde und das Sozialstaatsgebot.
2. Das menschenwürdige Existenzminimum, das seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 für Hilfebedürftige aus der Grundsicherung (SGB II) und der Sozialhilfe (SGB XII) gilt, gilt uneingeschränkt und unabhängig von der Dauer des Aufenthalts auch für ausländische Staatsangehörige, die in Deutschland leben.
3. Nach diesem Urteil gibt es für Sondergesetze nach dem Muster des Asylbewerberleistungsgesetzes keine Begründung mehr. Eine wie auch immer geartete Neuauflage dieser Gesetzgebung ist aus bürgerrechtlicher Sicht abzulehnen.

Eingehend beschäftigt sich der Erste Senat mit der Vor- und Entstehungsgeschichte des strittigen Gesetzes, der Änderung des Asylrechts (1992) und den Kampagnen gegen die Asylbewerber, an denen sich nicht zuletzt Medien und Ministerpräsidenten unterschiedlicher politischer Couleur massiv beteiligten. Das Gesetz sollte und wollte abschrecken, daher blieben die Sach- und Geldleistungen so niedrig wie möglich. „Die Entstehungsgeschichte des Asylbewerberleistungsgesetzes lässt insofern keinen ernsthaften Zweifel daran zu, dass der Gesetzgeber damit an die Grenze des zur Sicherung einer menschenwürdigen Existenz Notwendigen auch unter Berücksichtigung eines nur kurzen Aufenthalts gehen wollte“, heißt es im Urteil. Auch dieses Abschreckungs-Gesetz (kennt man eigentlich nur aus der Strafverfolgung) hat einen vorgesehenen Anpassungsmechanismus, nach dem jeweils zum 1. Januar eines Jahres die Höhe der Leistungen neu festgesetzt werden muss. Das ist seit dem Inkrafttreten von keiner Regierung eingelöst worden. Auch eine formalisierte Umstellung von Mark auf Euro blieb aus. Inzwischen liegt das

Existenzminimum, das auf der Grundlage des Asylbewerberleistungsgesetzes gewährt wird, im Schnitt um ein Drittel niedriger als das menschenwürdige Existenzminimum nach SGB II und XII, bei Kindern und Jugendlichen ist die Kluft noch größer, weil sie beispielsweise nur in wenigen Ländern (z.B. Hamburg und Berlin) das so genannte Bildungspaket bekommen haben.

Ausländer über einen Kamm geschert

Neben offenkundigen Versäumnissen hält der Erste Senat dem Gesetzgeber vor, immer mehr Gruppen von Ausländern in das Gesetz einbezogen zu haben: Kriegsflüchtlinge, Opfer von Menschenhandel, Drittstaatsangehörige, dazu die Ehegatten, Lebenspartner und minderjährige Kinder. Insgesamt handele es sich, so das Gericht, „um Personen, die zwar alle kein Daueraufenthaltsrecht, ansonsten aber einen sehr unterschiedlichen Aufenthaltsstatus haben und deren Aufenthalt in Deutschland auf unterschiedlichen Lebenssituationen beruht“. Auch den Mythos von der kurzen Dauer des Aufenthalts in Deutschland zerstört der Senat mit dem Hinweis auf eine Antwort der Bundesregierung vom Februar 2010.

Von den rund 150 000 Menschen, die im Jahr 2009 unter das Gesetz fielen, hielten sich über Zweidrittel seit über sechs Jahren in Deutschland auf. Über 50 000 Menschen „suchten Schutz vor einem Krieg in ihrem Heimatland“, 90 Prozent von ihnen waren bereits länger als sechs Jahre hier. „Die im Asylbewerberleistungsgesetz in der Festlegung des Kreises der Berechtigten (...) angelegte Vermutung, sie alle hielten sich nur kurzzeitig in Deutschland auf, ist vor diesem Hintergrund jedenfalls erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken ausgesetzt“. Ob kurze oder lange Aufenthaltsdauer, es gilt: „Ausländische Staatsangehörige verlieren den Geltungsanspruch als soziale Individuen nicht dadurch, dass sie ihre Heimat verlassen und sich in der Bundesrepublik Deutschland nicht auf Dauer aufhalten(...)“. Die einheitlich zu verstehende menschenwürdige Existenz muss daher ab Beginn des Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland realisiert werden.“ Auch „migrationspolitischen Erwägungen“, die abschreckend wirken sollen, erteilt das Gericht eine eindeutige Absage: „Die in Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz garantierte Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren“. Das ist eine eindeutige Aufforderung, die bisherige Asyl- und Flüchtlingspolitik zu korrigieren und zwar gründlich.

Die Menschenwürde reicht über das Geld

Zu den gesetzgeberischen Konsequenzen hält sich das Gericht zurück, auch wenn es ab sofort und rückwirkend Übergangsregeln angeordnet hat. Die Richter befassen sich leider nur am Rande und eingeschränkt mit der politischen Praxis, die sich im föderalen Gestrüpp höchst unterschiedlich entwickelt hat: Bis auf das „Taschengeld“ von rund 40 Euro kennt Bayern nur Sachleistungen, Niedersachsen Gutscheine.

Abgeschafft sind weder die Sammellager noch die Gemeinschaftsunterkünfte. Doch das Gericht klammert diesen entwürdigenden Alltag aus, weil er in der Vorlage des Landessozialgerichts aus Nordrhein-Westfalen nicht angesprochen worden war. Die angeblich so einheitliche Linie, auf die sich die 16 Länder am 13. August verständigt haben, löste sich schnell auf: Jedes Land bleibt bei seiner bisherigen Praxis, die Sammellager bleiben, die Sachleistungen statt Bargeld auch. Welches Nahrungsmittelpaket aber entspricht dem menschenwürdigen Existenzminimum und wer kann das kontrollieren? Lassen bayerische Beamte nun statt einem Teebeutel und einer Scheibe Käse für das Abendbrot jeweils zwei einpacken? Aus bürgerrechtlicher Sicht lässt das Urteil nur eine Lösung zu: Das Asylbewerberleistungsgesetz ist abzuschaffen, ebenso menschenunwürdige Praktiken in Ländern und Kommunen (Residenzpflicht, kein Recht auf Ausbildung und Arbeit, kein Bargeld, Lebensmittelpakete ohne Rücksicht auf Sitten, Gebräuche und Religionen).

Für deutsche und ausländische Staatsangehörige, die hilfebedürftig sind, gilt ein menschenwürdiges Existenzminimum, wie es das Bundesverfassungsgericht zuerst in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 für die Hartz IV-Empfänger und nun am 18. Juli für alle Menschen, die hier leben, begründet hat. Wenn darüber hinaus ein Drittel der Männer, Frauen und Kinder, die unter das strittige Gesetz fallen, vor Kriegen geflohen sind, dann sollte die deutsche Gesellschaft aus eigener historischer Erfahrung ihnen eine Chance bieten, in diesem Land heimisch zu werden.

Im Kern ist dieses Urteil aus Karlsruhe eine Mahnung an die Gesellschaft insgesamt, ihre Haltung gegenüber ausländischen Menschen, die hier gestrandet sind, zu überprüfen und ggf. zu korrigieren. Nur: Wo sind starke Bündnispartner für die Organisationen, die sich um die Flüchtlinge und die Asylbewerber kümmern und zwanzig Jahre lang gegen Mauern der Abwehr angerannt sind?

Autorin: Jutta Roitsch, geb. 1942 in Königsberg / Ostpreußen, Freie Journalistin / Bildungsexpertin

Es gibt keinen Widerspruch zwischen dem Markt und einem sozialen Europa

von Prof. Dr. Brigitte Young

Hat ein soziales Europa unter den Bedingungen der Krise eine Zukunft? Das war das Thema des Sommersymposiums in Düsseldorf am 21.8.2012, organisiert von der Forschungs-Initiative NRW in Europa (FINE). Einig war man sich bereits im Vorfeld, dass ein soziales Europa für das europäische Gemeinwesen und für die Legitimation der europäischen Integration unabdingbar ist. Unübersehbar ist aber auch, dass die Mitgliedsstaaten der EU seit längerem in einer sozialen Krise stecken. Prof. Fritz Scharpf hat dies mit zweierlei Argumenten begründet. Einerseits hat das Europarecht eine radikale Deregulierung und Liberalisierung der Wirtschaft vorangetrieben und die uneingeschränkte Kapitalverkehrsfreiheit einen Wettbewerbsdruck und eine Steuerkonkurrenz erzeugt, die die Mitgliedsstaaten durch den Abbau von sozialstaatlichen Leistungen und sozialen Schutzrechten versuchen auszugleichen. Andererseits haben die Eurokrise und die Euro-Rettungspolitik, die vor allem auf einer strikten Haushaltskonsolidierung beruht, die soziale Lage noch weiter verschärft (Scharpf 2012:1).

Das Spardiktat

Die vor allem von Deutschland propagierte unsoziale Austeritätspolitik hat in der Zwischenzeit in den verschuldeten Ländern wie z.B. Griechenland und Spanien eine Arbeitslosenquote von über 20 Prozent und von Jugendarbeitslosigkeit von über 50 % erzeugt. Nach einer Umfrage des Eurobarometers sind 99 % der Befragten in Griechenland und 98 % in Spanien der Meinung, dass die Armut in ihren Ländern in den letzten drei Jahren rasant zugenommen hat. Drei Viertel der befragten Bürger und Bürgerinnen in allen 27 EU-Mitgliedsstaaten monieren, dass zu wenig gegen die Armut in den einzelnen Mitgliedsstaaten unternommen wird (Eurostat 2012). Oskar Negt geht sogar davon aus, dass die heutigen Unterschiede zwischen Arm und Reich die Ausmaße wie vor den revolutionären Umbrüchen in Frankreich von 1789 erreicht haben (Negt 2012).

Die von Populismus gesteuerte Frage, ob wir uns unter den derzeitigen Krisenszenarien den Sozialstaat noch leisten können, ist wie Oskar Negt in seinem jüngsten *Gesellschaftsentwurf Europa* (2012) argumentiert, eine Heuchelei der „politischen Eliten“ (Habermas 2012), die weltweit Milliarden (wenn nicht sogar Billionen) in die Rettung der Banken und des Finanzsystems bereit gestellt haben. Während europaweit die Mehrheit der SozialwissenschaftlerInnen für ein soziales Europa plädieren und Jürgen Habermas den europäischen Rechtsstaat und die

Demokratie vom Erhalt der sozialstaatlichen Errungenschaften abhängig macht (siehe auch Negt 2012), scheint es wenig Einigkeit darüber zu geben, wie ein soziales Europa unter den Bedingungen des *Fiskalpakts* mit der Auflage einer Schuldenbremse, des *Europäischen Stabilitätsmechanismus* und dem *Euro Plus Pakt* aussehen könnte. Wenn wir nämlich diese auf eine Haushaltskonsolidierung zugeschnittenen Instrumente auf europäischer Ebene implementieren, dann erhöht sich der Druck auf alle Regierungen Sozialausgaben und Lohnerhöhungen zu reduzieren, obwohl damit die gesellschaftliche Gesamtnachfrage reduziert und im schlimmsten Fall eine Lohn-Preis Deflation in Gang gesetzt wird (Young/Semmler 2011). Nämlich diese finanzgetriebenen Prozesse sind Teil der sogenannten Finanzialisierung, die den Handlungsspielraum der Staaten der Logik der Finanzmärkte unterordnet. Alternativen zur Lösung der europäischen Schulden- und Bankenkrise werden zunehmend medial tabuisiert und Diskussionen werden fast ausschließlich *neoliberal konnotiert*. Damit erreicht die Austeritätspolitik eine Autorität und Legitimität und wird dadurch handlungsmächtig (Heise 2011)

Die Sozialagenda

Andererseits wurde auf europäischer Ebene die Sozialpolitik seit 1990 durch die EU-Sozialcharta, die erneuerte Sozialagenda von 2008 und den Lissaboner Vertrag verstärkt. Erstmals wird in Art. 3 des Lissaboner Vertrages die „soziale Marktwirtschaft“ gefordert, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt. Deshalb fordern einige WissenschaftlerInnen, dass durch Vertragsänderungen und Erweiterungen (also positive Integration) kollektive soziale Rechte erreicht werden können. Die Trennung zwischen einem marktkonformen Europa und einem sozialen Europa soll durch ein verfassungsrechtliches und institutionelles Design auf europäischer Ebene überwunden werden (Liebert 2011). Dies schließt sich den jüngsten Vorschlägen von Jürgen Habermas, Peter Bofinger und Julian Nida-Rümelin an, die von der Notwendigkeit ausgehen, eine politische Union durch die Einsetzung eines Verfassungskonvents neu zu beleben, um den bisher auf wirtschaftliche Aspekte begrenzten Fokus der Europäischen Währungsunion einzudämmen. Die Autoren sehen die Eurozone vor der Entscheidung: „Entweder die Rückkehr zu nationalen Währungen in der EU insgesamt, oder aber die institutionelle Absicherung einer gemeinsamen Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik im Euroraum mit dem weitergehenden Ziel, die verlorene Handlungsfähigkeit der Politik gegenüber den Imperativen des Marktes auf transnationaler Ebene wiederzugewinnen“ (FAZ, 4.8.2012).

Die Forderung nach einer demokratischen europäischen Verfassung mit der Verankerung von sozialstaatlichen Rechten ist ein wichtiger Schritt, es bedeutet aber auch, dass es vorerst einer Diskussion bedarf, was unter einem *sozialen Europa* zu verstehen ist. Derzeit suggeriert der Begriff des Sozialen nur Kosten auf der Basis von Umverteilung. Ob wir über Pensionen und Renten, Kranken- und Pflegeversicherung,

Bildung und Training, unsichere Arbeitsverhältnisse, Ausbau der Kinderstätten oder Altersarmut diskutieren, es wird nur in den Kategorien von Kosten gedacht. Sogar der kleine Mann oder Frau auf der Straße ist davon überzeugt, dass die Sozialsysteme zu teuer sind und wir uns dies in einer Zeit des demographischen Wandels nicht mehr leisten können.

Was ist das soziale Europa?

Somit bedarf es einer Neubestimmung des Begriffs eines *sozialen Europas*. Die historischen Erfahrungen haben nämlich gezeigt, dass sich mit den ökonomischen Veränderungen auch Begriffe wandeln müssen. Wenn wir *soziale Sicherheit* als ein globales (vorerst regionales) öffentliches Gut (Kaul 2003; 2010) definieren und die sozialen Ungleichheiten als einen Kostenfaktor für den europäischen Wirtschaftsraum (als ein *public bad* in Bezug auf materielle Kosten sowie auch in Bezug auf Menschenrechte) deuten, dann sieht die Kalkulation etwas anders. Soziale Ungleichheiten und Unsicherheiten sind demnach *public bads*, da sie kontrolliert werden müssen und deshalb Kosten verursachen: durch zunehmende Polizeimaßnahmen gegen Proteste und Demonstrationen, durch den Bau von immer neuen Gefängnissen, durch Ausbrechen von Seuchen und Krankheiten, durch den globalen Terrorismus, durch zunehmende Gewalt und Kriminalität, durch die Gefahr des zunehmenden Rechtsradikalismus (wie wir dies derzeit in Ungarn, Holland, Dänemark, Norwegen sehen), durch Massen- und Jugendarbeitslosigkeit, durch die Verunsicherung und Prekarisierung der Arbeitswelt, durch die gesellschaftliche Spaltung von Arm und Reich, all dies verursacht gesellschaftliche Kosten für Staaten und die Wirtschaft, die mit dem herkömmlichen Begriff eines sozialen Europas nicht erfasst werden können.

Wenn wir soziale Unsicherheit als regionales (und auch globales) *public bad* mit den entsprechenden Kosten zur Behebung dieser Übels definieren, dann ist es im kollektiven Selbstinteresse der EU-Regierungen und der europäischen Wirtschaft, Sicherheit nicht nur im militärischen Sinne zu denken, sondern soziale Sicherheit als ein öffentliches Gut bereit zu stellen, das Kooperation über die Grenzen hinweg erfordert. Denn soziale Sicherheit betrifft uns alle gleichermaßen und ist eine Voraussetzung für Wirtschaftsstabilität. Nämlich die Kosten, die erforderlich sind, um globale oder regionale *public bads* wie Armutrisiken, Seuchen, Gewalt, Krankheiten, Arbeitslosigkeit und unsichere Arbeitsverhältnisse zu beseitigen sind ein Vielfaches höher als Investitionen in soziale Sicherheit. Diese müssen nicht gegen den Markt ausgespielt werden, sondern sind integraler Bestandteil einer funktionierenden europäischen sowie auch globalen Wirtschaftsweise.

Soziale Sicherheit als ein europäisches öffentliches Gut setzt voraus, dass dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sich der Umsetzung eines sozialen Europas verpflichten. Die Massenarbeitslosigkeit, die

zunehmende Armut, der Anstieg des Rechtsradikalismus in einigen Ländern, die Gewalt und Radikalisierung einzelner Bevölkerungsgruppen haben im heutigen Europa nämlich unmittelbare Auswirkungen über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg. Dies bedarf, wie dies Inge Kaul für globale öffentliche Güter fordert, eines multilateralen Politikansatzes, der die Harmonisierung der sozialen Sicherheit innerhalb des europäischen Grundsatzes *Einheit in Vielfalt* vorantreibt. Nämlich die Beseitigung von Armut, die Bereitstellung von Bildungseinrichtungen und die Eingliederung der arbeitslosen Jugendlichen lassen sich nicht nur unter dem normativen Gesichtspunkt von europäischer Gerechtigkeit und Solidarität verstehen. Soziale Sicherheit bedingt die Fairness im Wettbewerb für die europäische (sowie globale) Wirtschaft. Sie steht damit keinesfalls im Widerspruch zu wirtschaftlicher Effizienz.

Literatur/Quellen:

Eurostat 2012: European Social Statistics.

Habermas, Jürgen, Peter Bofinger, Julian Nida-Rümelin 2012: Einspruch gegen die Fassadendemokratie, in: FAZ, 04.08.2012:33.

Habermas, Jürgen 2012: Zur Verfassung Europas. Ein Essay. Frankfurt: Suhrkamp

Heise, Arne 2011: Vom ‚Nationalen Keynesianischen Wohlfahrtsstaat‘ zum ‚Globalen Nozickschen Minimalstaat‘ oder: Die Transformation der Gesellschaft in der Demokratie und einige offenen Fragen. Discussion Paper, ISSN 1868-4947/27, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien, Universität Hamburg.

Kaul Inge 2010: Zukunft des Multilateralismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 34-35/2010. 23.8.2010: 34-40

Kaul, Inge, Pedro Conceição, Katell Le Goulven, Ronald U. Mendoza (Hrsg) 2003: Providing Global Public Goods. Managing Globalization. Oxford: Oxford University Press

Liebert, Ulrike 2011: Reconciling market with Social Europe? The EU under the Lisbon Treaty, in; Dagmar Schiek, Ulrike Liebert, Hildegard Schneider (Hrsg)., European Economic and Social Constitutionalism after the Treaty of Lisbon. Cambridge: Cambridge University Press, 47-73.

Negt, Oskar 2012: Gesellschaftsentwurf Europa. Göttingen: Steidl/ifa

Scharpf, Fritz W. 2012: Erosion der Legitimation in der EU durch eine soziale Krise. Thesen. Papier für das Sommersymposium, Soziales Europa unter den Bedingungen der Krise, 21.8.2012, Düsseldorf.

Young, Brigitte und Willi Semmler 2011: The European Sovereign Debt Crisis. Is Germany to Blame? In: German Politics and Society, Issue 97:29: 124.

Autor: Prof. Dr. Brigitte Young, Professorin (em.) für Internationale Politische Ökonomie am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Münster

Die Schuldenfrage ist eine Verteilungsfrage

von Dr. Dierk Hirschel

Europa ist so reich wie noch nie. Zwischen Monaco und Mailand leben heute 3,2 Millionen Millionäre. Der private Reichtum Westeuropas umfasst gigantische 27 Billionen Euro. Das Eldorado der europäischen Reichen ist Deutschland. Die Albrechts, Quandts und Ottos dieser Republik - die 100 reichsten Deutschen – besitzen ein Vermögen von 307 Milliarden Euro – ein Plus von sechs Prozent allein im letzten Jahr.[1] Alle deutschen Reichen und Superreichen sitzen auf einem 7,2 Billionen Euro hohem Vermögensberg – Sach- und Geldvermögen abzüglich Verbindlichkeiten.[2]

Dieses Vermögen ist dreimal so groß wie das teutonische Sozialprodukt. In Frankreich, Italien und Spanien umfasst der private Reichtum sogar das Fünf- bis Siebenfache der jährlich produzierten Waren und Dienstleistungen. [3] Die Reichen wurden in den letzten Jahren immer reicher. Selbst die große Finanzmarktkrise konnte den Vermögenden nichts anhaben. Links und Rechts des Rheins sind die Geldspeicher voller als vor der Krise.

Der private Reichtum ist sehr ungleich verteilt. Von Madrid bis Athen konzentriert sich immer mehr Vermögen in immer weniger Händen. Hierzulande besitzt das reichste Promille – etwa 70.000 Personen – 23 Prozent des gesamten Nettovermögens. Dies entspricht einem Vermögen von 1600 Milliarden Euro. Dem reichsten Prozent gehört mehr als ein Drittel.[4] In Italien und Spanien verfügen die reichsten zehn Prozent über mehr als zwei Fünftel des Gesamtvermögens. Die schiefe

Vermögensverteilung wird gespeist aus der ungleichen Einkommensverteilung. Von Paris bis Rom ist das Kuchenstück der abhängig Beschäftigten seit der Jahrtausendwende kleiner geworden. Die Lohnquoten sanken. Zudem stiegen die Einkommensunterschiede - am stärksten in Deutschland.

Reichtum und Staatsschulden

Während wenige immer reicher werden, bluten die Staaten aus. Überall in Europa wächst die öffentliche Armut. Die europäischen Kassenwarte stehen mit über 10 Billionen Euro in der Kreide. Städte und Gemeinden fehlt das Geld für Kitas und Schulen. Europaweit werden Theater und Jugendzentren geschlossen. Beim Regelsatz für Hartz-IV-Empfänger feilschte die deutsche Politik um jeden Cent. In Griechenland können die öffentlichen Krankenhäuser die notwendigen Medikamente nicht mehr bezahlen.

Öffentliche Armut und privater Reichtum sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Schulden spiegeln immer Vermögen wieder. Im letzten Jahrzehnt mehrten die Reichen ihr Vermögen auf Kosten der Allgemeinheit. Daran trägt die Politik große Mitschuld.

In der großen Finanzmarktkrise rettete der Staat die Banken und Unternehmen. Durch milliardenschwere Finanzhilfen und staatliche Garantien wurden die Vermögensbesitzer vor großen Verlusten geschützt. Große Vermögen mit Aktien-, Bank- und Staatenleihen profitierten davon besonders. Heute haben die Vermögenden die Krise hinter sich. Der staatliche Rettungseinsatz ließ die Staatsverschuldung explodieren. Allein die deutschen Staatsschulden stiegen um 400 Milliarden Euro. Drei Viertel davon kostete allein die Rettung von Hypo Real Estate, Commerzbank & Co.

Die Schuldenquote der Euroländer kletterte krisenbedingt von rund 66 Prozent auf über 85 Prozent. Europaweit beläuft sich die Zeche der Bankenrettung auf rund 1,6 Billionen Euro. Die Zinsen, die europäische Kassenwarte für die Rettung auf Pump heute bezahlen, kassieren die Geretteten.

Steuergeschenke für.....

Darüber hinaus beglückte die Politik die Reichen mit üppigen Steuergeschenken. Hierzulande senkte die Schröder- und Merkel-Regierung kräftig die Steuern. Für Spitzenverdiener, Unternehmer, Vermögende und Erben gab es mehr netto vom brutto. Topverdiener zahlen heute effektiv 30 Prozent, Kapitalbesitzer 25 Prozent und die Dax-Konzerne nur noch 24 Prozent Steuern. Die Gewinnsteuern machen weniger als ein Fünftel des gesamten Steueraufkommens aus. Dass das reichste

Zehntel der Steuerpflichtigen über die Hälfte der Einkommenssteuer zahlt, ist hierzu kein Widerspruch. Ihm gehört schließlich auch zwei Fünftel des zu versteuernden Einkommens.

Die niedrigeren Steuern zündeten nicht das angeblich erhoffte Investitionsfeuerwerk. Trotz höherer Nettogewinne blieb die Investitionsquote historisch niedrig. Die Betriebe häuften lieber Geldvermögen an. Durch die Steuergeschenke wuchs der öffentliche Schuldenberg um insgesamt rund 380 Milliarden Euro.[5] Das entspricht fast der Hälfte der gesamten Neuverschuldung des letzten Jahrzehnts. Bei vielen europäischen Nachbarn ergibt sich ein ähnliches Bild: Von Rom bis Athen purzelte die Steuerlast für Spitzenverdiener, Unternehmer und Vermögende.

Doch damit nicht genug: Die deutschen „Arbeitsmarktreformen“ verursachten eine chronische Lohnschwäche. Niedriglöhne, Leiharbeit und Mini-Jobs drückten das allgemeine Lohnniveau. Die Tariffucht der Arbeitgeber tat ein Übriges. Dank der Lohnflaute kletterten die Gewinne in die Höhe. Die milliardenschweren Einnahmeausfälle in den Steuer- und Sicherungssystemen vergrößerten die öffentliche Armut.

Die Entlassung der Reichen aus der Solidargemeinschaft

Kurzum: Der Anstieg der Staatsverschuldung ist nicht das Ergebnis laxer Haushaltspolitik. Die Erzählung von der Staatsschuldenkrise entpuppt sich bei näherer Betrachtung als ökonomisches Märchen. Hierzulande sind die realen Staatsausgaben vor der Krise sogar gesunken. Der Schuldenanstieg resultierte allein aus politischer Reichtumpflege und den Folgen der Finanzmarktkrise. Das Gemeinwohl schrumpfte zugunsten steigender Vermögen. Und jetzt sollen die Schuldenberge dadurch abgetragen werden, dass abhängig Beschäftigte, Rentner und Arbeitslose den Gürtel enger schnallen.

Damit muss endlich Schluss sein. Die Schuldenfrage ist eine Verteilungsfrage. Der private Reichtum muss jetzt zum Abbau der Staatsschulden herangezogen werden.

Die Millionärsabgabe

In diesem Zusammenhang hat das Aktionsbündnis Umfairteilen – Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, NGOs - das Instrument einer Vermögensabgabe ins Spiel gebracht. Eine einmalige Vermögensabgabe auf Geld- Immobilien- und Betriebsvermögen könnte einen wichtigen Beitrag leisten, um den milliardenschweren Schaden der Finanzmarktkrise zu beheben. Historisches Vorbild ist der Lastenausgleich nach Gründung der Bundesrepublik.

Die neue Abgabe soll nur Reiche treffen. Wirklich reich ist, wer netto mehr als eine Million Euro hat. Folglich soll der persönliche Freibetrag bei einer Million Euro liegen. So wird die Vermögensabgabe zur Millionärsabgabe. Der Steuertarif sollte progressiv verlaufen – 10% ab einer Million, 20% ab 10 Millionen und 30% ab 100 Millionen. Die Steuerlast wird auf 10 Jahre gestreckt. Bei Betriebsvermögen werden die Eigentümer und nicht die Betriebe besteuert.

Mit der Millionärsabgabe lässt sich aufgrund der starken Vermögenskonzentration ein geschätztes Aufkommen von insgesamt über 250 Milliarden Euro erzielen. Mit den Einnahmen könnten Schulden abgebaut und notwendige Bildungs-, Gesundheits- sowie Infrastrukturinvestitionen finanziert werden.

Die Millionärsabgabe verursacht keinen wirtschaftlichen Schaden. Aktuelle Investitionspläne trifft es nicht, da nur Altvermögen besteuert wird. Der Konsum wird nicht abgewürgt, da Reiche viel sparen. Mittelständische Betriebe mit geringem Betriebsvermögen berührt die Abgabe nicht. Da die Abgabe rückwirkend erhoben wird, droht auch keine Kapitalflucht. Umzug oder Vermögensverlagerung sind zwecklos.

Da der Staat aufgrund der Folgen der Finanzmarktkrise einen besonderen Finanzbedarf hat, ist eine solche Abgabe auch verfassungsgemäß. Dies untermauert ein aktuelles Rechtsgutachten des Staatsrechtlers Joachim Wieland.[6]

Eine Millionärsabgabe löst natürlich nicht alle Schulden- und Verteilungsprobleme. Die Abgabe ersetzt weder eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, noch eine gute Tarifpolitik, noch eine gerechte Steuerpolitik. Sie ist lediglich Teil eines Gesamtkonzeptes.

Die Millionärsabgabe kann eine wichtige Rolle in der Mobilisierung für einen verteilungspolitischen Kurswechsel in Deutschland und Europa spielen. In den nächsten Monaten wird die wirtschaftliche Krise unserer europäischen Nachbarn auch zu unserer Krise. Sobald die Steuereinnahmen nicht mehr sprudeln, stehen in Bund, Ländern und Kommunen neue Kürzungspläne auf der Tagesordnung. Die dann anstehenden Gebührenerhöhungen, Theaterschließungen und verschlechterten Unterrichtsbedingungen treffen breite Bevölkerungsschichten. Die Schulden- und Verteilungsfrage wird ein zentrales Thema der nächsten Bundestagswahl sein.

Dabei geht es um Deutungshoheit. Die vermeintlich alternativlose Kürzungspolitik stützt sich auf das Märchen von der Staatsschuldenkrise. Die Debatte über eine Vermögensabgabe lenkt den Blick auf den Umfang und die Ursachen des privaten Reichtums. Unter dem Motto „Geld ist genug da“, kann der drohende Sozialabbau erfolgreich delegitimiert werden.

Zudem wird deutlich, dass es eine sozial gerechte Alternative zur ausgabeseitigen Haushaltskonsolidierung gibt. Im politischen Berlin ist eine solche Debatte anschlussfähig an die Programmatik der Oppositionsparteien. Der größte Widerstand kommt von gesellschaftlichen Akteuren –Banken, Vermögensverwalter, FDP -, deren Glaubwürdigkeit durch die große Krise stark gelitten hat. Wenn diese gesellschaftlichen Gruppen offensiv als Anwalt der Millionäre auftreten, nutzt das dem Anliegen mehr als es ihm schadet.

Die Gewerkschaften werden in den nächsten Monaten gemeinsam mit Wohlfahrts- und Umweltverbänden sowie NGOs die Mittel einer gerechten Verteilungspolitik popularisieren. Am 29. September findet ein erster bundesweiter Aktionstag statt.

Literatur/Quellen:

[1] <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/mittelstand/ranking-die-reichsten-deutschen/4736834.html>

[2] http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.405701.de/12-28-1.pdf

[3] http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PRODO000000000289111/Trends+bei+h%C3%B6heren+Einkommen+und+Verm%C3%B6gen+im+Eurogebiet.pdf

[4] Ebenda

[5] <http://www.prokla.de/wp/wp-content/uploads/2009/Prokla154.pdf>

[6] http://www.boeckler.de/pdf/pm_2012_08_17_wieland.pdf

Autor: Dr. Dierk Hirschel, geboren 1970 in Nürnberg, Bereichsleiter beim Ver.di-Bundesvorstand für Wirtschaftspolitik, Europa und Internationales

Finanzkrise oder Katastrophe?

von Dr. Wolfgang Hetzer

Der neue kalte Krieg

Angeblich hochprofessionelle Banker mussten einräumen, dass sie Papiere, die sie für Milliardenbeträge kauften, selbst nicht verstanden hatten. Noch schlimmer: Sie mussten davon ausgehen, dass fast alle Mitbewerber sich ebenfalls mit diesen toxischen Abfällen eingedeckt haben und deshalb nicht mehr kreditwürdig sind. Deshalb sollte es auf einmal keinen Kredit mehr ohne Staatsgarantie geben. Das war die Geburtsstunde einer paradoxen Welt.

Die Staaten müssen nun die Banken retten und nicht umgekehrt. Damit trat in der Politik wie in der Wirtschaft ein Zustand ein, der unter anderem deshalb an kriegsähnliche Verhältnisse erinnert, weil er sich durch die Abwesenheit von Vernunft und Logik auszeichnet. Im Verlauf von Kriegen kommt es fast immer zur Verselbstständigung und schließlich zur Institutionalisierung menschenverachtenden Irrsinns. So wie man in Kriegen dem siegreichen Feldherrn zu folgen bereit ist, so glaubt man heute, dass sogenannte „Expertenregierungen“ den Müll beseitigen können, den die Akteure auf den Finanzmärkten hinterlassen haben. Demokratisch legitimierte Regierungen sind immer weniger imstande, die weitere Ausbreitung der toxischen Abfälle in den Tresoren von Geschäfts- und Zentralbanken zu verhindern. Sie agieren in einer rauchenden Trümmerlandschaft, die von Cliques der Finanzwirtschaft in der Manier marodierender Söldnerarmeen ohne Rücksicht auf Verluste angerichtet wurde.

Die Suche nach Schuldigen

Die Bemühungen um das „Friedensprojekt Europa“ haben unterdessen nicht verhindert, dass der Kampf gegen den Finanzkollaps zu einem semantischen „Schlachtfeld“ geworden ist. Im Gegenteil: Die Angst vor einem „krachenden Desaster“ oder vor einer unendlich mühsamen, kräftezehrenden Abwendung wächst und es ist immer häufiger von Handels- und Währungskriegen die Rede. Das Zeitalter der Vorwürfe und Schuldzuweisungen hat auch schon begonnen. Die Reihe der Schuldigen wird immer länger: Finanzmärkte, Rating-Agenturen, Pleitestaaten, der Kapitalismus überhaupt, Gesellschaften, die über ihre Verhältnisse leben, Osama bin Laden, der die USA in ruinöse Kriege lockte, die Steuerpolitik der Neokonservativen („Neocons“), das billige Geld Greenspans seit der Clinton-Ära. Sie alle werden als Kandidaten für eine Schuld eingeschätzt, die den Wohlstand des Westens so ernst bedroht wie nichts anderes seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die bisherige Finanz- und Rettungspolitik in der EU ist derzeit keine überzeugende

Alternative. Es ist eine derart brisante Verdichtung entstanden, dass Bedrohungen des sozialen Friedens und gewaltige politische sowie materielle Schäden nicht mehr auszuschließen sind.

Die gegenwärtige Politik hat nicht nur die Aufgabe, die genannten Probleme zu lösen, also die Funktionsfähigkeit und die Stabilität des gesamten Systems aufrechtzuerhalten, sondern auch ihre Lösung nach Maßgabe sozialer Gerechtigkeit akzeptabel zu machen. Außer dem Dauerbrenner der „Alternativlosigkeit“ ist ihr dazu aber nicht viel eingefallen. Es geht heutzutage vor allem um die persönliche oder kollektive Bereicherung um jeden Preis, solange dieser Preis von denjenigen bezahlt wird, die sich nicht auf gleicher Ebene gegen die Zumutungen asozialer Selbstbestätigung einzelner Machtcliquen in Politik und Wirtschaft verteidigen können. Immer mehr Widerstand wird die Folge sein. Immer mehr Menschen werden begreifen, dass ihre Chancen auf Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand in der auf den Finanzmärkten unterhaltenen Geldglut verbrennen. Immer mehr Staaten werden nicht einsehen, dass sie ihre Mittel für das Überleben von Gesellschaften einsetzen sollen, die jenseits ihrer Grenzen leben und fremden Regeln folgen. Immer mehr aufbrechende Widersprüche werden sich nicht auf das Binnenmilieu einer souveränen Macht beschränken lassen. Immer mehr Unterschiede zwischen Bürgerkrieg und Staatenkrieg werden sich auflösen.

Krisen und Kriege sind von Menschen gemacht

Finanzkrisen sind genauso wenig wie Kriege Naturereignisse – nur von letzteren wissen wir das (in Europa) inzwischen, von ersteren noch nicht. Das ständige Gerede von der „Alternativlosigkeit“ signalisiert eine vorsorgliche bedingungslose Kapitulation des menschlichen Geistes im Angesicht von Problemen, die nicht gottgewollt sind, sondern durch das Versagen zahlreicher Systeme und Subsysteme in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik entstanden sind. Strategische Allianzen, nationale Egoismen, technologische Entwicklungen, die Erosion von Moral, die Abdankung der Vernunft und die durch Inkompetenz verschärfte Korruption bürgerlicher Wertvorstellungen und sogenannter Eliten haben sich in einem brisanten Gemisch konzentriert, dessen Explosivkraft ist in der Geschichte ohne Beispiel.

Inzwischen wird auch die Schwächung der meisten grundlegenden Institutionen der Moderne durch die Denationalisierung der Politik diskutiert. Das Spektrum umfasst das Ende der Demokratie, des Nationalstaats und der europäischen Wohlfahrtsstaaten. Die Folgen der Aufhebung von Grenzen durch expansive Wirtschaftsaktivitäten auf die „wirkungsmächtigste Institution der Moderne“, also den Krieg, sind dagegen bis jetzt kaum Gegenstand öffentlicher Debatten. Insoweit besteht Nachholbedarf. Die zentralen Sicherheitsprobleme haben sich in einer Weise transnationalisiert, dass nicht mehr Kriege zwischen Staaten, sondern transnationale

Sicherheitsprobleme wie der neue Bürgerkrieg und der neue Terrorismus die aktuelle Sicherheitslage bestimmen.

Die Gefahr der Finanzkriege

Unterdessen ist offenkundig geworden, dass die jüngeren Entwicklungen im Prozess der Finanzialisierung des Kapitalismus die Sicherheitslage in Europa und weltweit so prekär werden ließen, dass man vielleicht noch nicht von einem „neuen kalten Krieg“, wohl aber von einem „Finanzkrieg“ sprechen kann. Man muss deshalb darüber nachdenken, unter welchen Bedingungen die antagonistischen Wohlstandsverhältnisse der Gegenwart noch in friedlicher Art und Weise abgebaut werden können. Das erfordert vor allem Kompetenz, Phantasie, Sensibilität für Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Intelligenz als moralische Kategorie. Dabei handelt es sich um Ressourcen, deren Knappheit in Wirtschaft und Politik zwar schon immer evident war. Sie ist aber in jüngerer Zeit immer gravierender geworden.

Natürlich ist die Eroberung oder „Gegen-Besetzung“ der Wallstreet reine Machtphantasie. Wenn die berühmten 99 Prozent der Gesellschaft aber tatsächlich weiter über ihre derzeitige Ohnmacht nachdenken, rückt der schrittweise Abbau etablierter, jedoch nicht mehr legitimierbarer Herrschaftsverhältnisse in greifbare Nähe. Es gibt zwingende Gründe für eine neue Nachdenklichkeit. Sie könnte verhindern, dass Millionen Menschen wieder einmal von überforderten und neurotischen Machthabern wie Lämmer auf Schlachtfelder getrieben werden. Sie könnte auch ermöglichen, dass sich jeder zusammen mit allen anderen unter friedlichen Bedingungen als Strategie seines eigenen Schicksals betätigt. Mittlerweile gibt es jedoch eine Reihe beeindruckender Indizien, dass eine kleine Anzahl von Machtliquen aus der Finanzwelt gegenüber den Bevölkerungen in immer mehr Ländern eine Art von Kriegserklärung abgegeben oder sogar eine Fehdeerklärung an die Menschheit gerichtet hat.

Rettungsschirme

Bis jetzt ist in der Sphäre der politischen Macht nur ein Mittel gegen absehbare Katastrophen zu beobachten, die immer mehr werdenden „Rettungsschirme“. Darunter werden allerdings die problematischen Strukturen der Arbeitsgesellschaft nur verdeckt. Es ist zweifelhaft, ob sich mit den immer weiter aufgespannten Rettungsschirmen Nennenswertes in der Gesellschaft verändert, so dass ein noch einigermaßen demokratisches Gemeinwesen gewährleistet werden kann. Tatsächlich lässt die allseits geforderte Sparökonomie, die überwiegend zu Lasten der einfachen Leute geht, die Strukturen und Mechanismen völlig intakt, die für die gegenwärtige Misere verantwortlich sind. Es werden die gleichen Abstraktionen und Regeln angewandt, die Spekulanten und Glücksrittern ihren weltweiten Beutezug ermöglicht haben. Eine Abstraktion ist die völlige Abkopplung der ursprünglich medial

begrenzten Welt des Geldes vom gesellschaftlichen Lebens- und Produktionsprozess. Sie erlaubt die Enteignung der Wertschöpfung der Arbeitsgesellschaft und entzieht den arbeitenden Menschen die Existenzgrundlage. Die in jüngerer Zeit aufgekommenen Verdachtsgründe wegen organisierter betrügerischer Manipulationen des Libor-Zinssatzes durch die drittgrößte britische Geschäftsbank (Barclays) und weiterer Banken unter Beteiligung von Mitarbeitern der britischen Notenbank, lassen befürchten, dass geschäftliche und nationalstaatliche Interessen sogar mit mafiotischen Methoden durchgesetzt wurden.

Vor diesem Hintergrund liegen manche Schlussfolgerungen auf der Hand:

1. Die anhaltende Finanzkrise verlangt eine neue Debatte über Inhalt und Reichweite des Sicherheitsbegriffs im gesellschaftlichen Kontext.
2. Die um sich greifende Verwendung des Ausdrucks „Krieg“ zeigt mit ihren Verknüpfungen (z. B. „Wirtschaftskrieg“; „Währungskrieg“), dass auch die innere Sicherheit nicht mehr auf die klassischen Grenzen individuellen Rechtsgüterschutzes zu beschränken ist.
3. Der zunehmende Verlust des Vertrauens in die Problemlösungskompetenz demokratisch legitimierter Politik gefährdet letztlich den sozialen Frieden und führt zu einer unübersehbaren Fülle von Folgeproblemen, die mit polizeilichen Mitteln nicht mehr lösbar sind.
4. Die bereits in einigen Ländern eingesetzten „Expertenregierungen“ sind Vorformen eines Ausnahmezustandes, aus dem mittlerweile selbst demokratische Wahlen nicht mehr ohne weiteres herausführen und in denen „Neuwahlen“ eher ein Zeichen der Resignation als der nationalen Besinnung sind.
5. Der widersprüchliche und gegensätzliche Charakter von Wirtschaftsordnungen und nationalen Interessen hat sich so verschärft, dass gewaltsame Entladungen nicht mehr auszuschließen sind.
6. Trotz der offensichtlich gewordenen gesellschaftszerstörenden Wirkungen eines entfesselten Finanzkapitalismus versuchen etliche Politiker nach wie vor, die Verhältnisse schönzureden, an deren Entstehung sie selbst beteiligt waren.
7. Es ist angesichts des nach wie vor im Wesentlichen ungestörten „Raubtierkapitalismus“ zu klären, ob die Verantwortlichen in der Politik ihrem Eid gerecht geworden sind, die Gesetze zu achten, Gerechtigkeit gegen

jedermann zu üben, den Nutzen des Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden.

8. Statt einer umfassenden (auch strafrechtlichen) Rechnungslegung findet bis jetzt nur eine Demontierung des demokratischen Minimums statt, das aber unverzichtbar ist, um den erforderlichen gesellschaftlichen Widerstand gegen das Versagen bestimmter Politiker und die kriminelle Energie in manchen Wirtschaftskreisen hinreichend wirkungsvoll zu machen.
9. Die strukturelle Gewalt der Ökonomie wirkt oft direkt in die Politik hinein und steuert die Staatsgewalten, zwingt also den Staat zu ganz bestimmten Prioritäten und definiert, was „systemrelevant“ ist, und was nicht.
10. Etliche „Rettungsmaßnahmen“ in der Euro-Krise kommen einer Konkursverschleppung gleich, durch die Staaten und Menschen entmündigt werden; sie geraten in eine generationenübergreifende Schuldknechtschaft, aus der im schlimmsten Fall eine Befreiung nur unter bürgerkriegsähnlichen Bedingungen stattfinden könnte.

Autor: Dr. Wolfgang Hetzer, geboren am 24. Oktober 1951, Abteilungsleiter in einer europäischen Behörde

Wie können hohe Einkommen und Vermögen wieder stärker besteuert werden?

von Dr. Stefan Bach

Personen und Haushalte mit hohem Einkommen und Vermögen sind in den letzten beiden Jahrzehnten steuerlich entlastet worden. Dies geschah in Deutschland ebenso wie in den meisten EU- und OECD-Ländern. Die Vermögensteuer wird nicht mehr erhoben, die Einkommensteuer-Spitzenätze sowie die Unternehmensteuern wurden deutlich gesenkt und die Kapitalerträge werden seit 2009 nur noch mit der Abgeltungssteuer belastet. Zugleich hat sich in diesem Zeitraum die Verteilung der

Erwerbseinkommen spürbar verschärft. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen legten im Trend kräftig zu, während die Masseneinkommen stagnierten und die niedrigen Erwerbseinkommen gesunken sind. Nennenswerte reale Einkommenszuwächse gab es seit Mitte der 90er Jahre nur noch für Wohlhabende. Das Wirtschaftswachstum ist seitdem weitgehend bei den reichsten 10 Prozent der Bevölkerung gelandet, und ein Großteil davon wohl bei den Reichsten 1 Prozent.

Nach der Finanzkrise und der Zunahme der Staatsverschuldung in deren Folge hat der Konsolidierungsdruck auf die öffentlichen Haushalte zugenommen. Kürzungen bei staatlichen Leistungen und Transfers treffen die mittleren und unteren Einkommen überproportional, ebenso Erhöhungen von indirekten Steuern. Die seit Jahren unzureichenden Infrastrukturinvestitionen und die Unterfinanzierung des Bildungssystems gefährden die wirtschaftliche Entwicklung. Vor diesem Hintergrund stehen „Reichensteuern“ wieder weit oben auf der politischen Tagesordnung, also Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen. Dabei geht es um den Einkommensteuer-Spitzensatz, die Unternehmen- und Kapitaleinkommensteuern, die Erbschaftsteuer, die Wiederbelebung der Vermögensteuer oder der Erhebung einer einmaligen Vermögensabgabe. Inzwischen gibt es sogar Initiativen von Millionären, die höhere Steuern auf höhere Einkommen und Vermögen für gerechtfertigt halten.

Einkommensteuer

Beim Spitzensatz der Einkommensteuer gibt es für Deutschland wieder Spielraum nach oben. Viele Länder haben die Spitzensteuersätze wieder angehoben. Anders als bei den Unternehmen- und Kapitaleinkommensteuern scheint der internationale Steuersenkungswettbewerb hier zu Ende gegangen zu sein. Der Spitzensteuersatz in Höhe von 45 Prozent wird in Deutschland zurzeit erst ab einem steuerpflichtigen Einkommen von 250.730 Euro erhoben. Eine Erhöhung auf 49 Prozent würde etwa 1,7 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen erbringen, unter Vernachlässigung von Ausweichreaktionen der Steuerpflichtigen. Soll der Spitzensteuersatz von 49 Prozent schon ab einem steuerpflichtigen Einkommen von 100.000 Euro gelten, könnte dies etwa 4,5 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen pro Jahr erbringen.

Allerdings werden die wirklich Reichen mit den hohen Unternehmensbeteiligungen von einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes gar nicht belastet. Denn Unternehmensgewinne werden auf Unternehmensebene mit Gewerbe- und Körperschaftsteuer belastet, und bei der Ausschüttung nur noch mit der Abgeltungsteuer belegt. Die progressive Belastung der Kapitaleinkünfte bei der persönlichen Einkommensteuer wurde 2009 abgeschafft. Wer also die hohen Einkommen stärker belasten will, muss diese Regelungen verändern oder hohe Vermögen belasten.

Vermögensteuer

In einer vielbeachteten Studie haben wir im DIW Berlin konkrete Szenarien für Vermögensteuern und -abgaben in Deutschland berechnet. Ergänzt man die einschlägigen Erhebungen zur Vermögensverteilung der privaten Haushalte um die Unternehmensbeteiligungen der sehr wohlhabenden Familien in Deutschland, wie sie in den Rankings des manager magazins aufgestellt werden, so ergibt sich eine erhebliche Vermögenskonzentration. Vom gesamten besteuerverbaren Vermögen (Grundvermögen, Geld- und Finanzvermögen, Unternehmensbeteiligungen, abzüglich Schulden auf die Vermögenswerte und ohne Altersvorsorgevermögen und Hausrat) entfallen zwei Drittel auf die reichsten 10 Prozent, 36 Prozent auf die reichsten 1 Prozent und immerhin noch 23 Prozent auf die reichsten 0,1 Prozent.

Selbst bei einem hohen persönlichen Freibetrag von 1 Million Euro (bei Ehepaaren also 2 Millionen Euro) und einem Freibetrag für das Betriebsvermögen von 5 Millionen Euro ergibt sich noch eine Bemessungsgrundlage von 1,4 Billionen Euro oder 56 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Eine Vermögensteuer oder Vermögensabgabe in Höhe von 1 Prozent auf diese Steuerbasis könnte somit ein Steueraufkommen von 14 Milliarden Euro oder 0,6 des BIP erzielen, unter Vernachlässigung von Ausweichreaktionen. Steuerpflichtig wären gut 300 000 Personen, das entspricht den reichsten 0,6 Prozent der Bevölkerung. Wenn man die Steuer bereits ab einem Freibetrag von 500.000 Euro persönliches Vermögen erhebt, steigt die Bemessungsgrundlage auf 1,7 Billionen Euro, bei 250.000 Euro wären es sogar 2,3 Billionen Euro. Allerdings wären damit deutlich mehr Steuerpflichtige betroffen.

Steuerflucht

Der Nachteil solcher Steuererhöhungen für die wirklich Reichen ist, dass sie Steuergestaltungen und Steuerflucht auslösen werden. In der globalisierten Wirtschaft und auf den internationalisierten Kapitalmärkten ergeben sich vielfältige Möglichkeiten dazu. Auch kleinere und mittelständische Unternehmen oder besser verdienende Arbeitnehmer können viele Steuertricks nutzen, zumal sie kaum noch vom Finanzamt kontrolliert werden. Daher unterliegen die Aufkommensschätzungen einem erheblichen Risiko, und negative Wirkungen auf Investitionen und Beschäftigung können längerfristig hinzukommen. Will man die hohen Einkommen und Vermögen wirksam stärker belasten, muss vor allem die internationale Steuerkooperation gestärkt werden. Das ist schwierig und langwierig, aber nicht ausgeschlossen. So wurden beim Kampf gegen Steueroasen bereits deutliche Fortschritte gemacht. Längerfristig sollten die Unternehmen- und Kapitaleinkommensteuersysteme durch Mindeststeuersätze koordiniert und um Verwaltungskooperationen zu grenzüberschreitenden Einkommen ergänzt werden.

Erbschaftsteuer

Großen Reformbedarf gibt es bei der Erbschaftsteuer. Die in den letzten Jahren ausgeweiteten Vergünstigungen für die Weitergabe von Betriebsvermögen sind viel zu großzügig geraten. Inzwischen können auch Unternehmensbeteiligungen im dreistelligen Millionenbereich steuerfrei oder nur mit geringen Belastungen übertragen werden, wenn die Nachfolger die Unternehmen weiterführen. Erbschaften im Privatbereich zwischen weniger nahen Verwandten werden dagegen nur mit niedrigen Freibeträgen begünstigt und die Steuersätze steigen schnell auf 30 Prozent und mehr. Die massiven Begünstigungen für Betriebsvermögen gefährden das Aufkommen der Erbschaftsteuer, belasten deren Legitimität und stellen auch ein verfassungsrechtliches Risiko dar. Daher sollten sie in ihrer Höhe deutlich beschränkt werden, um sie auf die Weitergabe von kleinen und mittelständischen Betrieben zu begrenzen.

Einmalige Vermögensabgabe

Auch kurzfristig wäre es möglich, die sehr Wohlhabenden durch eine einmalige Vermögensabgabe stärker zu belasten. Eine solche Abgabe wäre rechtlich zulässig und könnte erhoben werden, um den deutlichen Anstieg der Staatsverschuldung im Zuge der Finanzkrise abzubauen. Der wesentliche Vorteil einer solchen einmaligen Abgabe auf den vorhandenen Vermögensbestand liegt aus ökonomischer Sicht darin, dass die Steuerpflichtigen ihr nicht ausweichen können, soweit die Finanzverwaltung das vorhandene Vermögen ermitteln kann. Wird die Zahlung der Vermögensabgabe auf Jahrzehnte gestreckt, wie dies beim Lastenausgleich nach dem zweiten Weltkrieg der Fall war, kann die Abgabe aus den laufenden Erträgen des Vermögens gezahlt werden.

Die Schattenseite der außerordentlichen Vermögensabgabe ist, dass sich viele Steuerpflichtige überrumpelt und enteignet fühlen. Dagegen lässt sich einwenden, dass vor allem die Vermögenden von den Rettungsaktionen für notleidende Banken und den Stützungsaktionen für die Kapitalmärkte profitiert haben. Und die beschriebene Entwicklung bei der Einkommens- und Steuerlastverteilung der letzten Dekaden spricht ebenfalls für höhere Reichensteuern. Die Vermögensabgabe ist das Finanzierungsinstrument, das am besten zu einem „Schuldentilgungspakt“ passt, wie ihn der deutsche Sachverständigenrat zur Lösung der Europäischen Schuldenkrise vorschlägt.

Allerdings ist die Umsetzung solcher Konzepte wenig wahrscheinlich, da sie eine kollektive Haftung für Staatschulden in der Eurozone bedeuten. Weitaus wahrscheinlicher ist dagegen, dass in den nächsten Jahren eine Art Vermögensabgabe in Form von schleichender Inflation und „finanzieller Repression“ erhoben wird. Denn die Zentralbanken überfluten zurzeit die Kapitalmärkte mit

Liquidität, die die Realzinsen auf null oder sogar in den negativen Bereich drückt. Dies entlastet die Schuldner und belastet die Vermögensbesitzer. Das sind vor allem die festverzinslichen Vermögenanlagen, also die Spareinlagen, Rentenfonds, Lebensversicherungen und private Rentenversicherungen einschließlich der betrieblichen Altersvorsorge, also die klassischen Vermögenanlagen der Normalbürger. Aber auch Immobilien sind zumindest kurz- bis mittelfristig nicht unbedingt das sichere „Betongold“. Denn längerfristige Mietverträge oder Vergleichsmietensysteme verhindern eine zügige Anpassung der Erträge an eine schleichende Inflation. Dies wirkt wie eine Vermögensabgabe, aber ohne Freibeträge, also vom ersten Euro an. Und anders als bei den derzeit diskutierten Plänen für höhere „Reichensteuern“ werden vor allem die Mittelschichten belastet. Die großen Vermögen, die überwiegend aus Unternehmensbeteiligungen bestehen, wären dagegen von der schleichenden Inflation kaum betroffen.

Fazit

Insgesamt spricht vieles dafür, hohe Einkommen und Vermögen wieder stärker zu besteuern. Mit einer einmaligen Vermögensabgabe und einem wohldosierten Mix aus moderaten Erhöhungen von Einkommensteuer-Spitzenätzen, Unternehmen- und Kapitalertragsteuern sowie dem Abbau von Steuervergünstigungen bei Unternehmens- und Vermietungserträgen und bei Erbschaften könnten bereits heute etwa 15 Milliarden Euro Steuermehraufkommen im Jahr erzielt werden, ohne dass dies größere wirtschaftliche Schäden auslösen würde. Eine bessere internationale Koordinierung der Unternehmens- und Kapitaleinkommensbesteuerung würde das Besteuerungspotential für „Reichensteuern“ noch spürbar erhöhen.

Autor: Dr. Stefan Bach, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Staat am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin

Solidarität – Plädoyer für die Rettung eines Begriffs

von Timm Steinborn

Dies ist kein Text über die richtige Politik in der so genannten Schuldenkrise. Dies ist auch kein Text, der ein Urteil über Sparauflagen, Fiskalpakt, Schuldenbremsen und Austeritätspolitik fällen will. Dieser Text ist ein Plädoyer zur Rettung eines politischen Begriffs: der Solidarität. Denn ein Satz hat Hochkonjunktur in den Debatten rund um die europäische Schuldenkrise: „Solidarität ist keine Einbahnstraße.“ Das ist schlicht und einfach falsch.

Solidarität ist genau das: eine Einbahnstraße

Übliche marktliberale Verdächtige wie Westerwelle, Rösler und Brüderle, diverse Unionsvertreter und sogar einige prominente Sozialdemokraten beziehen mit diesem Satz gegenüber den so genannten Schuldenstaaten Stellung: Wenn ihr unser Geld wollt, müsst ihr unsere Bedingungen erfüllen. Auch wenn bei weitem nicht jeder im politischen Berlin die oft mit dieser Äußerung verbundene Forderung nach drastischer Austeritätspolitik teilt – der Satz selbst bleibt oft unwidersprochen. Das ist fatal. Denn wer so argumentiert oder die innere Logik dieser Argumentation unwidersprochen lässt, der hat Solidarität nicht verstanden. Schlimmer noch: Er beteiligt sich an der Demontage des Begriffs. Denn Solidarität ist genau das: eine Einbahnstraße. Solidarität bedeutet gegenseitigen Beistand – ohne Bedingungen. Die einzige Abmachung zwischen den Mitgliedern einer Solidargemeinschaft lautet: Wer in Not gerät, wer also der Solidarität der anderen bedarf, dem wird sie gewährt. Und die, die Solidarität in welcher Form auch immer gewähren, erhalten dafür weder Gegenleistung noch Garantien – außer der einen: Auch sie werden Solidarität erfahren, wenn sie sie einmal benötigen. Solidarität ist also nur in einer Hinsicht tatsächlich keine Einbahnstraße: Wer Solidarität erfahren hat, hat die Pflicht, sie auch zurückzugeben. Das aber meinen diejenigen nicht, die den Einbahnstraßen-Vergleich aktuell in die politische Debatte einbringen. Sie meinen: Solidarität gibt es nur für eine Gegenleistung.

Solidargemeinschaften sind kein Club der Starken

Wer Solidarität aber nur für entsprechende Gegenleistung gewähren will, der erklärt Solidargemeinschaften zu einem exklusiven Club der Starken. Genau das führt aber den Solidaritätsgedanken selbst ad absurdum – ob in der Krankenversicherung, den nationalen Sozialversicherungen oder der internationalen Krisenbewältigung. Denn

Solidarität benötigen eben nicht die Starken, sondern nur die Schwachen. Dass Solidarität von ihrem Grundgedanken her bedingungslos ist, ist deshalb auch kein Zufall. Es ergibt sich aus der Geschichte des Solidaritätsprinzips. Die ersten, die in der Neuzeit den Begriff Solidarität mit gelebtem Gemeinsinn und politischer Bedeutung füllten, waren Zusammenschlüsse von Arbeitern: Sie sicherten sich gegenseitig gegen Existenz gefährdende Arbeitsrisiken ab oder solidarisierten sich im gemeinsamen Bestreben nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen für die Arbeiterschaft. Knappschaften haben in diesem Solidaritätsgedanken ebenso ihren Ursprung, wie Gesellenvereine und nicht zuletzt Arbeitervereine und Gewerkschaften. Bedingungslose Solidarität war in diesen Vereinigungen zu Beginn der Industrialisierung nicht nur gelebte Überzeugung – sie war schlicht und einfach ohne Alternative: Wer oft sieben Tage die Woche rund 90 Stunden arbeitete und trotzdem kaum Geld verdiente, der konnte in eine Solidargemeinschaft eben nur eines einbringen: seine Solidarität. Für die Solidarität der anderen erhebliche Gegenleistungen bringen zu müssen, hätte den Sinn dieser Zusammenschlüsse konterkariert – weil es den meisten Mitgliedern schlicht nicht möglich gewesen wäre.

Nur noch kurze Hosen für die Waisen

„Der Empfänger von Solidarität hat die Pflicht, alles ihm Mögliche zu tun, um die Ursachen seiner Misere zu beseitigen“, sagte FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle am 25. Juli 2012 im ZDF-Morgenmagazin über Finanzhilfen an Griechenland und trieb damit das Einbahnstraßenargument auf die Spitze. Was bedeutet Brüderles Logik für den Solidaritätsbegriff? Hätten Bergleutknappschaften im 19. Jahrhundert der Witwe des verunglückten Kumpels sagen sollen: „Natürlich bekommst du Unterstützung. Aber erst, wenn du den erstbesten Mann geheiratet hast, der dir über den Weg läuft, und deine Kinder im Winter auf lange Hosen verzichten.“ Brüderles Pseudo-Definition von Solidarität ist schlicht absurd. Er erfindet ein Perpetuum mobile: Nur wer seine Misere selbst beseitigt, erfährt Solidarität. Aber wer seine Misere selbst beseitigen kann, bedarf dieser Solidarität gar nicht mehr. Problem gelöst. Zu Ende gedacht bedeutet dieses Modell etwa für die deutsche Krankenversicherung: Medizinische Leistungen für Raucher, Alkoholtrinker und Sportmuffel sind ab sofort gestrichen. Das will selbst Brüderle nicht. Was er und alle anderen, die den Einbahnstraßen-Satz verwenden, eigentlich sagen wollen, ist: „Unsere Solidarität hat hier ein Ende.“

Solidarität ist bedingungslos, aber nicht grenzenlos

Das ist eine legitime politische Entscheidung. Solidarität ist zwar bedingungslos, muss aber nicht grenzenlos sein. Je nachdem, welche Ziele die Politik sich setzt, je nachdem, wo eine Regierung ihre „roten Linien“ zieht, kann die politische Entscheidung fallen: Unsere Solidarität hat in dieser Situation ein Ende. Wenn dann Finanzhilfen nur noch gegen Auflagen fließen – wie heute bereits im Fall

Griechenlands – agiert Europa selbstredend nicht mehr als Solidargemeinschaft. Das Verhältnis von Geber- und Empfängerländern folgt dann einem System von Leistung und Gegenleistung, folgt der Logik eines Gläubiger-Schuldner-Verhältnisses. De facto schaffen die als Kredite gezahlten Hilfen an Griechenland heute bereits genau dieses Verhältnis. Und ob es der deutschen Linken passt oder nicht: In puncto Griechenland-Hilfen stünde hierzulande vermutlich sogar eine Mehrheit hinter der Aussage: „Unsere Solidarität hat ein Ende.“ Warum aber sagen die Befürworter der Sparvorgaben nicht genau das? Warum bemühen sie den nachweislich absurden Vergleich, Solidarität sei keine Einbahnstraße? Weil sie so in der längst subjektiv und emotional geführten Debatte rund um die so genannte Schuldenkrise die Rollen von Gut und Böse vertauschen können. Wer sagt „Meine Solidarität hat ein Ende.“ findet sich schnell in der Rolle des unsolidarischen Partners und in Erklärungsnot, warum er einem Hilfsbedürftigen die benötigte Hilfe unter Umständen verweigern will. „Solidarität ist keine Einbahnstraße“ verkehrt diese Rollenzuweisung ins Gegenteil: Der großzügige Geber wird ausgenutzt vom undankbaren Bittsteller.

Die Büchse der Pandora

Die Liberalen und viele Konservative können dieses Spiel mit dem Solidaritätsbegriff bedenkenlos treiben. Er gehörte nie oder gehört schon länger nicht mehr zu ihrem parteipolitischen Wertekanon. Anders sieht das für linke, für sozialdemokratische Parteien sowie für die Gewerkschaften aus. Solidarität ist für sie ein zentraler Begriff. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind speziell für die Sozialdemokratie die Werte-Trias, aus der sie ihre politische Überzeugung und Berechtigung herleitet. Jeder dieser Begriffe muss zwar immer wieder den sich ändernden Gegebenheiten der Gegenwart angepasst werden, um auch heute seine Gültigkeit und Berechtigung zu behalten. Aber keiner der Begriffe darf sinnentleert und ausgehöhlt werden. Der Satz „Solidarität ist keine Einbahnstraße.“ tut genau das. Er opfert in der Schuldenkrise die grundlegende Definition des Solidaritätsgedankens einer tagespolitischen Agenda. Wie gesagt: Solidarität ist bedingungslos, nicht zwangsläufig grenzenlos. Auch linke, auch sozialdemokratische Parteien dürfen und müssen manchmal die Entscheidung treffen: Unsere Solidarität hat aus bestimmten Gründen hier ein Ende. Sie dürfen sich dann aber nicht davor scheuen, den Bürgerinnen und Bürgern diese Entscheidung auch so zu begründen. Wer „Solidarität ist keine Einbahnstraße.“ sagt, flüchtet sich in die vermeintlich einfachste Erklärung – und demontiert den Begriff selbst. Mehr noch: Der Satz öffnet nicht nur international, sondern auch hierzulande die Büchse der Pandora. Lange hat die Kanzlerin sich bemüht zu versichern, dass die Gegenleistungs-Logik der Griechenland-Hilfen nicht auf den innerdeutschen Länderfinanzausgleich übertragbar und die beiden Systeme gar nicht vergleichbar seien. Jetzt klagt Bayern erneut gegen den Finanzausgleich. Und die Begründung des bayerischen Finanzministers Söder lautet: Solidarität sei schließlich keine Einbahnstraße.

Solidarität ist ein universeller Wert

Damit hat Söder nur in einem Punkt Recht. Denn wie schon zu Beginn erläutert ist Solidarität nur in einer Hinsicht tatsächlich keine Einbahnstraße: Wer Solidarität erhalten hat, der muss sie auch anderen gewähren. Genau das meint Söder aber nicht. Sonst dürfte der Freistaat Bayern, der jahrzehntelang Nehmerland im Länderfinanzausgleich war, als heutiges Geberland nicht mal an eine Klage denken. Söders Argumentation zeigt, warum es so gefährlich ist, den Solidaritätsbegriff angesichts der Schuldenkrise aufzuweichen oder zu relativieren: Solidarität ist ein universeller Wert. Sie gilt nur ganz oder gar nicht. Wer sie relativiert, öffnet denen Tür und Tor, die Solidarität eben nicht als Wert an sich verstehen, sondern als Modell von Leistung und Gegenleistung im tagespolitischen Geschäft. Hilfe gibt es nach dieser Logik nur, wenn es den potenziellen Helfern passt. Das mag heute pragmatisch, vielleicht sogar gerecht erscheinen – könnte aber zum gefährlichen Bumerang werden. Noch braucht Deutschland keine Hilfe seiner europäischen Partner. Wenn sich die Gegenleistungslogik durchsetzt, können wir nur hoffen, dass das auch so bleibt. Denn der Rest Europas wird sich dann an das erinnern, was die deutsche Politik heute predigt. Geben wir den Solidaritätsgedanken also nicht unbedarft auf.

Autor: Timm Steinborn, geboren am 30. Juni 1980 in Düsseldorf, Freier Journalist und Medienberater.

Hartz IV: Das doppelte Schisma oder: Das stählerne Gehäuse der Angst

von Albrecht von Lucke

Spätestens seit dem zehnten Jahrestag der „Hartz–Verkündigung“ am 16. August 2002 durch Bundeskanzler Gerhard Schröder und VW-Personalchef Peter Hartz im Französischen Dom zu Berlin wird erregt über die Frage debattiert, ob die Agenda-Reformen dem Land eher ökonomische Stabilität oder soziale Spaltung beschert haben. Was dagegen viel zu wenig beleuchtet wird, sind die psychologischen Auswirkungen, unter denen die Republik seit Einführung der Reformen leidet. Denn längst ist Hartz IV weit mehr als ein bloßes Gesetz.

Die Chiffre Hartz IV – das bedeutet für Tausende Menschen ein radikales Gefühl der Verunsicherung ihrer Lebensläufe, die Sorge, von einem Tag auf den anderen ins Nichts zu stürzen und damit den sozialen Abstieg wie einen kalten Entzug zu erleben. Hartz IV steht damit für ein doppeltes, gesellschaftliches Schisma: das der Unterscheidung in Produktive und Unproduktive und das der politischen Linken in Agenda-Verteidiger und erbitterte Gegner.

Angst-Rohstoff Hartz IV

Was heute, massiv forciert durch die Einführung von Hartz IV, in der Gesellschaft vorherrscht, ist ein merkwürdig diffuses, immer weiter ausgreifendes Angstgefühl. Das aber bedeutet einen radikalen Bruch mit der Geschichte der alten Bundesrepublik ab 1949.

Mit dem Beginn der „goldenen Jahre“ (Eric Hobsbawm) des westlichen Kapitalismus, der Nachkriegsära der 50er und 60er Jahren, wurde breite gesellschaftliche Teilhabe am sozialen Wohlstand zum erklärten Ziel der Politik. Damit zog man auch die Konsequenzen aus einem radikal entgleisten Kapitalismus und dessen Folgen. Erst im Zuge der Weltwirtschaftskrise von 1929, und der Verelendung und Verarmung breiter Massen der Bevölkerung, hatte die faschistische Radikalisierung ihren endgültigen Durchbruch erlebt. „Wohlstand für alle“ lautete daher nach 1945 die parteiübergreifende Devise der Bonner Republik – beginnend mit Ludwig Erhard und Konrad Adenauer über Willy Brandt und Helmut Schmidt bis Helmut Kohl. Gesellschaftlicher Aufstieg wurde zum Friedensstifter der Republik.

Doch diese Geschichte ist offenbar vorbei, das hat die Krise der letzten Jahre gezeigt. Die alte Erfolgsgeschichte greift nicht mehr.

Aus der einstigen Aufstiegsgesellschaft wird immer mehr eine Abstiegsgesellschaft. Von der im Zuge der Bildungsexpansion der 70er und 80er Jahre erhofften durchlässigen Gesellschaft mit Aufstiegschancen für alle kann heute nicht mehr die Rede sein. Im Gegenteil: Laut Befunden der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist die deutsche Gesellschaft hochgradig undurchlässig geworden. Nur jeder Fünfte schafft heute noch den Aufstieg durch Bildung. Laut dem jüngsten OECD-Bildungsbericht erreichen 22 Prozent der jungen Menschen in der Bundesrepublik nicht das Bildungsniveau ihrer Eltern. Und nur 20 Prozent der Jüngeren schaffen einen höheren Bildungsabschluss, als ihn Vater oder Mutter besitzen. Positiv betrachtet ist dies auch eine Konsequenz des bereits erreichten Aufstiegs eines Teils der Elterngeneration, der weiteren Aufstieg umso anspruchsvoller macht; negativ betrachtet hat dieses neu entstandene „Establishment“ jedoch immer engere Aufstiegskanäle für jene zur Folge, die von außerhalb kommen, sprich von ganz unten. Anders gesagt: Die alten Klassenschranken sind wieder da.

Die Angst der Jungen vor dem Abstieg

Speziell junge Menschen sind heute mit einer radikalen Verunsicherung konfrontiert, was ihre eigenen Lebensläufe betrifft. Das beginnt mit dem prekären Ausbildungsplatz, geht über die fehlende Festanstellung und führt bis zur Angst vor Altersarmut. Denn auch diese Frage betrifft heute nicht primär die gegenwärtigen Rentner, sondern die zukünftigen. Die meisten Jugendlichen und jungen Erwachsenen wissen daher ganz genau: Wir werden als Generation aller Voraussicht nach nicht die gleichen Chancen wie unsere Eltern haben. Der Spruch der fünfziger Jahre „Ihr werdet es einmal besser haben als wir“, hat sich in sein Gegenteil verkehrt.

Heute gibt es in fast ganz Europa über 25 Prozent Jugendarbeitslosigkeit, in Spanien und Griechenland sind es sogar über 50 Prozent (nur Deutschland erscheint in dieser Hinsicht bisher noch wie eine Insel der Seligen). Nicht ohne Grund ist die Zahl der Depressionen unter Jugendlichen in den letzten Jahren um das Vierfache gestiegen. Dieses neue Gefühl der radikalen Verunsicherung artikuliert sich in ganz Europa, je nach Lage der Dinge, in unterschiedlich dramatischer Weise. Während sich im letzten Jahr in England – wie schon vor fünf Jahren in den französischen Banlieues – die vorherrschende Perspektivlosigkeit in Straßenschlachten manifestierte, ist die Reaktion in Deutschland noch wesentlich diffuser und individualistischer. Hier greift nach wie vor der Glaube daran, den eigenen Aufstieg aus eigenem Antrieb schaffen zu können. Und wo dieser Glaube verloren gegangen ist, führt die Angst in aller Regel nicht zu Protest, sondern zu Lähmung – und zu fortgesetzter Vereinzelung, zumal dann, wenn die Erfahrung hinzu kommt, an den Verhältnissen ohnehin nichts ändern zu können.

Das Trauma der Alternativlosigkeit

Denn bei alledem muss man sich bewusst machen, dass die junge Generation in den letzten 30 Jahren unter der Devise der Alternativlosigkeit groß geworden ist. Von Margaret Thatcher bis Angela Merkel zieht sich der Glaube an die TINA-Logik („There is no alternative“, Thatcher) bis zur zwingend „marktkonformen Demokratie“ (Merkel): Diese politische Perspektivlosigkeit hat die heutige Jugend geprägt und ihre Bestrebungen und Ziele hochgradig individualisiert. Längst strahlt diese Individualisierung in alle Bereiche der Gesellschaft aus, wobei der allgemeinen Ökonomisierung durch die Allmacht der mythologisierten Märkte zweifellos der Charakter der Leitkultur zukommt. Im Angesicht der Alternativlosigkeit ist jeder gut beraten, ganz nach seinem eigenen Weg zu suchen. Damit wird jeder Lebenslauf auch zum Ausdruck der Bewirtschaftung der eigenen Biografie.

„Jeder ist seines Glückes Schmied“ lautet die Devise oder, zynischer noch: „Wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht.“ Die Idee der Solidarität bleibt dabei auf der Strecke. Mit dem Ende der Kollektividentitäten, insbesondere der alten

Arbeiterbewegung, führt heute jeder seinen ganz individuellen Klassenkampf, um den eigenen, derart erschwerten Aufstieg doch noch zu schaffen.

Dabei wird der Gebrauch der Ellenbogen zunehmend stärker – allerdings als kaschierter Klassenkampf, der subtiler und feiner vonstatten geht. Diskussionen über Gerechtigkeit sind in dieser Ideologie sogleich Neiddebatten. Solidarität hat nichts mehr mit gesellschaftlicher Verantwortung zu tun; statt dessen erleben wir die Rückkehr fast feudaler Strukturen, notdürftig kaschiert durch die altertümliche Almosenpraxis in der neumodischen Variante des „Charity“-Prinzips. Den Rest erledigen Tafeln, Suppenküchen und Kleiderkammern.

Der Kampf um den Aufstieg und das Ende der Durchlässigkeit

Im neuen hoch individualisierten Klassenkampf in der modernen Klassengesellschaft kommen alle bereits von Pierre Bourdieu beschriebenen Kapital-Arten zum Einsatz: das teils über Generationen gewachsene soziale Kapital der Beziehungen, das kulturelle oder Bildungskapital und natürlich, wie eh und je, das knallharte ökonomische Kapital, das wiederum gern in Bildungskapital umgemünzt wird, wenn etwa Eltern ihren Kindern das Studium an einer Eliteuniversität in den USA ermöglichen.

Die soziale Herkunft beeinflusst also den späteren beruflichen Erfolg nicht nur über die erworbene (bzw. von zuhause mitgegebene) Bildung, sondern auch durch die spätere Selektion, etwa bei Einstellungsgesprächen. Auf diesem Wege rekrutiert sich die Elite, insbesondere in der Wirtschaft, noch stärker als zuvor aus sich selbst. Gleichzeitig wird die Spitze der Gesellschaft sogar in ihren Umgangsformen immer geschlossener.

Das „soziale Kapital“ im Sinne Bourdieus, entscheidet somit immer frühzeitiger über die konkreten Lebenschancen. Indem Arbeiterkinder immer weniger Ein- und Aufstiegschancen haben, wird das Bürgertum in zunehmendem Maße homogen. Gleichzeitig erleben wir eine erstaunliche Provinzialisierung des Besitzbürgertums, mit einer Tendenz zu *gated communities*.

Diese zunehmende Segmentierung und Individualisierung der Gesellschaft wirkt unmittelbar auf die Demokratie zurück. Wie hatte Thatcher noch gefordert: „Die Ökonomie ist nur das Mittel. Es geht darum, das Denken zu verändern.“ Und sie hatte Erfolg damit, ihr Postulat der Alternativlosigkeit wirkt heute habituell unvermindert weiter.

Zumal Maggie Thatcher in ihrem zweiten kanonischen Leitsatz noch etwas Weiteres postuliert hat: „There is no society, there are only individuals and families“, sprich:

„Es gibt keine Gesellschaft, sondern nur noch Individuen.“ Ganz in diesem Sinne denken heute die meisten nur noch an den Nahbereich der Familie, und kaum mehr an das allen gemeinsame Gesellschaftliche, also an die Polis. Faktisch bedeutet diese neoliberale Revolution das Ende der Politik.

Neue Bündnisse schließen: Das doppelte Schisma überwinden

Doch immerhin erleben wir seit Beginn dieses Jahrhundert anstelle der dominanten postdemokratischen Resignation auch erste Ansätze einer politischen Rekollektivierung – von Attac über Stuttgart 21 bis Occupy. Allmählich beginnt eine neue Verständigung über das Allgemeinwohl als Alternative zum realexistierenden Kapitalismus, beginnt damit auch wieder Politik. Dies hat zentral mit der Rückkehr der „alten“ linken Frage zu tun, nämlich mit dem Gegensatz von Kapital und Arbeit.

Allerdings sollte man von der neuen Bewegung keineswegs das politische Heil erwarten. Allzu oft haben wir in den letzten Jahren derartige Aufbrüche erlebt. Doch sie alle konnten nicht grundlegend erschüttern, was die letzten 30 Jahre geprägt hat: das stählerne Gehäuse der Angst und der Individualisierung, mit dem Ergebnis der Verflüssigung aller Kollektivsingulare zum neuen „flexiblen Menschen“ (Richard Sennett).

Wirkliche Aussicht auf Erfolg verspricht daher nur eines – die alte Einsicht in die Notwendigkeit, sich kollektiv betätigen zu müssen, um individuellen Erfolg zu haben. Das war die Basis der Solidarität der fortschrittlichen, sozialdemokratischen und sozialistischen Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts; genau darin steckte auch ihr Erfolgsrezept: Im besten Falle konnte die Arbeiterbewegung eine Win-Win-Situation kreieren, nämlich sowohl den Aufstieg für den Einzelnen als auch für die gesamte Klasse. Erst seit allzu viele, die den Aufstieg persönlich für sich geschafft haben, die Leiter hinter sich umstoßen, um die Nachkommenden (und potentiellen Konkurrenten) an ihrem Aufstieg zu hindern, funktioniert das alte solidarische Prinzip nicht mehr, kämpft auch hier, unter Linken, scheinbar jeder nur noch gegen jeden.

Umso mehr kommt es heute darauf an, jene wieder zu ihrem Vorteil zu vereinen, die derzeit von „den Märkten“ gegeneinander ausgespielt werden: Arbeitslose und Billiglöhner, Hartz IV-Empfänger und Festangestellte. Nur durch neue Bündnisse, die die existierenden Lager wie die herrschende Vereinzelung überwinden, lässt sich das stählerne Gehäuse der Angst überwinden – und damit auch das doppelte Hartz IV-Schisma beseitigen, das der Gesellschaft und das der Linken.

Autor: Albrecht von Lucke, geboren 1967, Redakteur der "Blätter für deutsche und internationale Politik"

Bildung „im Paket“ ist kein Ersatz für ein höheres Existenzminimum bei Kindern

von Ingo Kolf

Das sog. Bildungspaket darf nicht auf den Aspekt „Wie erreicht man möglichst viele Kinder?“ reduziert werden. Die gesamte Anlage des sog. Bildungspakets ist für seine politische Bewertung von zentraler Bedeutung.

Das „Bildungspaket“ ist von der Bundessozialministerin von Anfang an gegen höhere Geldleistungen für Kinder in Stellung gebracht worden. Unmittelbar nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Februar 2010 hat Frau von der Leyen sich gegen eine Erhöhung der Kinderregelsätze und stattdessen für Sachleistungen im Bereich Bildung ausgesprochen. Dabei hat sie unmittelbar an die gängigen Diskussionen über Flachbildschirme, Handys, Alkohol und Zigaretten sowie die angebliche Zweckentfremdung von Geldleistungen durch Hartz IV-Empfänger angeknüpft, obwohl es dafür keinen empirischen Beweis gibt. Dieses vorab geplante Ablenkungsmanöver muss als erfolgreich bewertet werden. Die meisten Beobachter sind ihr „auf den Leim gegangen“, unabhängig von der parteipolitischen Provenienz. Im Folgenden wurde viel über Bildungschips und Gutscheine diskutiert, aber die Frage nach der Höhe der Kinderregelsätze wurde in der öffentlichen Diskussion kaum gestellt.

Für den DGB ist entscheidend: Bevor über die Form der Leistungsgewährung nachgedacht wird, muss die Höhe des Existenzminimums für Kinder bestimmt werden. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist Bildung zentraler Bestandteil des soziokulturellen Existenzminimums. Nicht nur deshalb ist eine Erhöhung der Kinderregelsätze dringend geboten. Zum Beispiel sind für 6- bis 13-jährige Kinder rein rechnerisch im Regelsatz pro Tag 3,48 € für Ernährung vorgesehen. Selbst wenn man davon ausgeht, dass dies durch Lebensmittel vom Discounter möglich wäre, ist es völlig lebensfremd, davon auszugehen, dass ein Dreizehnjähriger den gleichen Kalorienverbrauch hat wie ein Sechsjähriger. Daher ist bereits die Altersgruppeneinteilung mehr als fragwürdig. Zum anderen wurden in den Regelsätzen ab Januar 2011 die bisher enthaltenen geringen Anteile für Bildung mit dem Verweis auf das „Bildungspaket“ gestrichen. Die Teilhabeleistungen aus dem „Bildungspaket“ werden jedoch über einen Gutschein ausschließlich für am Ort

vorhandene Angebote gewährt. Wenn jedoch zum Beispiel keine Musikschule erreichbar ist oder im Wohnort kein mit dem Gutschein finanzierbares Angebot besteht, geht der Gutschein ins Leere. Die betroffenen Kinder haben dann keine Möglichkeit, ihren Bildungsbedarf zu befriedigen. Auch der Kauf eines Selbstlernmediums zum Erlernen eines Instrumentes ist dann nicht möglich. Der Bildungsbedarf des Kindes wird also nicht gedeckt.

Eine Erhöhung der Kinderregelsätze zur Sicherstellung der lebensnotwendigen Bedarfe ist ebenso notwendig wie der Ausbau der sozialen Infrastruktur rund um Kitas und Schulen. D.h., Kitas müssen zu Familienzentren ausgebaut werden. Die Ganztagsangebote an Schulen und Horten sollten mit zusätzlichen Angeboten insbesondere zur Lernförderung gestärkt werden, wodurch die Subventionierung privater Nachhilfeinstitute entfallen kann. Eine Kombination von höheren Regelsätzen, die die Familien in die Lage versetzt, eigenverantwortlich ihre Bedarfe zu decken sowie einer Infrastruktur, die gerade im Bereich Bildung und soziale Teilhabe die Bedarfe abdeckt, ermöglicht es, das bürokratische Gutscheinverfahren zu beenden. Gutscheine sollten - wie in der Sozialhilfe - nur in begründeten Einzelfällen verwendet werden, wenn Geldleistungen eindeutig zweckentfremdet werden. Hier ist dann ein Gutschein z.B. für einen Schulranzen sinnvoll, wenn vorher mit dem Geldbetrag keiner angeschafft wurde.

Das „Bildungspaket“ mit seinen Umsetzungsproblemen ist ein Sinnbild für das gesamte Hartz IV-System. Trotz der Anstrengungen aller Beteiligten wird es nie rund laufen, weil es von Grund auf falsch konstruiert ist. Wir haben eine Beteiligung aller drei staatlichen Ebenen mit einer Vermischung von Aufgaben- und Finanzverantwortung. Beim „Bildungspaket“ zeigt schon die Vielzahl von Gremien, die sich mit der Umsetzung befassen (Bund-Länder AG, Runder Tisch etc.), wie zäh und bürokratisch es konstruiert ist. Das Bundesfinanzministerium trägt die Aufwendungen über die Unterkunftsanteile des Bundes für Hartz IV-Bezieher. Das BMAS „beobachtet“ laut eigener Aussage nur, was die Kommunen und Länder unternehmen. D.h., der Bund sieht sich nicht in der Verantwortung für das Bildungspaket, obwohl er die Kosten trägt. Die Länder sind zwischengeschaltet zwischen Bund und Kommunen, ohne jedoch eigene Mittel einzusetzen, obwohl Bildung Ländersache ist. Die Kommunen schließlich setzen um, so wie sie es für richtig halten und wie es den örtlichen Möglichkeiten entspricht. Dabei gibt es eine breite Palette nicht nur hinsichtlich der Verwaltungsumsetzung, sondern auch der inhaltlichen Ausgestaltung (z.B. Anforderungen hinsichtlich der Nachhilfeberechtigung). Teilweise haben die Kommunen die Aufgabenumsetzung rückübertragen auf die Jobcenter, teilweise nehmen sie die Aufgabe komplett selber wahr.

Das Bildungspaket stockt aber auch im Allgemeinen. Der Mittelabfluss – zumindest in 2011 – war völlig ungenügend, insbesondere was die eigentlichen Leistungen an

die Kinder angeht. Im Bereich Verwaltung wurde zwar viel ausgegeben, aber bei den Nettoleistungen für die Kinder zu wenig. Zum anderen wurde die Frage aufgeworfen, was mit den in 2011 nicht verausgabten Geldern geschehen soll. Hier gehen die Kommunen davon aus, dass sie diese Mittel behalten bzw. sie in den allgemeinen kommunalen Haushalt überführen dürfen. Es gibt Kommunen, die die ihnen vom Bund über die Länder zugeteilten Mittel teils für verwandte Aufgaben wie Schulsozialarbeit ausgegeben haben, andere haben die Mittel für allgemeine kommunale Aufgaben verwendet. Mangels Steuerungsmöglichkeit des Bundes in diesem Bereich kann dies nicht verwundern. Bis heute gibt es keinen Gesamtüberblick über die Umsetzung des Bildungspakets in 2011. Inzwischen hat die Bundesregierung konzediert, für 2011 keine Rückforderungen an Kommunen zu stellen.

Fazit

Das sog. Bildungspaket ist vollkommen unzureichend, um im Komplex Kinder- und Bildungsarmut einen Durchbruch zu erreichen. Es folgt dem Motto „Viel Verpackung, aber nur wenig Inhalt“). Es ist an eine enorm bürokratische Umsetzung gebunden und hat im Endeffekt ein schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis. Schon in der Kostenkalkulation im Gesetz wurde davon ausgegangen, dass 21 Prozent der Mittel für die Verwaltung ausgegeben werden. In manchen Kommunen ist - relativ zu den bei den Kindern ankommenden Mitteln - deutlich mehr für die Verwaltung ausgegeben worden. Somit hat das „Bildungspaket“ den Charakter einer Blackbox. Dabei ist es von Seiten der Bundesregierung auch gar nicht gewünscht, wirklich über das System aufzuklären, geschweige denn das System zu steuern. Außerdem kann das „Bildungspaket“ nicht die Deckung des soziokulturellen Existenzminimums in allen Orten gewährleisten. Vielmehr hängt es vom Wohnort des Kindes ab, welche Teilhabe- und Bildungsmöglichkeiten es hat. Es kann bei einer steuerfinanzierten Leistung für das Existenzminimum und bei einem Verfassungsauftrag zur Schaffung bundesweit gleichwertiger Lebensverhältnisse jedoch nicht richtig sein, wenn der Zufall entscheidet.

Autor: Ingo Kolf, Referatsleiter in der Abteilung Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand

Transeuropäische Energieinfrastruktur –

Herzstück einer modernen Industriepolitik

von Egbert Biermann und Dr. Kurt F. Meier

Anmerkungen zu einem oft vergessenen Zusammenhang zwischen nationaler und europäischer Energieinfrastrukturentwicklung.

Bis zum Jahr 2020 soll der europäische Energiebinnenmarkt verwirklicht sein. Das ist beschlossene Sache. Hierzu werden derzeit alle relevanten Entscheidungen und Beschlüsse in die Wege geleitet.

Am Ende dieses Prozesses dürften viele der heute noch nationalen Regelungen durch europäische abgelöst sein. Gerade der Energiesektor wurde in der Vergangenheit oft als eine nationale Aufgabe höchsten Ranges eingestuft. Von diesem Blickwinkel wegzukommen hin zu einer transeuropäischen Sichtweise, ist für alle Beteiligten eine große Herausforderung. Daran wird sich auch die deutsche Energiewende orientieren müssen, denn sie konkurriert auf europäischer Ebene mit anderen Konzepten und Sichtweisen.

Der Ausbau einer transeuropäischen Energieinfrastruktur ist von entscheidender Bedeutung, denn sonst droht das gesamte Projekt „Energiebinnenmarkt 2020“ zu scheitern. Hier drängt die Zeit. Es geht dabei um mehr als nur um den Bau und Ausbau von Stromnetzen.

Der Verordnungsvorschlag der Kommission

Die Europäische Kommission beschloss Ende 2011 einen „Vorschlag für eine Verordnung des europäischen Parlamentes und des Rates für eine transeuropäische Energieinfrastruktur“^[1]. Damit wurde ein europäisches Gesetzgebungsverfahren eingeleitet, dessen Ergebnis am Ende für alle Mitgliedstaaten bindend ist.

Dieses Vorhaben ist Teil eines Gesamtpaketes zum europäischen Energiebinnenmarkt und zu verschiedenen europäischen Infrastrukturmaßnahmen. Es sollen ein neuartiges Finanzinstrument (Projektbonds) eingeführt sowie neue Regelungen für Schienen-, Straßen- und Telekommunikationsnetze geschaffen werden.^[2]

Der Vorschlag zur transeuropäischen Energieinfrastruktur beinhaltet den Aus- und Aufbau von Netzen für vier Bereiche:

- Strom
- Gas

- Erdöl
- und CO₂

Insbesondere die Gestaltung von europaweiten Stromnetzen hat in der öffentlichen Debatte eine große Bedeutung. Strom wird jedoch, zumindest auf mittlere Sicht, nicht nur über regenerative Energieerzeuger produziert. Deshalb hat der Ausbau von Erdöl- und Gasnetzen für den Energiebinnenmarkt 2020 einen ebenso hohen Stellenwert.

Die Relevanz einer transeuropäischen Netzpolitik einschließlich dem Auf- und Ausbau einer transeuropäischen Energieinfrastruktur ist unstrittig. Andererseits erweist sich die Detailgestaltung in der Praxis in vielen Punkten als schwierig. Die Interessen der 27 EU-Länder liegen hier teilweise sehr weit auseinander. Der Verantwortung – einen gemeinsamen Weg zu finden - sind sich aber alle Beteiligten bewusst. Ein Wille zur Problemlösung ist unverkennbar vorhanden.

Vorrangige Projekte

Der Vorschlag der Kommission zielt auf 12 vorrangige Vorhaben für Energieinfrastrukturprojekte und – gebiete. Alle Mitgliedstaaten sind, je nach Betroffenheit, bei den einzelnen Projekten beteiligt. Dies sind im Einzelnen:

- Vier Stromkorridore - (Dazu gehören u. a. der Aufbau eines Off-Shore-Netzes der nördlichen Meere und der Ausbau eines Nord- /Südnetzes.)
- Vier Gaskorridore - (Mit dem Ausbau europäischer Gasnetze soll vor allem eine breite Anbindung und eine Versorgungssicherheit auf technisch höchstem Niveau erreicht werden.)
- Ein Erdölkorridor - (Hierbei steht ebenfalls eine breite Anbindung und die Versorgungssicherheit im Vordergrund.)
- Drei thematische Gebiete - (Dies sind u. a. die Realisierung regionaler intelligenter Stromnetze (Smart Grids), der Bau von Stromautobahnen in der gesamten Union und der Bau grenzüberschreitender CO₂ – Netze. Bei letzterem zeichnet sich allerdings ab, dass es hier noch einen Forschungsrückstand mit entsprechendem Forschungsbedarf gibt, so dass dieses Vorhaben mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit nicht im geplanten Zeitrahmen abgewickelt werden dürfte.)

Zur Umsetzung beinhaltet der Kommissionsvorschlag eine Vielzahl von Vorschlägen und Definitionen z. B. von Fachdefinitionen, zur transnationalen Zusammenarbeit,

wie Bürgerinnen und Bürger sowie Gebietskörperschaften beteiligt und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden können, die hier nicht im Einzelnen aufgeführt werden.

Bereits aus dieser Skizzierung der Eckpunkte einer transeuropäischen Energieinfrastruktur wird deutlich, dass hier nationale Alleingänge nicht zielführend sind. Auch die zu erwartenden Investitionskosten sind national nicht zu bewältigen. Eine neue Qualität europäischer Zusammenarbeit ist notwendig. Dies reicht von Formen der zwischenstaatlichen Kooperation bei technischen Fragen bis zur Entwicklung einer europäischen Beteiligungskultur. Deshalb ist es plausibel, dass „politische Kleinstaaterei“ hier niemanden voran bringt.

Die Debatte um die Gestaltung von Energienetzen

Die IG BCE hat im Juli 2012 erstmals einen Energiekompass^[3] veröffentlicht. Dabei handelt es sich um eine Umfrage, die von TNS Infratest im Auftrag der IG BCE durchgeführt wurde. Daraus geht glasklar hervor, dass es in Deutschland trotz erheblicher Kritik an der Umsetzung eine hohe Akzeptanz für die Energiewende gibt. Dies bezieht sich gleichermaßen auf Bevölkerung und Unternehmen. Gibt es eine solche Akzeptanz für eine Energiewende auch in anderen Teilen Europas?

Die Positionen in und zwischen den einzelnen Ländern gehen zum Teil sehr weit auseinander. Setzen die einen auch in der Zukunft weiterhin auf Kernenergie, gehen andere – siehe Deutschland – einen anderen Weg. Die Entwicklungen hin zu nachhaltigen und erneuerbaren Energien sind in den EU-Ländern unterschiedlich ausgeprägt. In einigen Ländern gibt es dazu keine oder nur ganz wenige Ansätze. Dies verdeutlicht, dass unterschiedliche Anforderungen an eine transeuropäische Energieinfrastruktur vorhanden sind.

Unbestritten ist, dass Energie – egal in welcher Form – dort erzeugt werden soll, wo es effizient und sinnvoll ist. Diese Energie muss in Zukunft über weite Strecken befördert werden, ohne dass hierbei allzu viele Verluste entstehen. Das bezieht sich auf den Transport von Gas und Öl ebenso wie auf Strom.

Hinzu kommt, dass in Europa noch nicht überall Versorgungssicherheit besteht. Davon sind in unterschiedlicher Ausprägung alle Energieträger betroffen, also Gas, Erdöl und Strom. Hochleistungspipelines sollen zukünftig nicht nur die europäischen Kernregionen beliefern, denn eine Versorgung muss auch in allen anderen Gebieten gewährleistet sein.

Es gibt Energiegewinnungsformen, die einen regionalen Charakter haben. Eine Anbindung an die großen Netze ist für sie nur bedingt möglich. Regionale

Verwendungen sind deshalb wünschens- und empfehlenswert, beispielweise mit dem Aufbau von Smart Grids bei Strom als Energieträger.

Die Energiepreise sind in Europa sehr unterschiedlich. Netz- oder Pipelinekosten sind letztlich im jeweiligen Preis enthalten. Deutschland hat die zweithöchsten Energiepreise in Europa. In anderen Ländern bestehen deshalb Befürchtungen, dass durch teure transnationale Energienetze, die teilweise von teuren Energieerzeugern beliefert werden, die Preise überall auf das europäische Spitzenniveau steigen. Dementsprechend gibt es Ängste, dass Energie demnächst in vielen Regionen Europas - insbesondere in den ärmeren - für die Verbraucher nicht mehr bezahlbar sein wird. Es müssen also Wege und Mittel gefunden werden, die allen Menschen in Europa nicht nur den Zugang zu Energie, sondern zu bezahlbarer Energie gewährleisten.

Technische Rahmenbedingungen sind zu meistern

Eine kohlenstoffarme Energieversorgung setzt voraus, dass Gas auch in der nahen Zukunft eine starke Rolle bei der Energieversorgung spielt. Gasinfrastrukturen bestehen bereits oder sind im Bau. Von daher sind hier die Voraussetzungen am weitesten entwickelt. Der Ausbau mit Hochleistungspipelines muss hier im Vordergrund stehen. Das gilt ebenso für den Erdöltransport.

Infrastrukturkosten werden auch dadurch optimiert, dass die richtige Energie am richtigen Ort erzeugt wird. So soll Windenergie in windreichen Regionen erzeugt werden und Sonnenenergie in sonnenreichen. Das führt zu einer Optimierung nicht nur der Energieerzeugung, sondern auch des Energietransports. Hierzu bedarf es einer EU-weiten Höchstspannungs-Gleichstromübertragung. Dazu müssen zusätzliche Grenzkuppelstellen geschaffen werden, um eine europaweite Versorgungstabilität zu gewährleisten. Gerade hierzu gibt aus einigen Ländern noch Fragen und Vorbehalte, z. B. zur technischen, aber auch rechtlichen Ausgestaltung.

Relevanter Bestandteil einer modernen Energieinfrastruktur wäre die Energievorratshaltung. Bisher bezog sie sich im Wesentlichen auf Erdgas- und Erdöl. Sie wird um die „Strom“vorratshaltung erweitert werden müssen. Hierzu werden auch Speicher gehören, wie sie in anderen Zusammenhängen bisher abgelehnt werden. Aber auch klassische Pumpspeicherkraftwerke werfen rechtliche Probleme auf. Insgesamt stellt sich in der aktuellen Debatte die Frage, ob es sich um Vorhaben von gemeinsamem Interesse oder um nationale Vorhaben handelt. Hierzu gibt es bisher keine EU-Regelungen und es existieren gravierende rechtliche Bedenken. Die Kommission ist deshalb aufgefordert einen Vorschlag zu entwickeln, der Rechtssicherheit bei der Energiespeicherung schafft.

In der Summe gibt es also noch eine Vielzahl von offenen Punkten, die beim Ausbau eines transeuropäischen Energieinfrastrukturnetzes zu beantworten sind. Hierzu gehen diesen Herbst die Beratungen in den europäischen Institutionen in die entscheidende Phase.[4]

Gewerkschaftliche Anforderungen

Von gewerkschaftlicher Seite erfährt der geplante Energiebinnenmarkt 2020 mit der Schaffung einer transeuropäischen Energieinfrastruktur viel Unterstützung. Dies gilt für den Ausbau aller drei Netze: für Gas, für Erdöl und für Strom.

Kernelement einer transeuropäischen Energieinfrastruktur ist der Ausbau eines europäischen Stromnetzverbundes, um den Lastenausgleich zu optimieren, aber auch um Effizienzpotenziale auszuschöpfen. Damit der Netzausbau nicht zum Engpass für europäisches Wachstum wird, bedarf es einer deutlichen Beschleunigung der Genehmigungsverfahren. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, die dazu notwendigen nationalen Schritte zur gesetzlichen Anpassung ohne Verzögerung einzuleiten.

Die Öffentliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, der Gebietskörperschaften und der Wirtschaft erfährt hier eine vollkommen neue Qualität. Es wird nicht nur „eine“ Öffentlichkeit beteiligt, sondern auch die Öffentlichkeiten der jeweils betroffenen Mitgliedstaaten. So entsteht quasi eine transnationale Beteiligung, was zu einer bisher noch nie dagewesenen europäischen Beteiligungskultur führen kann und soll.

Sowohl beim Bau als auch beim Betrieb transnationaler Energienetze werden an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besonders hohe Anforderungen gestellt. Eine entsprechende Qualifizierung für diese Tätigkeiten und eine Weiterbildung sind notwendiger Bestandteil der Umsetzung. Es bedarf insbesondere einer spezifischen Fortbildung hochqualifizierter Beschäftigter wie Führungskräfte und Ingenieure, die sich auf Innovation, Forschung und Risikoprävention im Zusammenhang mit dem Energietransport zwischen den verschiedenen Ländern wie auch auf die sich ständig weiterentwickelnde nationale Rechtsprechung erstrecken sollte. Bei der Auftragsvergabe ist auf die Einhaltung der Sozialstandards zu achten.

Eine weiterhin offene Frage bleibt der geplante Aufbau der Infrastruktur zum CO₂-Transport. Die Argumente für und gegen die Nutzung dieser Technik sind bekannt. Da aber auf mittlere Sicht fossile Energieträger wie Erdöl, Gas und Kohle weiter Bestandteil eines europäischen Energiemixes sein werden, sollte die Nutzung dieser Technik, auch zur Erreichung der langfristigen EU-Klimaziele, erforscht werden. Allerdings gibt es derzeit kaum Pilotprojekte. Es ist fraglich, ob der Bau einer CO₂-

Infrastruktur, wie im Kommissionsentwurf vorgeschlagen, bis 2020 umsetzbar ist oder darüber hinausgeht.

Die Energieinfrastruktur wird zukünftig eine sehr viel größere Bedeutung haben, als in der Gegenwart oder in der Vergangenheit. Die Ethikkommission "Sichere Energieversorgung" der deutschen Bundesregierung bezeichnet sie in ihrem Abschlussbericht als "Herzstück einer Hightech-Wirtschaft"^[5]. Überträgt man diesen Gedanken nach Europa, so wird deutlich, vor welchen Herausforderungen wir in der Europäischen Union stehen. Auch eine zukünftige europäische Hightech-Wirtschaft braucht zuerst Energie – möglichst günstig an jedem Produktionsstandort und zu jeder Zeit. Die transeuropäischen Netze sollen ihren Beitrag dazu leisten. Die Energieinfrastruktur ist das Herzstück einer modernen europäischen Industriepolitik.

Literatur/Quellen:

[1] Vorschlag der Kommission beschlossen am 19.11.2011, COM (2011) 658 final

[2] Dieses Paket umfasst fünf Stellungnahmen: TEN 468 „Fazilität Connecting Europe“, TEN 469 „Leitlinien für ein transeuropäisches Telekommunikationsnetz“, TEN 470 „Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur“, TEN 471 „Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes“ und TEN 472 „Europa-2020- Projektanleiheinitiative für Infrastrukturprojekte“.

[3] Siehe: www.igbce.de/themen/energie

[4] Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat wie bereits erwähnt, in fünf Dokumenten zu diesem Komplex Stellung genommen. (siehe Fußnote 2). Der Ausschuss der Regionen (AdR) wird bis Herbst 2012 seine Beschlüsse dazu fassen. Im Europaparlament finden zur Zeit die Beratungen im Fachausschuss ITRE statt. Nach Abschluss im Herbst wird im unmittelbaren Anschluss daran dass EP seine Entscheidung treffen.

[5] "Deutschlands Energiewende – Ein Gemeinschaftswerk für die Zukunft", vorgelegt von der Ethik-Kommission "Sichere Energieversorgung", Berlin, 30. Mai 2011, S. 87.

Autoren: Egbert Biermann, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie & Dr. Kurt F. Meier, Ressortleiter "Koordination europäische Institutionen" bei der IG Bergbau, Chemie, Energie

Zur Geschichte der tunesischen Gewerkschaftsbewegung, Teil II

von Dr. Rainer Fattmann

Maßgeblich für den raschen Erfolg der „Jasmin-Revolution“ in Tunesien war nach Ansicht vieler Beobachter nicht zuletzt das Engagement zahlreicher Funktionäre und Kader der in der „Union Générale des Travailleurs Tunisiens“ (UGTT) zusammengeschlossenen Gewerkschaftsbewegung des Landes. Ihre lokalen und regionalen Gliederungen, insbesondere im Süden des Landes, hatte das Regime nie vollständig in den Griff bekommen. Am Tag des Sturzes von Ben Ali beteiligte sich die UGTT an einem zweistündigen Generalstreik, um gegen das gewaltsame Vorgehen der Regierung gegen den Volksaufstand zu protestieren.

Die Unabhängigkeit im Jahr 1956

Bei der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung des Landes am 25. März 1956 hatte die von Habib Bourgiba geführte Néo-Destour-Partei (im Folgenden: Destour) auf Grund des auf sie zugeschnittenen Wahlsystems sämtliche Sitze gewonnen. Am 11. April wurde Bourgiba von Lamine Bey, dem letzten Bey von Tunis, zum Premierminister ernannt, ehe die Monarchie am 25. Juli 1957 abgeschafft und Bourgiba am 8. November 1959 zum ersten Präsidenten der Republik gewählt wurde. Zuvor war am 13. August das fortschrittliche tunesische Personenstandsgesetz erlassen worden.

Auch zahlreiche Repräsentanten der UGTT zogen auf dem Ticket der Destour in das Parlament und die Ministerien und auch in die Führungsgremien der Staatspartei selbst ein. Sie fanden sich nun als Teil einer neuen tunesischen Elite wieder, deren gemeinsames Ziel „die Umwandlung einer weitgehend traditionellen Gesellschaft in einen modernen Staat“^[1] darstellte. Die Funktionäre der Arbeiterbewegung bildeten dabei den „sozialistisch-jakobinischen“ Flügel innerhalb der Destour, deren politischer Kurs allerdings sehr schnell von dem von der staatlichen Propaganda nunmehr zum „Obersten Kämpfer“ („combattant suprême“) verklärten Bourgiba

bestimmt wurde. 1964 trat die Destour als „Parti Socialiste Destourien“ (PSD) zu den Parlamentswahlen an. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Republik bereits zu einem von Bourgiba straff geführten Einparteienstaat gewandelt.[2]

Die UGTT hatte die ersten wirtschaftspolitischen Schritte der neuen tunesischen Regierung nach der Unabhängigkeit zunächst noch scharf kritisiert. Ahmed Ben Salah, der 1954 zum Generalsekretär der Organisation gewählt worden war und auf eine Kollektivierung zentraler Sektoren der tunesischen Wirtschaft und eine umfassende ökonomische Planung drängte, wurde 1956 auf Druck der Regierung aus seinem Amt gedrängt. Während die UGTT zunächst noch eine eigenständige politische Kraft darstellte, die es hinsichtlich ihres Prestiges und Mobilisationspotentials selbst mit der Destour aufnehmen konnte, geriet sie schon in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit in das Kielwasser des neuen Regimes und ihres „Obersten Kämpfers“: „Bourgibas state controlled the party, the party the associations and all of them together the population.“[3]

Die „sozialistische“ Phase der „Ära Bourgiba“[4]: die 1960er Jahre

Ausgelöst durch die Weigerung der Franzosen, ihren Marinestützpunkt in Bizerte zu räumen, kam es 1961 zu einer Konfrontation tunesischer Streitkräfte mit der französischen Armee, die nicht nur rund 1.300 Tunesiern das Leben kostete, sondern auch einen Abfluss ausländischen Kapitals und einen abrupten Rückgang besonders der französischen Investitionen im Land zur Folge hatte. Die proklamierte Modernisierung im Sinne wirtschaftlicher Prosperität schien sich im Rahmen der bisherigen Wirtschaftspolitik immer weniger realisieren zu lassen. Auf die ökonomischen Probleme reagierte Bourgiba mit einem radikalen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik. Der nur wenige Jahre zuvor seiner gewerkschaftlichen Ämter enthobene Ben Salah wurde 1961 zum Minister für Planung und Finanzen ernannt und zudem per Kooptation in das Politbüro der Staatspartei aufgenommen. Wesentliche Bestandteile seines schon auf dem VI. Kongress der UGTT 1956 präsentierten Zehnjahresplans zur wirtschaftlichen Entwicklung wurden nun als „Perspectives décennales“ offizielle Regierungspolitik. Kern des Programms war – neben einer 1964 erfolgten Enteignung aller in ausländischer Hand befindlicher landwirtschaftlicher Betriebe – die zwangsweise Zusammenfassung des kleinbäuerlichen Besitzes in sogenannte Produktionseinheiten („unites de production“). Allerdings zeigte sich schon Ende der 1960er Jahre, dass Ben Salahs Versprechen einer effizienten Landwirtschaft aus einem Bündel von Gründen nicht erreicht werden konnte und die neuen Produktionseinheiten kaum mehr produzierten als die Kleinbetriebe, aus denen sie hervor gegangen waren. Ehe Ben Salah sein Genossenschaftsexperiment auch auf die Großbauern und die Industrie des Landes ausdehnen konnte und angesichts auch gewaltsamer Unruhen und Proteste der ländlichen Bevölkerung, enthob Bourgiba seinen „Superminister“ aller Ämter und ließ ihn zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilen.

Tunesien und die UGTT in den 1970er Jahren

Bourgibas Entscheidung, das sozialistische Experiment der 1960er Jahre zu beenden und eine neuerliche Phase wirtschaftlicher Liberalisierung einzuleiten, führte zunächst zu einer gewissen wirtschaftlichen Wiederbelebung, die durch die Entdeckung kleinerer Erdölvorkommen und den Aufbau touristischer Infrastruktur gefördert wurde. Schon Mitte der 1970er Jahre geriet die wirtschaftliche Erholung allerdings wieder ins Stocken, und die strukturellen Schwachstellen der tunesischen Wirtschaft zeigten sich erneut. Die Arbeitslosigkeit kletterte auf Werte von rund 25 bis 30 Prozent und traf besonders die jüngere Generation; zugleich verschärfte sich das traditionelle Entwicklungsgefälle zwischen dem Landesinneren und den Küstengebieten noch einmal.[5]

Die zunehmenden sozialen Spannungen gingen mit einer Wiederbelebung der UGTT als eigenständiger Organisation einher, nachdem sie sich in den 1960er Jahren in den Augen vieler Beobachter fast zu einer Unterorganisation der Staatspartei entwickelt hatte. Im Laufe der 1970er Jahre entwickelten sich die Branchenorganisationen und regionalen Gliederungen der Organisation – neben der 1976 gegründeten „Tunesischen Liga für Menschenrechte“ – zunehmend zu wichtigen Kristallisationspunkten und Schutzräumen der politischen Opposition des Landes. 1971 war Habib Achour neuerlich als Generalsekretär der Organisation bestellt worden. Der Mitbegründer der Organisation und Mitstreiter Farhat Hacheds (vgl. Teil 1), der schon zwischen 1963 und 1965 diesen Posten innegehabt hatte, stand für einen regierungsunabhängigen Kurs seiner Organisation und erhöhte erneut das Prestige der UGTT als eigenständiger Interessenvertretung der Beschäftigten.

Vor diesem Hintergrund gewann das UGTT-Organ "El Schaab" in den 1970er Jahren immer mehr Leser und verhandelte diejenigen sozialen und politischen Themen, die für Tunesiens staatlich gelenkte Presse tabu waren. 1978 erreichte die Organisation eine Mitgliederstärke von 600.000 – und dies bei einer Bevölkerung von nicht ganz sieben Millionen Einwohnern.[6]

Generalstreik und „Schwarzer Donnerstag“

Die zunehmenden, von zahlreichen wilden Streiks und spontanen Unruhen im Land begleiteten sozialen Spannungen gipfelten im Januar 1978 in der Ausrufung des Generalstreiks durch die UGTT. Ministerpräsident Hedi Nouria rief den Ausnahmezustand aus und bezichtigte die Gewerkschaftsführung, einen Staatsstreich zu planen. Am Ende der unter dem Begriff „Schwarzer Donnerstag“ tief in das kollektive Gedächtnis des Landes eingebrannten Auseinandersetzungen zwischen „Sicherheitskräften“ auf der einen Seite, streikenden Arbeitern und Demonstranten auf der anderen, waren mehrere hundert Tunesier der Gewaltreaktion des Regimes zum Opfer gefallen. Zahlreiche Gewerkschaftsaktivisten, darunter Habib Achour,

wurden verhaftet, der Exekutivausschuss der UGTT zwangsweise aufgelöst und mit regierungsloyalen Mitgliedern besetzt.

Die UGTT in der Endphase der Ära Bourgiba (1978-1987)

Nach dem Generalstreik des Jahres 1978 büßte die UGTT ihre Eigenständigkeit erneut ein, auch wenn ihre lokalen Gliederungen ihre Funktion als Schutzraum für Opposition und Dissens gegenüber dem Regime nie gänzlich verloren. 1981 wurde die Organisation anlässlich der Parlamentswahlen in eine „Nationale Front“ mit der PSD gepresst; im Austausch durften sie 20 Abgeordnete in die machtlose Versammlung entsenden. Die wirtschaftliche Krise verschärfte sich Anfang der 1980er Jahre noch einmal angesichts aufeinander folgender Missernten und einem schnellen Verfall der Ölpreise. 1983 versuchte das Regime vergeblich, die explodierenden Auslandsschulden durch eine Erhöhung der hoch subventionierten Brotpreise in den Griff zu bekommen. Nach Unruhen und Protesten im ganzen Land, an denen sich auch zahlreiche Mitglieder und Funktionäre der UGTT beteiligten, sah sich der greise Präsident zur Rücknahme der Maßnahme genötigt. Opposition äußerte sich nun erstmals im politischen Islam.^[7] Am 7. November 1987 setzte eine Gruppe von Verschwörern um Ministerpräsident Zine El Abidine Ben Ali den greisen Autokraten in einem unblutigen Putsch wegen "gesundheitsbedingter Regierungsunfähigkeit" ab.

Tunesien und die UGTT in der Ära Ben Ali (1987 - 2010)

Der neue Mann an der Spitze löste zunächst auch im Gewerkschaftslager gedämpfte Hoffnungen auf politischen Wandel aus. Prominente Oppositionelle wie Rachid Ghannouchi wurden amnestiert und die neue Führung schien zu einem Dialog mit Oppositionellen, Gewerkschaftlern und Menschenrechtlern bereit. 1988 erlaubte ein neues Parteiengesetz die Zulassung von Parteien neben der Staatspartei, die seit demselben Jahr unter dem Namen „Rassemblement Constitutionnel Démocratique“ (RCD, Konstitutionelle und Demokratische Vereinigung) firmierte.

Die Politik der „kontrollierten Öffnung“ und politischen Liberalisierung wurde jedoch bereits in den frühen 1990er Jahren wieder abgebrochen, nachdem Ghannouchis gemäßigt islamische „Mouvement de la Tendance Islamique“ (MIT) bei den Kommunalwahlen im April 1989 auf rund 20 Prozent der Stimmen gekommen war und sich abzeichnete, dass sich das politische Monopol des Regimes selbst unter den Bedingungen halbfreier Wahlen auf Dauer nicht würde absichern lassen.

Das Regime reagierte Anfang der 1990er Jahre mit der Verhaftung Tausender Oppositioneller, was gegenüber der Bevölkerung und dem Ausland als unvermeidliches Vorgehen gegen eine islamistische Bedrohung gerechtfertigt wurde. Unterdrückt wurde auch die tunesische Menschenrechtsliga, während „loyale“ und

„konstruktive“ „Oppositionskräfte“ systematisch hofiert und alimentiert wurden. Das betraf auch die Führung der UGTT, nachdem Ben Alis erklärter Favorit Ismail Sahbani 1989 auf dem UGTT-Kongress zum neuen Generalsekretär gewählt worden war. Die 1990er Jahre waren durch einen strikten Anpassungskurs der UGTT-Führung an die Vorgaben des Ben Ali-Regimes und die fast vollständige Ausschaltung der regimekritischen Gewerkschaftsopposition zumindest in den Führungsgremien gekennzeichnet, ehe Sahbani nach einem Zerwürfnis mit Ben Ali – zu Recht oder nicht – der Unterschlagung angeklagt und im September 2000 seines Postens enthoben wurde.[8]

Die UGTT im neuen Jahrtausend

Ein gerechtes Urteil über die Politik der UGTT im letzten Jahrzehnt vor der tunesischen Revolution ist aus der Nahdistanz und anhand der bisher vorliegenden Literatur zum Thema nur schwer zu fällen. Vermutlich würde eine detaillierte Betrachtung der verschiedenen Gremien, Ebenen und Branchen der Union zu einem ausgesprochen differenzierten und ambivalentem Bild führen.

Der Kongress von Djerba im Jahre 2002 schien den in den 1990er Jahren eingeschlagenen Anpassungskurs dabei vordergründig zunächst einmal fortzusetzen. Dafür schien insbesondere Abdessalem Jerad zu stehen. Die neue Nummer eins der Organisation hatte ein Jahrzehnt als rechte Hand seines Vorgängers amtiert. Allerdings wählten die Delegierten nunmehr auch drei Anhänger um Ali Romdhane in den Exekutivausschuss der Organisation, womit das Lager unabhängiger und regimekritischer Gewerkschafter nach langer Unterbrechung wieder in der UGTT-Führung vertreten war. Manche Beobachter sprachen von einer Erneuerung gewerkschaftlichen Lebens in Tunesien.[9]

Die folgenden Jahre waren durch eine nicht selten widersprüchliche Politik der UGTT und ihrer Führung gekennzeichnet und resultierten im Wesentlichen aus den Machtverhältnissen, Konflikten und Kompromissen der verschiedenen Strömungen innerhalb der Organisation. Zugleich erhöhte der seit Mitte der 1990er Jahre eingeschlagene Kurs einer endgültigen ökonomischen Liberalisierung und Freihandelspolitik die soziale Auffächerung der tunesischen Gesellschaft und damit den Erwartungsdruck der Basis an die Führung. Erstmals beteiligte sich die Organisation wieder in größerem Umfang an Lohnbewegungen, auch gegen den Willen des Regimes. 2004 unterstützen die UGTT-Spitzenorgane dann jedoch die Kandidatur des mittlerweile maßlos korrupten Ben Alis für eine vierte Amtszeit; allerdings erst nach heftigen internen Meinungskämpfen und gegen den Willen verschiedener Branchenverbände (u.a. des Bildungs- und Gesundheitswesens) und lokaler Gliederungen. Ein Jahr später zeigte sie dann auch als Gesamtorganisation deutliche Zeichen politischer Eigenständigkeit, als sie die Benennung von Kandidaten zu einer von Ben Ali neu eingerichteten „Beratenden Kammer“ („Chambre de

Conseillers“) verweigerte und sich mit der tunesischen Menschenrechtsliga solidarisierte. Widersprüchlich war die Haltung innerhalb der Organisation, als streikende Arbeiter und die protestierende Bevölkerung des Phosphatgebiets in Gafsa im Jahr 2008 offen gegen die Regierung rebellierte.^[10] Diese Proteste entwickelten sich zur machtvollsten und hartnäckigsten politischen Bewegung seit der Unabhängigkeit und stellen im Rückblick in den Augen vieler Beobachter den Auftakt zur Jasminrevolution zwei Jahre später dar. Anders als noch 2008 sollte sich die UGTT nun, wenn auch gewissermaßen in letzter Minute, weitgehend geschlossen auf die Seite der Protestierenden stellen – und so einen Teil zuvor verlorener Reputation in der Bevölkerung zurück gewinnen und sich als wichtiger zivilgesellschaftlicher Akteur im Übergang zu einer demokratischen Gesellschaftsordnung empfehlen.

Literatur:

Die beste, auch die tunesische Gewerkschaftsbewegung berücksichtigende Darstellung der jüngeren Geschichte des Landes bietet Steffen Erdle, Ben Ali's 'New Tunisia' (1987-2009). A Case Study of Authoritarian Modernization in the Arab World, Klaus Schwarz Verlag, Berlin 2010. Eine Fortsetzung der 2010 erschienenen Untersuchung über das Jahr 2009 hinaus ist dringend wünschenswert.

Quellen:

[1] Carl Leon Brown/Charles A. Micaud/Clement Henry Moore, Tunisia, The Politics of Modernization, New York 1964.

[2] Mit Salah Ben Youssef war 1959 der wichtigste politische Gegenspieler Bourgibas innerhalb der Néo-Destour ausgeschaltet worden. 1963 wurde die Néo-Destour zur einzig zugelassenen politischen Partei erklärt.

[3] Steffen Erdle, Ben Ali's New Tunisia (1987-2009). A Case Study of Authoritarian Modernization in the Arab World, Berlin 2010, S. 72.

[4] Vgl. zur Ära Bourgiba allgemein Sigrid Faath, Herrschaft und Konflikt in Tunesien: Zur politischen Entwicklung der Ära Bourgiba, Hamburg 1989 sowie Kenneth J. Perkins, A History of Modern Tunisia, Cambridge 2004.

[5] Als problematisch erwies sich - neben der nach wie vor wenig produktiven, durch häufige Missernten geprägten Landwirtschaft – zunehmend die „Abhängigkeit der tunesischen Wirtschaft von ausländischen Märkten, die jedoch nur durch einige wenige Exportgüter (Landwirtschaft, Textilindustrie, Bodenschätze, vor allem Brennstoffe und Phosphate) gedeckt und nur mit einigen wenigen Handelspartnern (Europa, vor allem Frankreich) abgewickelt wurde“ (Steffen Erdle, Tunesien - Autoritarismus versus Modernität: <<http://www.bpb.de/internationales/afrika/afrika/59008/regionale-kooperation?p=all>>).

[6] Vgl. Erdle, Ben Ali's 'New Tunisia', S. 84.

[7] Dieser erschien 1981 unter der Führung Rachid Ghannouchis als „Mouvement de la Tendence Islamique“ (MTI, Bewegung der islamischen Richtung) erstmals auf der politischen Bühne des Landes. Ein von Bourgiba betriebenes Todesurteil gegen Ghannouchi beschwor die reale Gefahr eines Bürgerkriegs herauf, vgl. Erdle, Ben Ali's 'New Tunisia', S. 86f.

[8] Zu den Hintergründen vgl. Erdle, Ben Ali's 'New Tunisia', S. 211, Anm. 198 und Ridha Kéfi, D'un congrès l'autre, in: Jeune Afrique vom 17.07.2006 <<http://www.jeuneafrique.com/Article/LIN16076duncoertual0/actualite-afrique-d-un-congres-l-autre.html>> .

[9] Vgl. Ridha Kéfi, Réveil syndical, in: Jeune Afrique vom 17. Juli 2006 <http://www.jeuneafrique.com/Article/LIN16076veillacidn0/?art_cle=LIN16076veillacidn0> .

[10] Vgl. Bernard Schmid, Abschiebungen aus Frankreich? Bewegung sogar in der UGTT, in: LabourNet.de vom 29.12.2008 <<http://www.labournet.de/internationales/tn/gafsaprozess4.html>> .

Autor: Dr. Rainer Fattmann, Historiker und selbständiger wissenschaftlicher Publizist.

Surfen im Internet mit Scheuklappen? (Buchrezension)

von Martina Hesse

Über das Buch „Filter Bubble“ von Eli Pariser

Ein Klick, ein Blick und alles für mich Wichtige wird angezeigt. Wer hat sich ein solches Medium nicht schon immer gewünscht? Im Zeitalter der Nachrichtenüberflutung und überquellenden E-Mail-Postfächern klingt das erst einmal verlockend. Doch welche Informationen werden mir dadurch vorenthalten? Wie sehr wird mein Blickwinkel eingeschränkt? Surfe ich künftig nur noch mit Scheuklappen?

Unbemerkt werkelt bereits jetzt eine ganze Batterie von Algorithmen und Filtern im Hintergrund unserer Browser und speichert ab, welche Seiten wir besuchen und worauf wir geklickt haben. Künftig wird uns Werbung eingeblendet, die unserem vorhergehenden Surfverhalten entspricht. Auch unsere Eingaben in Suchmaschinen werden bereits beim Eintippen gefiltert. Doch interessiere ich mich nun für Bauwerke oder für Sicherheitsmaßnahmen, wenn ich den Begriff Schloss in die Suchmaschine tippe? Warum bietet mir die Startseite meines Lieblings-Online-Shops immer wieder Wok und Essstäbchen, passend zum kürzlich bestellten asiatischen Kochbuch an?

Eli Pariser beschreibt unter anderem am Beispiel von Amazon, eines der ersten Unternehmen im Internet, die darauf abzielten, Ihren Kunden personalisierte Werbung anzuzeigen, wie sich der Hunger nach personenbezogenen Daten entwickelt hat, wie diese Daten gesammelt und gespeichert werden und wer letztendlich davon profitiert.

Wohin mit der Aufmerksamkeit?

Auch soziale Netzwerke haben sich inzwischen darauf ausgerichtet, ihren Mitgliedern nur noch das anzuzeigen, was sie vorgeblich am meisten interessieren könnte. Nutzer-Pinnwände sind voll von Informationen und werden immer unübersichtlicher. Ein Filter soll Abhilfe schaffen! Doch hier kommen die Scheuklappen ins Spiel, denn wonach entscheidet sich, welche Neuigkeiten für mich als Nutzer spannend sind? Pariser beschreibt das wunderbar anhand eines personalisierten Zeitungstitelblatts. Viele Informationen die eine Redaktion dort platziert hat, würden mir entgehen, würde ein Filter für mich eine Vorauswahl daraus treffen. Die Überanpassung von Nachrichten an unser Eigeninteresse birgt also das

Risiko, dass wir den Blick aufs Ganze, vor allem aber auf das Neue und bisher Unbekannte, verlieren.

Hinzu kommt die Veränderung der medialen Landschaft, die Pariser im Kapitel „Aufstieg und Fall der breiten Öffentlichkeit“ beleuchtet. Schnell ist in! Informationen aller Art werden heute durch soziale Netzwerke und Dienste wie Twitter in rasantem Tempo verbreitet. Möglicherweise wurde aber der Ursprung einer Information vor ihrer Verbreitung nicht ausreichend geprüft. Schnell erreicht so auch eine Fehlinformation die breite Masse und kann nicht mehr eingefangen werden.

Persönliche Daten und Cloud Computing

Dateien, Kalender- und Kontaktdaten wandern mehr und mehr von unseren lokalen Festplatten in digitale Wolken, sogenannte „Clouds“. Das ist auf den ersten Blick effizient, kann ich doch so mit jedem Endgerät immer am letzten Stand meiner Dateien arbeiten. In einer größeren Dimension könnten z. B. Behörden künftig durch die Bündelung von Angaben in zentralen Registern noch schneller zusammenarbeiten. Doch gerade die Ansammlung von vielen Daten an einem Ort erhöht das Missbrauchsrisiko. Pariser liefert auch hier anschauliche Beispiele für solch wunde Punkte der virtuellen Wolke.

Der Mensch lässt sich jedenfalls nicht einfach mit seinem Internet-Nutzungs-Profil gleichstellen. Trotzdem hat der Datenmarkt weiter Hochkonjunktur. Eli Parisers „Filter Bubble“ ist aber nicht nur eine spannende Bestandsaufnahme. Es richtet den Blick auch darauf, was uns in Zukunft erwarten könnte und appelliert an jeden Einzelnen von uns, an Unternehmen und Regierungen, sensibler mit diesem Thema umzugehen. Empfehlenswerte Lektüre für jeden, der im Netz unterwegs ist und wissen möchte, welche Spuren er dabei hinterlässt.

„Filter Bubble“ von Eli Pariser (Übersetzt von Ursula Held). Das Buch ist 2012 im Carl Hanser Verlag in München erschienen. 288 Seiten. 19,90€. ISBN: 978-3446430341

Autorin: Martina Hesse, seit 2010 Redaktionsassistentin für die GEGENBLENDE

Jenseits des BIP

von Prof. Dr. Gerd G. Wagner & Heinrich Tiemann

Der Deutsche Bundestag hat im November 2010 die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ eingesetzt. Die Enquete reagiert auf die Kritik am Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Wohlstandsindikator. Ökologische, soziale und kulturelle Aspekte, die zum gesellschaftlichen Wohlergehen und zur Lebensqualität beitragen, werden mit dem BIP grundsätzlich nicht erfasst. Die Kommission arbeitet seitdem an einem Konzept, das Wohlstand und Fortschritt nicht mehr allein über das BIP als Messgröße für wirtschaftliches Wachstum ermittelt. Dabei sollen Indikatoren helfen, einen erweiterten Wohlstandsbegriff zu finden, der über das BIP hinausreicht und insbesondere auch alle relevanten Aspekte der Nachhaltigkeit thematisiert. Mit einem Indikatorensatz soll der Prozess des ökonomischen und gesellschaftlichen Umbaus zukünftig besser gesteuert werden können. Dabei kann auch ein gut kommunizierbarer aggregierter Index, der gewissermaßen dem BIP Konkurrenz macht, für illustrative Zwecke und zur Belebung der öffentlichen Diskussion nützlich sein.

Die Enquete-Projektgruppe „Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikator“ hat Anfang März diesen Jahres in ihrem Zwischenbericht einen ersten Überblick präsentiert.[1] Dabei wird – international vergleichend – ausführlich über verschiedene Indikatoren-Systeme berichtet. Informationen und Überlegungen zur Konstruktion und Leistungsfähigkeit von Indikatoren, auch im Hinblick auf die Aussagekraft und Kommunizierbarkeit, stehen im Vordergrund. Die Enquete hat sich diese Ziele zu Eigen gemacht und sie ist sich einig, einen Indikatorensatz zu entwickeln, der den ökonomischen, sozialen und ökologischen Wohlstand sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt und deren Nachhaltigkeit abbilden soll.

Überlegungen, welchen Beitrag die Indikatoren zur politischen Steuerung leisten und welche Rolle sie im politisch-administrativen Prozess spielen können, werden im Zwischenbericht nur am Rande angesprochen. Eine Entscheidung zur Auswahl der Indikatoren ist noch nicht gefallen. Letztlich werden die politischen Ziele, die in den anderen Projektgruppen – vielfach durchaus kontrovers – diskutiert werden, maßgeblich die Auswahl der Indikatoren prägen.

Aber es kommt nicht nur auf die sachliche Aussagekraft der Indikatoren an. Mindestens ebenso bedeutsam ist die „Governance“ neuer Indikatoren, die deren statistische Korrektheit wie deren politische Relevanz herstellen soll. Die in diesem Papier folgende Analyse wird zeigen, dass zurzeit das existierende amtliche Berichtssystem zur Nachhaltigen Entwicklung über eine wirksame politische und

administrative Verankerung und über breite Erfahrungen – organisatorische Veränderungen und politische Anpassungen eingeschlossen – verfügt. Eine mindestens ebenso große institutionelle Relevanz bzw. institutionelles Gewicht braucht ein neues Indikatorensystem, wenn es politisch wirksam werden soll.

Strukturen der Nachhaltigkeitsberichterstattung heute

Deutschland hat 2002 seine nationale Nachhaltigkeitsstrategie zum „Weltgipfel der UN für nachhaltige Entwicklung“ vorgelegt. Die Strategie zielt auf Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialen Zusammenhang und internationale Verantwortung. Seit der ersten Schröder-Regierung gilt die nationale Nachhaltigkeitsstrategie unabhängig von Legislaturperioden. In einer Reihe von Berichten wurden die Leitlinien, Prozesse und eine Vielzahl von Themen behandelt. Über Ziele und Indikatoren ist die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie mit der europäischen Nachhaltigkeits- und der EU 2020-Strategie verbunden.

Zur Verankerung der Nachhaltigkeit als Leitprinzip der Politik hat sich die Bundesregierung schon früh ein Set von Institutionen und Verfahren gegeben und sukzessive zu einem umfassenden Nachhaltigkeitsmanagement ausgebaut.

Innerhalb der Bundesregierung:

- Die *Berichterstattung zur nachhaltigen Entwicklung* enthält in vier Handlungsfeldern 21 Handlungsbereiche, die mittels 38 Indikatoren abgebildet werden. In umfassenden Fortschrittsberichten (2004, 2008 und Februar 2012) wird einmal pro Legislaturperiode zur Strategie und zum Stand ihrer Umsetzung berichtet. Die Berichte enthalten konkrete Maßnahmen zur Erreichung gesetzter Ziele und entwickeln die Strategie in einzelnen Schwerpunktfeldern fort. Alle zwei Jahre wird der Fortschrittsbericht durch einen vom Statistischen Bundesamt erstellten Bericht zur Entwicklung der Nachhaltigkeitsindikatoren (Indikatorenbericht), zuletzt im Frühjahr 2012, ergänzt.
- Der *Staatssekretärsschuss für Nachhaltige Entwicklung* ist die zentrale Steuerungseinheit für die Nachhaltigkeitsstrategie. Die Leitung liegt beim Chef des Bundeskanzleramts. Zu seiner Unterstützung wurde 2010 im Bundeskanzleramt ein Referat „Nachhaltige Entwicklung“ eingerichtet.
- Die Bundesministerien greifen bei der Prüfung und Entwicklung von Maßnahmen auf eigens für die Nachhaltigkeitspolitik entwickelte Management-Tools zurück. So sind sie seit Mai 2009 verpflichtet eine

Nachhaltigkeitsprüfung im Rahmen der *Gesetzesfolgenabschätzung* (§ 44 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien) vorzunehmen.

Außerhalb der Bundesregierung:

- Der *Rat für Nachhaltige Entwicklung*, angesiedelt beim Bundeskanzleramt, berät die Bundesregierung in allen Fragen der nachhaltigen Entwicklung, erarbeitet eigeninitiativ Beiträge zur Fortentwicklung der Strategie, veröffentlicht Stellungnahmen und organisiert den gesellschaftlichen Dialog über Nachhaltigkeit mit.
- Der *Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung* des Deutschen Bundestages (PBNE) begleitet seit 2004 die Arbeit der Bundesregierung. Er gibt Empfehlungen zur Strategie und bewertet die Nachhaltigkeitsprüfung der Bundesregierung. Er unterstützt den gesellschaftlichen Dialog zur Nachhaltigkeit.

In den letzten Jahren hat sich in mehreren Schritten ein leistungsfähiges Nachhaltigkeitsmanagement etabliert, das über die Bundesregierung hinausreicht und die Arbeit der Länder und vielfältige Aktivitäten der Zivilgesellschaft mit einbezieht. Strategie und Organisation genießen – trotz einiger Bekanntheitsdefizite – international hohe Wertschätzung.

Jenseits des BIP – Indikatoren, Politik, Organisation und Kommunikation

Die abschließenden Empfehlungen der Enquete-Kommission zur Alternative zum BIP gilt es abzuwarten. Klar ist: das neue Navigationssystem hat den Zusammenhang von Problemen, Indikatoren und Politikkonzepten abzubilden. Das korrespondierende Management-System muss neu ausgerichtet und erweitert werden.

Der *Rat für Nachhaltige Entwicklung* sollte weiterhin – wie seit Jahren erfolgreich – den gesellschaftlichen Dialog fördern und Beiträge zur Fortentwicklung der politischen Nachhaltigkeitsstrategie erarbeiten. Künftig muss der Rat noch mehr zur politischen Plattform von Nachhaltigkeitsaktivitäten der Zivilgesellschaft werden. Er soll zu Partnerschaften einladen und bei ressortübergreifenden Aktivitäten vor allem die gesellschaftlichen Akteure unterstützen.

Denkbar wäre weiterhin:

- Ein neu zu schaffender *Sachverständigenrat für Fragen der nachhaltigen Lebensqualität*, der auf der Basis eines ausgewählten Indikatorenbündels einen periodischen Indikatoren-Bericht erstellt und die Bundesregierung, das Parlament und die Öffentlichkeit regelmäßig über Veränderungen und Fortschritte informiert. Da es sich bei dem Themenfeld um eine Querschnittsaufgabe handelt, wird der Sachverständigenrat beim Bundeskanzleramt angesiedelt. Der *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung* setzt seine Arbeit fort.
- Zu den Gutachten der Sachverständigenräte gibt die Bundesregierung *Stellungnahmen im Bundestag* ab. Sie nimmt Stellung, berichtet über Fortschritte und informiert über beabsichtigte Politik und Maßnahmen. Der Deutsche Bundestag debattiert darüber und beschließt politische Maßnahmen. Verbände, politische Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen reflektieren die Debatte.

Die in der Bundesregierung bestehenden Kapazitäten und Strukturen werden im Rahmen der Strategie konsequent auf neue Aufgaben ausgerichtet. Das heißt:

- Stärkung der Steuerungs-, Programm- und Managementfunktion des *Staatssekretärsausschusses* bei (ressortübergreifenden) Projekten. Koordinierung der Bund-Länder-Kommunen-Zivilgesellschaft-Zusammenarbeit und Förderung von regionalen Netzwerken.
- Errichtung einer *Arbeitseinheit im Bundeskanzleramt*, die den beiden Sachverständigenräten als Ansprechpartner dient. Administrativ sind die Sachverständigenräte dem Statistischen Bundesamt zugeordnet (wie das für den Sachverständigenrat Wirtschaft bereits jetzt der Fall ist), das über eine Außenstelle in Berlin verfügt
- Kontinuierliche qualitative Verbesserung der Verfahren der Nachhaltigkeitsprüfung im Rahmen der *Gesetzesfolgenabschätzung* durch die Bundesministerien.

Der Deutsche Bundestag wird zukünftig eine wichtige Rolle in der Debatte über Nachhaltigkeitspolitik einnehmen. Der *Parlamentarische Beirat* für nachhaltige Entwicklung im Deutschen Bundestag hat sich bewährt. Deshalb ist es angebracht, die Absicht im Koalitionsvertrag von CDU/CSU/FDP, den Beirat federführend mit der parlamentarischen Kontrolle der Nachhaltigkeitsstrategie sowie der Nachhaltigkeitsprüfung zu beauftragen, in dieser Legislaturperiode noch zu realisieren. Das stärkt schon jetzt die Bedeutung des Parlaments in der Diskussion

und unterstützt die Bundesregierung bei der kontinuierlichen Verbesserung der Nachhaltigkeitsprüfung.

Ausblick

Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ legt zum Ende der 17. Legislaturperiode Mitte 2013 ihren Bericht vor. Die Kommission hat bereits jetzt die politische Debatte angeregt. Es ist gelungen, ihr Thema in der gesellschaftlichen Diskussion zu verankern und zum mitdiskutieren einzuladen. Die konkreten Empfehlungen an den Deutschen Bundestag bleiben abzuwarten und darauf aufbauend können grundlegende politische Entscheidungen frühestens zu Beginn der nächsten Legislaturperiode erfolgen.

Der Beitrag ist zuvor als Working Paper 199 beim Rat für Sozial -und Wirtschaftsdaten erschienen.

Literatur/Quellen:

[1] Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Arbeitsbericht Projektgruppe 2 „Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikators“, Kommissionsdrucksache 17(26)72 neu (5. März 2012) (http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/gremien/enquete/wachstum/drucksachen/72_neu/Zwischenbericht_PG_2.pdf).

Autoren: Prof. Dr. Gerd G. Wagner, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin & Heinrich Tiemann, ehemaliger Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien

Europa als Sonderwirtschaftszone

von Tomasz Konicz

Bieten Sonderwirtschaftszonen eine gangbare wirtschaftspolitische Option, um die verheerenden Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in Europa zu lindern und diese mittelfristig zu überwinden?

Folgt man den Ausführungen deutscher Wirtschaftsvertreter, dann ist dies definitiv der Fall. Hans-Peter Keitel, seit 2009 Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), möchte am liebsten ganz Griechenland zu einer einzigen Sonderwirtschaftszone machen, die überdies von EU-Technokraten geleitet werden müsste: „Griechenland sollte eine Art Sonderwirtschaftszone im Euro-Raum werden, ausgestattet mit den notwendigen und zulässigen finanziellen Hilfen, aber auch mit auswärtigem EU-Personal,“ forderte Keitel im Gespräch mit Spiegel-Online. Ähnlich argumentierte Martin Schulz (SPD), seines Zeichens Präsident des EU-Parlaments, gegenüber dem SPIEGEL. Ein von einer „Wachstumsagentur“ gesteuertes Investitionsprogramm solle den Aufbau der Sonderwirtschaftszonen vorantreiben, wobei europäische und griechische Politiker gemeinsam geeignete Projekte identifizieren und die Investitionsflüsse steuern würden. „Das ist ein Stück Kontrolle, aber auch gegenseitige Vertrauensbildung“, erklärte Schulz im Gespräch mit dem SPIEGEL.

Was ist eine Sonderwirtschaftszone?

Das wirtschaftspolitische Instrument der Sonderwirtschaftszone (SWZ) gelangte bisher vor allem in den mittelosteuropäischen Neumitgliedsländern der Europäischen Union - und hier insbesondere in Polen - zu Anwendung. Dabei werden infrastrukturell durch öffentliche Investitionen bereits erschlossene Flächen oder ganze Industrieparks mit umfassenden Vergünstigungen für die investitionswilligen Unternehmen und Konzerne versehen, wodurch eine Anballung (oft auch als Cluster-Bildung bezeichnet) von Industriebetrieben auf relativ kleiner Fläche stattfindet. Als zentraler Anreiz dienen – neben den infrastrukturellen Subventionen – vor allem die umfassenden steuerlichen Anreize, die in den Unternehmen über einen bestimmten Zeitraum gewährt werden.

Am weitesten wurde diese Art der Investitionsförderung in Polen getrieben, wo inzwischen 14 unterschiedliche SWZ existieren, die eine Gesamtfläche von mehr als 15 000 Hektar einnehmen. Dabei handelt es sich keineswegs um territorial geschlossene Gebiete, sondern um einen Flickenteppich von Industrieparks oder einzelnen Unternehmensansiedlungen, die einer bestimmten SWZ zugerechnet werden. Betriebe, die Teil einer Sonderwirtschaftszone sind, finden sich somit in 143

polnischen Städten und 203 Landkreisen. Häufig bestehen Konzerne oder Unternehmen bei den Verhandlungen über eine Ansiedlung gegenüber den Kommunen darauf, Teil einer SWZ zu werden. Die Sonderwirtschaftszone wird somit dort eingerichtet, wo es sich das Unternehmen wünscht. Auch gesamtwirtschaftlich sind die SWZ für Polen seit ihrer Initiierung 1995 zu einem beachtlichen Faktor avanciert. Bei einem Investitionsvolumen von inzwischen knapp 20 Milliarden Euro arbeiten rund 160 000 Lohnabhängige in den entsprechenden Betrieben, die sich in den SWZ befinden.

Haushaltslöcher stopfen mit steuerbefreiten Zonen

Somit verwundert es nicht, dass sich Wirtschaftsminister Pawlak Mitte September dafür aussprach, unbefristete Sonderwirtschaftszonen in Polen einzuführen. Die meisten SWZ sollen ursprünglich als eine Art wirtschaftliche Anschubhilfe für strukturschwache Regionen fungieren und nach 20 Jahren aufgelöst werden. Dieser Auflösungsstermin, in den meisten Fällen Ende 2017 erreicht worden wäre, ist bereits von der polnischen Regierung in Absprache mit der EU bis 2020 verlängert worden. Die meisten Unternehmen, die sich in Polens SWZ ansiedeln, müssen in den ersten zehn Jahren keinerlei Steuern zahlen, im zweiten Jahrzehnt nach der Ansiedlung wird nur die Hälfte des Körperschaftssteuersatzes von 19 Prozent fällig.

Die Chancen für die Realisierung dieses Vorstoßes stehen trotz der angespannten Haushaltslage in Warschau nicht schlecht, weicht doch bereits jetzt die Vergabepaxis des begehrten Status der Sonderwirtschaftszone deutlich von den Gesetzesvorgaben in Warschau und auch Brüssel ab. Eigentlich sollen nur Neuansiedlungen von Unternehmen Teil einer SWZ werden können, doch inzwischen haben immer mehr Standorte diese Vergünstigungen für sich in Anspruch genommen. In der Wojewodschaft Niederschlesien gebe „es außerhalb von Wroclaw kaum noch ein Gewerbegebiet, das nicht den Status einer Sonderwirtschaftszone hat“, berichtete etwa das Internetportal Infoseite-Polen. Die Drei SWZ in Niederschlesien haben „Zweigniederlassungen“ in 49 Ortschaften gegründet.

Ausländische Unternehmen in der Outlaw-Billig-Zone

Deutsche Konzerne sind bei diesem Steuerdumping ganz vorn dabei. Insbesondere Volkswagen hat hierbei eine Vorreiterrolle gespielt, als der Konzern sein Werk in der westpolnischen Metropole Poznan als Teil der Sonderwirtschaftszone Kostrzyn-Slubice ausweisen ließ, die rund 170 Kilometer entfernt an der deutsch-polnischen Grenze liegt! Im Endeffekt wird aufgrund dieser Zerfaserungsprozesse der SWZ ganz Polen zu einer Sonderwirtschaftszone. So lässt auch der LKW-Hersteller MAN seine Busse, oder Bosch-Siemens seine Haushaltsgeräte in einer Sonderwirtschaftszone zusammenbauen. Der für seine miserablen Arbeitsbedingungen berüchtigte Discounter Lidl ließ sogar sein zentrales Logistikzentrum für Südpolen zu einer

Sonderwirtschaftszone ausweisen. Die Passauer Neue Presse, die einen Großteil der Regionalzeitungen in Polen kontrolliert, hat wiederum erwirkt, dass einer Großdruckerei der Status einer Sonderwirtschaftszone verliehen wurde. Den Schindluder mit den Sonderwirtschaftszonen treibt aber der koreanische Elektronikriese Samsung auf die Spitze, der nach der Übernahme eines Haushaltsgeräteherstellers in Westpolen darauf bestand, dass dieser Standort ebenfalls zu einer SWZ ausgewiesen werde, da andernfalls die versprochenen Investitionen ausbleiben würden.

Mit dem äußerst lockeren Umgang bei der Einrichtung der Sonderwirtschaftszonen korrespondiert oftmals eine Atmosphäre der Rechtlosigkeit und ein brutales Arbeitsregime in den einzelnen Unternehmen. „Das hier ist einfach ein Arbeitslager.“ erklärten Arbeiterinnen einer Fabrik für Elektrogeräte gegenüber Małgorzata Maciejewska, die im Rahmen eines Forschungsprojekts der Universität Wrocław und einer feministischen Organisation die Arbeitsbedingungen in den SWZ aus eigener Erfahrung kennenlernen wollten. Maciejewska, die als Leiharbeiterin für 1400 Zloty (rund 350 Euro) Brutto beschäftigt wurde, berichtete von unerträglicher Arbeitshetze an den Fließbändern des fernöstlichen Elektroherstellers. Teilweise seien Frauen an den Bändern weinend zusammengebrochen, weil sie den hohen Arbeitstakt – mitunter bei Doppelschichten von zu 16 Stunden! - nicht standhalten konnten. Die Fluktuation innerhalb der Belegschaften dieser für den Weltmarkt produzierenden Fabriken sei auch deshalb so hoch, weil sie eine massive Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse durchgesetzt haben, sodass die unbefristete Anstellung längst zur absoluten Ausnahme geworden sei. Dabei sei die Arbeitslosigkeit etwa in Niederschlesien, wo besonders viele SWZ eingerichtet worden seien, kaum merklich gesunken, resümierte die Aktivistin. Maciejewska bezeichnete diese Betriebe aufgrund ihrer Flexibilität als „mobile Maschinen des modernen Kapitalismus“, die durch die Umgehung oder den Bruch von arbeitsrechtlichen Bestimmungen sukzessive eine „Intensivierung von Ausbeutungsformen“ betrieben.

Gewerkschaften in der SWZ

Den offenen und folgenlosen Bruch grundlegender arbeitsrechtlicher Bestimmungen haben beispielsweise Aktivisten der kleinen polnischen Gewerkschaft Arbeiterinitiative (Inicjatywa Pracownicza – IP) in der SWZ Tarnobrzeg erleben müssen. Den Gewerkschaftern gelang es bei einem Auftragsfertiger des Elektronikkonzerns LG, bei dem rund 200 Frauen Computer-Mainboards und Fernseher fertigen, eine Betriebskommission zu gründen. Als die Geschäftsführung sich weigerte, mit der Gewerkschaft in Tarifverhandlungen zu treten, organisierte diese eine Urabstimmung über einen Streik. Daraufhin entließ das Management den Gewerkschafter Krzysztof Gazda, der als „Rädelsführer“ denunziert wurde. Die Gewerkschaft IP bezeichnete dies als Bruch der polnischen Arbeits- und

Gewerkschaftsgesetze, etwa 40 Arbeiterinnen traten in den Ausstand. Das Management reagierte mit einer Aussperrung der Streikenden – von denen anschließend 24 entlassen wurden.

Auch die große polnische Gewerkschaft Solidarnosc konnte von Spannungen und unerträglichen Arbeitsbedingungen in den Sonderwirtschaftszonen berichten, in denen sie aktiv ist. Mitunter herrschten dort „schreckliche Zustände“, erklärte Pressesprecher Marek Lewandowski. Der Solidarnosc-Vorsitzende in der Region Torun-Wroclaw, Jacek Zurawski, schilderte im Gespräch mit der GEGENBLLENDE seine Erfahrungen bei der Gewerkschaftsarbeit in der SWZ Lysowice in der Nähe der zentralpolnischen Stadt Torun, wo rund 6000 Lohnabhängige für den Elektromulti Sharp und einige Zulieferbetriebe für rund 1500 Zloty Brutto (375 Euro) arbeiten würden. Die dort ansässigen Unternehmen seien auf totale Gewinnmaximierung ausgelegt, bei der die staatlichen Steuernachlässe und Lohnzuschüsse voll ausgeschöpft würden, während die Löhne im Keller blieben. In den acht Jahren ihrer Existenz seien die Löhne in dieser Sonderwirtschaftszone nur dann erhöht worden, wenn der staatlich festgelegte Mindestlohn angehoben wurde, so Zurawski. Die Arbeitsbedingungen seien „viel schlechter gewesen als bei vielen polnischen Firmen“ in der Region. Auch in Lysowice gebe es nur eine kleine Stammebelegschaft, während der Großteil der Lohnabhängigen sich in befristeten Arbeitsverhältnissen befindet oder durch Zeitarbeitsfirmen – die zu einer wahren „Plage“ ausgeartet sind – gemietet wird. Diese rasche Zunahme der durch die SWZ beförderten Leiharbeit „zerstöre“ förmlich den polnischen Arbeitsmarkt, so Zurawski.

Die Gewerkschaftspräsenz in dieser SWZ wurde nach einer Reihe wilder Streiks etabliert, wobei das polnische Management der Gewerkschaft gegenüber eine offen feindselige Haltung annahm. Erst nach Verhandlungen mit der japanischen Unternehmensführung konnten einige Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen erreicht werden, berichtet Zurawski, doch gebe es keinerlei Bewegung der Unternehmensführung bei den Lohnerhöhungen. Das Management drohe den Beschäftigten in solchen Fällen unumwunden mit der Betriebsverlagerung – etwa in die Ukraine. Die Sonderwirtschaftszonen könnten laut dem Solidarnosc-Gewerkschafter nur dann eine positive Rolle spielen, wenn deren Arbeitsbedingungen und die Entlohnung nicht allzu sehr von dem Niveau abweichen, das in den Ursprungsländern der ausländischen Konzerne herrsche, die dort investierten. Derzeit seien die Unterschiede bei den Löhnen viel zu groß.

Ein Modell für das ganze Schulden-Europa?

Dabei könnten gerade die Planungen zur Errichtung von Sonderwirtschaftszonen im krisengeplagten Südeuropa dazu beitragen, dass die Unterschiede weiterhin bestehen bleiben und Polen neue Billiglohnkonkurrenz nicht im Osten, sondern im Süden erwächst. Griechenlands Durchschnittslohn ist allein binnen des letzten Jahres um

23 Prozent gesunken – auf 13 167 Euro jährlich. Die in Hellas verhasste „Troika“ aus IWF, EZB und EU-Kommission versucht überdies alles, um den Fall der Löhne weiter voranzutreiben. Jüngst forderten die Sparkommissare tatsächlich die Einführung einer Sechs-Tage Woche und von 13-Stunden-Tagen, die Griechenlands Lohnabhängige durchzustehen hätten, „wenn der Betrieb dies als nötig einstuft“, meldete die Zeitung *Die Welt*. Zudem sollen nach dem Willen der Troika die „Kündigungsfristen und die Abfindungen“ bei Entlassungen halbiert werden. Das durch das Spardiktat in den sozioökonomischen Kollaps getriebene Mittelmeerland soll offensichtlich ins 19. Jahrhundert zurückkatapultiert werden, um so als eine einzige „Sonderwirtschaftszone“ an Attraktivität für Investoren zu gewinnen.

Naiv, wer glaubt, diese Angriffe auf die historischen Errungenschaften der Arbeiterbewegung in Griechenland hätten keine Rückwirkungen auf die Arbeitsverhältnisse auch in Deutschland. Es reicht, sich in Erinnerung zu rufen, wie die Drohung mit Betriebsverlagerungen nach Osteuropa mit dazu beitrug, den Widerstand gegen die Prekarisierung des Arbeitslebens in der Bundesrepublik zu lähmen. Letztendlich wird wohl in der Krise ganz Europa auf eine einzige Sonderwirtschaftszone zusteuern.

Autor: Tomasz Konicz, geb. 1973 in Olsztyn/Polen, freier Journalist

Klimawandel im amerikanischen Wahlkampf

von Dr. Erich Vogt

Das Olympiajahr 2012 wird in Amerika auch aus Klimasicht in die Rekordbücher eingehen. Wenn der bisherige Trend anhält, wird 2012 das heißeste Jahr in der Geschichte des Landes überhaupt, laut den offiziellen Temperaturmessungen der *National Oceanic Atmospheric Administration* in Washington. Insgesamt wurden bisher in Städten und Gemeinden über 27.000 (!) Hitzerekorde aufgestellt.

Die Hitzewelle im Sommer hatte den Vereinigten Staaten eine bisher noch nicht erlebte Dürre beschert. Gut zwei Drittel des Landes waren von der Dürre betroffen. Besonders kritisch war die Situation im Agrargürtel des Landes, in Iowa, Indiana, Wisconsin, Nebraska, Dakota, Idaho, Colorado, Wyoming, sowie in Texas, Arizona und New Mexico im Südwesten. Amerikas Farmer hatten wegen des akuten Wassermangels einen Gutteil ihrer Ernte verloren und Viehzüchter mussten massenhaft Kühe und Schweine notschlachten. Dem üblichen Fleischüberangebot in

den Supermärkten werden nun dramatische Preisaufschläge folgen. Nahrungsexperten rechnen damit, dass neben den Preisaufschlägen für Fleisch dann auch die Preise für Mais und Milchprodukte bis zu 50% ansteigen. Die durch die Dürre ausgelösten Produktions- und Lieferengässe in Amerika, dem weltgrössten Agrarexportland, werden die Verbraucher weltweit treffen. Der nächste Preisschock für Grundnahrungsmittel und Fleisch wird sie spätestens im Winter erreichen.

Unter der Hitzewelle leiden auch Amerikas Wälder in Kalifornien, Washington, Montana, Nevada, Wyoming, Utah, Idaho und Texas. Die Wälder sind aufgrund der Dürre dermassen ausgetrocknet, dass Blitzschläge immer wieder grossflächige Waldbrände anfachen, die mitunter wochenlang außer Kontrolle geraten. Da in Amerika, anders als in Deutschland, Holz das bevorzugte Baumaterial ist, werden die Baukosten ab Frühjahr 2013 ebenfalls dramatisch ansteigen; angesichts der andauernden Wirtschaftsflaute eine katastrophale Situation für das eh schon darniederliegende Baugewerbe, das neben der Autoindustrie immer der Motor für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes war.

Land der Extreme

Hitzewellen einerseits und sintflutartige Regenfälle andererseits wurden in Amerika seit Beginn der offiziellen Wetterbeobachtung immer wieder registriert. Neu ist die Intensität und Häufigkeit der Extreme. Dass das Wetter immer häufiger Kapriolen schlägt, hat zuerst der NASA-Meteorologe James Hansen registriert. Bereits 1988 hat er in Senatsanhörungen auf den Klimawandel hingewiesen. Sein wissenschaftliches Team hat u.a. nachgewiesen, dass die grossen Hitzewellen in Europa und Russland in den Jahren 2003 und 2010, sowie die katastrophale Dürre in den US-Bundesstaaten Texas und Oklahoma im vergangenen Jahr nicht 'natürlichen Klimavariationen' zuzuschreiben sind, sondern dem 'anthropogenen' (von Menschen verursachten) Klimawandel zugerechnet werden müssen.

Das Wetter ist heute nicht mehr in der Lage, so Hansen, sich selbstregulierend auszubalancieren. Der anthropogene Klimawandel hat das Wetter inzwischen fest im Griff. Während die globale Durchschnittstemperatur im letzten Jahrhundert Schritt für Schritt um etwa 0.8 Grad angestiegen ist, haben die Extreme an Häufigkeit und Intensität dramatisch zugenommen. Extreme Wetter machten in den Jahren 1951 bis 1980 global zwischen 0.1 und 0.2 Prozent des Wetters insgesamt aus; von 1981 bis 2010 waren es schon 10 Prozent! Die seit Jahren das Land überziehenden Wetterextreme verlieren also nach und nach ihren Ausnahmecharakter. Sie sind die Normalität.

Klimapolitik im Wahlkampf

Gleichwohl findet eine direkte Auseinandersetzung über die Klimapolitik im amerikanischen Wahlkampf nicht statt. Sie wird lediglich indirekt über die zukünftige Energiepolitik ausgetragen. Der von der Öl-, Gas-, Kohle- und Nuklearindustrie und -lobby hofierte Mitt Romney setzt voll und ganz auf *energy independence*. Von seiner vor einem Jahr gemachten Äußerung, dass der Klimawandel auch anthropogene Ursachen habe, hat er sich ebenso distanziert wie von seinem Hinweis, dass die Emission von Treibhausgasen eingeschränkt werden müsse. Heute setzt Romney auf *drill baby, drill*. Und alles, was dem Bohren nach neuen fossilen Energiequellen im Weg stehen könnte, wie die aus seiner Sicht völlig überzogenen Regularien der Umweltschutzbehörde EPA, will er am Tag seiner Amtseinführung per Dekret außer Kraft setzen.

Auch Präsident Obama hat sein vor vier Jahren gemachtes Versprechen, dass mit seiner Wahl ein neues Kapitel in der Klimapolitik des Landes aufgeschlagen werde, nicht eingehalten. Und wenn er von den Wählern auf den Klimawandel angesprochen wird, verweist er auf die Arbeit seiner Umweltbehörde EPA. Über das große, sektorübergreifende Klimawandelthema lässt er sich jedoch nichts entlocken. Obama tut sich in der Tat schwer, die Klimapolitik den Wählern glaubwürdig zu vermitteln. Zwar bemüht er sich nach Kräften, aber sein Dilemma ist, dass es bei der Klimadebatte nicht wirklich ums Klima geht.

Die Vorgänger

Das war schon immer so. Schon 1992, beim ersten Klimagipfel auf dem 'Rio Earth Summit', sagte sein Vorgänger George Walker Bush Senior, dass der *American Way of Life* kein Verhandlungsthema einer Klimakonferenz sein könne. Er ahnte, um was es bei den Klimaverhandlungen in letzter Konsequenz gehen würde. Bush und die ihm nahestehende Wirtschaft erkannten, dass die Wirtschaft die von der Klimawissenschaft als absolut notwendig erachteten Treibhausgasabsenkungen nur durch eine radikale Neuorientierung des Wirtschafts- und Politiksystem des Landes würde erreichen können. Diese Neuorientierung jedoch würde das bisherige Wertesystem, das *free market belief system*, auf den Kopf stellen. Das musste verhindert werden.

Die Befürchtungen und Ahnungen des Republikaners Bush um die Zukunft des Landes haben die Klimapolitik zwanzig Jahre nachhaltig beeinflusst. Bushs Nachfolger Bill Clinton hat ebenso die Handbremse gezogen, wenn es galt, der Energiewirtschaft und den Verbrauchern in Sachen Klimawandel reinen Wein einzuschenken. Das von ihm mit ausgehandelte Kyoto-Protokoll, das Emissionslimits setzte, hat er zwar unterschrieben, aber er hat es nicht dem Senat zur Ratifizierung vorgelegt. Er wusste, dass dieser es mit einer erdrückenden Mehrheit ablehnen würde. Und der Clinton-Nachfolger im Weißen Haus, der Republikaner George W.

Bush Junior machte die demonstrative Ablehnung des Protokolls zu einer seiner ersten Amtshandlungen.

‘Wissenschaftlich’ wurde dieser innenpolitische Klimadiskurs insbesondere von konservativen Denkfabriken, wie dem *American Enterprise Institute*, begleitet. Bei dem von ihnen über die Medien inszenierten Streit über die Zuverlässigkeit der von Hansen und dem IPCC-Klimarat vorgelegten Klimastudien, handelte es sich jedoch von Anbeginn um eine Scheindebatte. Selbst die unlängst von den Ölmilliardären David und Charles Koch finanzierte Klimastudie hat die Solidität der Daten und Analysen von Hansen und dem IPCC-Klimarat noch einmal bestätigt.

Klimapolitik und das amerikanische Wertesystem

Die ‘Klimaskeptiker’ im Romney-Lager haben sehr wohl verstanden, dass über eine entsprechende Positionierung im Wertesystem der Menschen das Klimathema nicht nur neutralisiert, sondern unter Umständen gar zu einem gewinnenden *issue* umfunktioniert werden könnte. Mit Argumenten zum Klimawandel selbst war das nicht zu schaffen. Die Wissenschaft und die Beobachtungen vor Ort sprachen eine deutliche Sprache. Erfolgversprechender war aus ihrer Sicht, das Thema zunächst emotional anzuheizen, und es zu einem zentralen Werte- und Identitätsthema mit quasireligiösen Untertönen zu machen – wie Fragen zur freien Marktwirtschaft, der Abtreibung und der gleichgeschlechtlichen Ehe. Sollte dies gelingen, so das Kalkül, würden alle auf wissenschaftlicher Erkenntnis basierenden Klimathesen und -daten an den Wählern einfach abprallen. Es gilt also, das Klimathema zu einem Wirtschaftsthema umzufunktionieren.

Die Wahlkampfstrategen der Republikaner und Demokraten wissen gleichwohl, dass die Gesetze von Physik und Chemie unabhängig von Wertesystemen fortbestehen, und dass zukünftige Generationen das heutige Wegleugnen einer drohenden Klimakatastrophe morgen werden teuer bezahlen müssen. Es ist genau dieser Gegensatz, der Glaube an eine Welt, die keine Limits kennt, und das Wissen um eine Welt, in der die Menschen und die Natur nur in einem Miteinander und nicht Gegeneinander die Chance auf Erneuerung und Weiterentwicklung haben, der die Klimadiskussion Schritt für Schritt ins Blickfeld und Bewußtsein der amerikanischen Öffentlichkeit und der politischen und wirtschaftlichen Eliten rückt. Die Klimadiskussion wäre dabei die Botschaft, dass das derzeitige Werte- und Wirtschaftssystem keine Zukunft mehr hat.

Sich zu der Erkenntnis durchzuringen, dass dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten, in dem der Glaubenssatz *the sky is the limit* de facto Verfassungsrang hat, in Zukunft Grenzen gesetzt werden müssen, ist sowohl für Liberale wie Konservative in der Politik wie in der Wirtschaft und den Medien eine ungewohnte, unbekannte Perspektive. Und der Reflex, gegen alles, was dem Land Grenzen

verordnet, anzukämpfen, ist entsprechend. Warnungen von Ökonomen wie Tim Jackson, Gus Speth, Herman Daly und Peter Victor, dass stetes Wachstum bei gleichzeitiger Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen vom System nicht geleistet werden könne, werden in den Wind geschlagen. Jackson brachte seine Forschungsergebnisse und Empfehlungen in einer Anhörung auf die Kurzformel: *“trash the system or crash the planet”*.

Die Wähler und der Wandel

In der amerikanischen Öffentlichkeit ist die Botschaft angekommen. Die direkten Auswirkungen des Klimawandels auf das Leben der Wähler haben zu einem Stimmenumschwung im Lande geführt. In einer Meinungsumfrage der Yale Universität haben über 80 Prozent der Befragten erklärt, dass sie in den vergangenen 12 Monaten zumindest von einem der extremen Wetter direkt betroffen waren. Und einer Gallup-Umfrage zufolge sind inzwischen 77 Prozent der Amerikaner sehr besorgt über die Entwicklung des Klimas. Die Befürchtung ist, dass die Folgen für die Menschen immer teurer und gefährlicher werden, wenn die Politik das notwendige Gegensteuern weiter hinauszögert. Vor den ‘Negativfolgen’, wie den Einschränkungen des *American Way of Life* scheinen die Befragten keine allzu großen Sorgen zu haben. Lediglich 12 Prozent waren der Meinung, dass Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels die Qualität ihres Lebens mindern würden, während 43 Prozent zuversichtlich waren, dass sich im Gefolge flächendeckender Klimainitiativen ihre Lebensqualität verbessern würde. Eine Umfrage der Brookings Institution hat diese Zahlen weitgehend bestätigt.

Auch die Justiz wird immer aktiver angesichts fehlender bundesstaatlicher Initiativen auf dem weiten Feld des Umwelt- und Klimaschutzes. Ein Bundesrichter hat in einer Grundsatzentscheidung diesen Sommer erklärt, dass die Erdatmosphäre, saubere Luft und sauberes Wasser beschützenswerte öffentliche Güter sind. Auf den Wahlkampf jedoch werden diese Entwicklungen keinen allzu großen Einfluss mehr nehmen. Zu groß ist in den Augen der Wahlkampfstrategen die Volatilität der Wähler bei Themen, die so komplex sind wie der Klimawandel. Deshalb wird der Kampf um die zukünftige Klimapolitik des Landes auch primär über die jeweilige Energiepolitik gesucht und geführt.

Die Medien

Es ist nicht die Komplexität, die Amerikas Medien bisher veranlasst hat, das Klimathema weitgehend auszusparen. Klimawandel kommt in der Berichterstattung der großen Networks ABC, CBS, CNN, Fox, MSNBC und NBC de facto nicht vor. Im Monat Juli wurde zwar täglich über die Hitzewelle und Dürre berichtet. Insgesamt sendeten die sechs Anstalten 217 Berichte über beide Themen, die Verbindung zum Klimawandel wurde jedoch lediglich in 19 Beiträgen hergestellt. Bei Fox News, der

zum Rupert Murdoch Medienimperium gehörenden Senderkette, wurde lediglich einmal der Begriff Klimawandel erwähnt, und zwar um das Klimaproblem zum Nichtproblem zu erklären. Die großen Zeitungen des Landes, allen voran die *New York Times*, *Los Angeles Times*, *USA Today*, *Washington Post* und *Wall Street Journal*, haben dem Klimawandel wesentlich mehr Platz eingeräumt. In den 98 Dürre-Artikeln, die im Monat Juli gedruckt wurden, wurde immerhin in 24 Beiträgen auf die Klimaproblematik hingewiesen.

Nicht anders sah die Berichterstattung über die Waldbrände im Westen und Südwesten Amerikas aus. In lediglich 4 von 258 Fernsehbeiträgen wurde auf die Verbindung zum Klimawandel aufmerksam gemacht, sowie in 8 von 135 Zeitungsartikeln. Während es keine monokausalen Faktoren zur Frequenz und Intensität von Waldbränden gibt, in der Wissenschaft herrscht jedoch Konsens darüber, dass anthropogene Faktoren wärmere und trocknere Wetterextreme auslösen und verstärken. Die Berichte der Wissenschaft sind den Medien jederzeit zugänglich. Warum sie nicht in die Berichterstattung einfließen, ist bisher noch nicht systematisch untersucht worden.

Dass die konservative Politik indirekt Druck auf die kommerziell organisierten Medien ausübt - über die ihr nahestehende Öl-, Kohle- und Gasindustrie - gilt nicht nur in journalistischen Kreisen als ausgemacht. Den insgesamt finanziell schwächeren Sendern und Zeitungen kann es nicht egal sein, wenn Großunternehmen mit dem Entzug von Werbegeldern drohen. Solange die 'Klimaskeptiker' also ihre *fringe positions* auf Druck der einflussreichen Energieunternehmen und den ihnen zuarbeitenden Politikern im Kongress ebenso wirksam ins Bild setzen können wie die 98 Prozent der Klimaprotagonisten, wird sich an der Berichterstattung kurzfristig auch nichts ändern.

Wer kann handeln und wer handelt?

Die umweltpolitische Wende wird nicht vom politisch polarisierten Washington ausgehen, sondern - wie einst zu Beginn der Umweltbewegung in den 60er Jahren - über viele kleine, mittlere oder auch zum Teil größere Klimainitiativen und -projekte in den Gemeinden, Städten oder auch in den Bundesstaaten, ehe sie sich auf der nationalen Bühne etablieren und durchsetzen kann. Der notwendige nationale Konsens darüber ist nur über diese *grassroots*, - also über den basisdemokratischen Weg herzustellen. Immerhin geht es um nichts weniger als um systemische Änderungen und den Aufbau eines neuen Verständnisses über das Verhältnis von Natur und Wirtschaft im 21. Jahrhundert. Dieser Prozess wird Zeit in Anspruch nehmen.

Was heute zum Teil in Sachen Klima gedacht und auf den Weg gebracht wird, lässt gleichwohl aufhorchen und hoffen. Zum einen haben die Dürre und die in ihrem Zug

enstandenen milliardenschweren Ernteauffälle bei der klimaskeptischen Industrieagrarwirtschaft zum Überprüfen ihrer ehemaligen Positionen geführt. Vor drei Jahren hat sie noch das von der Obama-Administration und den Demokraten im Kongress favorisierte Emissionshandelsystem als 'Jobkiller' und Angriff auf das freie Unternehmertum verteufelt und mit dafür gesorgt, dass es zu Fall gebracht wurde. Heute realisieren große Teile ihrer Mitglieder, dass die Ernteschäden nicht von der Klimapolitik Obamas zu verantworten sind, sondern das Ergebnis des Klimawandels schlechthin sind. Der Informations- und Gedankenaustausch mit der Klimawissenschaft ist inzwischen im vollen Gange.

Ein regionaler, von 9 Bundesstaaten im Nordosten des Landes entwickelter CO₂-Emissionshandel wurde bereits umgesetzt. In Massachusetts allein wurden im Umfeld des Emissionshandels schon mehr als 3.800 neue Arbeitsplätze geschaffen; in Kalifornien steht die Einrichtung eines eigenen *cap and trade*-Systems unmittelbar bevor. Angesichts der Wirtschaftskraft dieses Bundesstaates mit einem GDP von \$2 Billionen Dollar ist das eine Entwicklung mit Signalwirkung für das gesamte Land. In Nevada, Arizona und New Mexico werden riesige Solaranlagen zur Energiegewinnung gebaut; die Solarindustrie beschäftigt fast 100.000 Mitarbeiter und hat ihren Umsatz im vergangenen Jahr um über 100 Prozent gesteigert. Und in der Stadt Boulder im Bundesstaat Colorado hat die Gemeindeverwaltung beschlossen, die Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Der Grund für die Übernahme war die Absicht der Stadt, den Anteil an Erneuerbaren Energien auf über 30 Prozent bis 2020 aufzustocken. Der Energiekonzern Xcel war nicht willens, dieser Forderung nachzukommen.

Iowa's Farmer liegen auf Konfrontationskurs mit dem Establishment der Republikanischen Partei um Mitt Romney. Er hat angekündigt, die im Bundesstaat ausgesprochen beliebte Windkraftermässigungssteuer abzuschaffen. Die Windkraft hat seit der Amtsübernahme von Obama ihre Kapazitäten verdoppelt. Sie versorgt inzwischen 12 Millionen Wohnungen und Häuser mit Elektrizität und beschäftigt 75.000 Menschen. In Iowa allein stellt die Windenergie 20 Prozent des Energiebedarfs des Bundesstaates und gibt 7.000 Menschen Arbeit. Sollte Romney im November zum Präsidenten gewählt werden, droht diesem Wachstumsbereich das Aus. Angesichts der milliardenschweren Subventionen, die Romney weiterhin der fossilen Energieindustrie gewähren will, eine höchst umstrittene Absicht – auch im Lager seiner politischen Freunde. Die Zeichen in Iowa stehen auf Sturm.

Die fehlende Zukunft der fossilen Wirtschaft

Fernab von Washington wird auch wahrgenommen, dass das Land in der *Green Economy* keine Rolle mehr spielt und die Gefahr, den Anschluss zu verlieren, groß ist. Sie befürchten, dass andere Länder sich die Filetstücke des derzeitigen 320 Milliarden Dollar Marktes - bei steigender Tendenz - sichern werden. Der Kampf um

die Marktvorherrschaft beim Bau von Elektroautos ist dafür ein Beispiel. Die Renaissance der amerikanischen Automobilindustrie ist einzig und allein der Fähigkeit von Detroit zu verdanken, ein breites Spektrum energieeffizienter Autos kostengünstig auf den Markt zu bringen. Der mühsam wiederhergestellte Anschluss an die grossen Autobauer aus Japan, Korea und Deutschland droht jedoch wieder verloren zu gehen, wenn die Industrie nicht in der Lage ist, die für die Weiterentwicklung ihrer batteriebetriebenen Autos notwendigen Investitionen im Bereich von Forschung und Entwicklung aufzutreiben. Die Wirtschaft wartet auf klare Vorgaben von der Politik. Wohlfeile Reden über den *American exceptionalism* werden inzwischen von großen Teilen der Wirtschaft nur noch mit Kopfschütteln quittiert.

Dieser schwierige Umorientierungsprozess und die Stärkung der Bereitschaft, auf globale Herausforderungen wie den Klimawandel und die notwendige Transformation des Wirtschaftssystems durch kollektive Lösungen zu reagieren, muss durch beispielhafte Regelwerke und Praktiken begleitet und unterstützt werden. Das Schmieden strategischer Zweckbündnisse - wie die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Kooperationsvereinbarungen mit Städten, Gemeinden und Bundesstaaten - können dem Transformationsprozess in Amerika wichtige Anstöße und Orientierung geben.

Für die internationale Klimapolitik werden die wichtigen Entwicklungen und Entscheidungen in den nächsten Jahren seltener aus Washington, sondern vermehrt aus der Provinz, den Städten und den Bundesstaaten kommen. Erst wenn dieser Prozess auf den Weg gebracht ist, kann mit Amerika auch wieder ernsthaft über internationale Klimapolitik gesprochen und verhandelt werden. Bis dahin gilt für alle auf Amerika blickenden Klimaprotagonisten einstweilen der Spruch von Mark Twain: "Die Tatsache, dass ich heute früher aufgewacht bin, hatte nicht zur Folge, dass die Sonne ebenfalls früher aufgegangen ist."

Autor: Dr. Erich Vogt, lehrt Internationale Entwicklungspolitik, Klimawandel und Nachhaltige Entwicklung an der Elliott School for International Affairs der George Washington University in Washington, D.C.

Positionen zur Europäischen Wirtschaftsregierung

von **Bernhard Pfitzner**

Die Forderung nach einer „Europäischen Wirtschaftsregierung“ findet sich in einer ganzen Reihe gewerkschaftlicher Dokumente, sowohl des Europäischen Gewerkschaftsbundes wie auch des DGBs und seiner Mitgliedsgewerkschaften.

Die Bundesregierung, die sich lange den Forderungen nach einer Wirtschaftsregierung widersetzt hat, spricht sich nun dafür aus, aber in einer diametral anderen Art und Weise als die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften müssen allerdings ihre Vorstellungen weiter konkretisieren. Gerade die demokratische Legitimation einer Wirtschaftsregierung muss klarer ausformuliert werden. Genau hierauf (auf die demokratischen Defizite) zielt auch die Herausbildung einer „europäischen Koalition des Widerstands“ in Zeiten der Krisenpolitik. ⁽¹⁾

Die „Europäische Wirtschaftsregierung“ in gewerkschaftlichen Dokumenten ⁽²⁾

1) Der Europäische Gewerkschaftsbund

In dem vom **12. EGB-Kongress (2011 in Athen)** beschlossenen „Athener Manifest“, heißt es u.a.:

„Der EGB wird: 1. für einen europäischen "New Deal" für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kämpfen, gegen Sparpolitiken, Kürzungen bei Löhnen, der sozialen Sicherheit und den öffentlichen Dienstleistungen; und für eine europäische Wirtschaftsregierung, die den Interessen der Menschen in Europa dient und nicht den Märkten.“

Konkretisiert wird diese Forderung in der folgenden Weise:

„Dazu gehören u. a. qualitatives Wachstum, Vollbeschäftigung und die Stärkung des Europäischen Sozialmodells. Wichtige Beispiele hierfür sind: eine Finanztransaktionssteuer, die Harmonisierung der Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage, Mindeststeuersätze im Rahmen der Unternehmensbesteuerung, Schritte zur Einführung von Eurobonds sowie Maßnahmen zum Schutz von Zukunftsinvestitionen vor blinden Sparpolitiken.“

Als dritte der insgesamt 20 „wichtigsten Aufgaben des EGB im Zeitraum von 2011 bis 2014“ wird angeführt, der EGB werde

„3. mehr und bessere Arbeitsplätze ganz oben auf die europäische Agenda und ins Zentrum der Europäischen Wirtschaftsregierung setzen... .“

Verbunden ist dies mit der an zweiter Stelle genannten Forderung

„2. ... dass die Sozialen Grundrechte Vorrang haben vor wirtschaftlichen Grundfreiheiten, und dass dieser Grundsatz in einem Sozialen Fortschrittsprotokoll in den Europäischen Verträgen, in einer überarbeiteten Entsenderichtlinie und einer Binnenmarktverordnung festgeschrieben wird (Monti II).“

2) Der Deutsche Gewerkschaftsbund

Das Grundsatzprogramm (1996) und das Aktionsprogramm (1997) des DGB enthalten noch keine Passagen zu einer „Europäischen Wirtschaftsregierung“. Dies gilt auch für die Beschlüsse des **18. DGB-Bundeskongresses (2006)**. Allerdings enthält die angenommene Entschließung: "Mitbestimmung und Teilhabe - Mitbestimmung für die Zukunft" einen umfangreichen Abschnitt zum Thema „Mitbestimmung und Teilhabe in Europa“.

Der **19. DGB-Bundeskongress (2010)** beschloss den Antrag „M001: Europa braucht Sozialen Fortschritt“, in dem es unter der Überschrift „Europäische Lehren aus der Krise ziehen“ u. a. heißt:

„Folgende Lehren sollten aus der Finanz- und Wirtschaftskrise gezogen werden:

- Endlich eine makroökonomische Koordinierung in Europa zu etablieren; für die Eurozone ist eine verstärkte Koordinierung bis hin zur Europäischen Wirtschaftsregierung notwendig.

Die folgenden Spiegelstriche sind zugleich eine Konkretisierung dieser Forderung:

- „Um in Europa mehr soziale Kohäsion zu erreichen, muss der Zusammenhang von Steuer- und Sozialpolitiken stärker herausgearbeitet werden und in die neue EU-2020-Strategie Eingang finden. Ohne ausreichende Steuerbasis können in den Mitgliedsstaaten keine nachhaltigen Wohlfahrtssysteme finanziert werden. Das in den Verträgen festgehaltene Ziel der sozialen Angleichung auf dem Wege des Fortschritts bleibt in der EU der 27 Mitgliedsstaaten sonst eine Utopie.“

- Die Nachhaltigkeit des Finanzsektors muss sichergestellt und die Finanzwirtschaft wieder als Dienstleister der Realwirtschaft aufgestellt werden.
- Die Bewahrung und der Ausbau der europäischen Wohlfahrtsstaaten mit der Perspektive eines guten Lebens für alle ist ein wesentlicher Faktor zur Stabilisierung Europas (Rolle der automatischen Stabilisatoren).“

Wie beim 18. Bundeskongress, enthalten auch die beschlossenen mitbestimmungspolitischen Anträge J 001: „Soziale Marktwirtschaft durch Unternehmensmitbestimmung in Deutschland und Europa sichern und fortentwickeln“ und J 002: „Sicherung und Weiterentwicklung der Mitbestimmung in den Betrieben“ eigene europapolitische Teile.

3) Die DGB-Mitgliedsgewerkschaften ver.di und IG Metall

Von den teilweise recht umfangreichen Dokumenten der ver.di und der IG Metall sollen hier nur exemplarisch zwei Passagen wiedergegeben werden:

Im Abschnitt „Die grundlegenden Schwächen des Wirtschaftsmodells der Europäischen Union“ des **ver.di-„Manifests zur Europapolitik“ von 2010** heißt es als Konsequenz aus der Kritik der momentanen wirtschaftspolitischen und außenwirtschaftlichen Verfassung der EU u.a.:

„Kurzfristig muss es darum gehen, die nationalen Politiken auf EU-Ebene stärker zu koordinieren, um die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume besser zu nutzen und eine angemessene Abstimmung zwischen der europäischen Geld- und der europäischen Fiskalpolitik zu erreichen. Dazu muss der EU-Kommission in Zusammenarbeit mit dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (Ecofin) und dem Europäischen Parlament die Kompetenz übertragen werden, die Grundrichtung der Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten entsprechend ihrer jeweiligen konjunkturellen Konstellation festzulegen (Konsolidierungs- oder Expansionskurs). Dies wäre ein erster Schritt zur Installierung einer Europäischen Wirtschaftsregierung. Würde die EU bereits jetzt über diese Kompetenz verfügen, wäre es – in Kooperation mit einer reformierten EZB - zu einem raschen und entschlossenen geld- und fiskalpolitischen Handeln gegen die Krise gekommen.“

Im 2009 vom Vorstand der **IG Metall** verabschiedeten „**Europapolitischen Memorandum**“ heißt es im Kapitel „Politik für eine Erneuerung des Europäischen Sozialmodells“ u.a.:

„Europa braucht den Mut zu einer intensivierten Wirtschafts- und Fiskalpolitik und zu ausgeweiteten wirtschaftspolitischen Kompetenzen auf der supranationalen Ebene. Eine solche ‚europäische Wirtschaftsregierung‘ kann die Wirtschafts-, Steuer- und Haushaltspolitiken koordinieren und Dumping entgegenwirken.“

Im Initiativantrag 1.Io1 „Kurswechsel für Europa“ (**22. Gewerkschaftstag der IG Metall 2011**) heißt es u.a.:

„Die jahrzehntelange Deregulierung der Finanzmärkte und die falsche Orientierung am Shareholder- Value, die Umverteilung von Einkommen von den Leistungsträgern der Gesellschaft hin zu den Vermögen der Reichen, die Schaffung des einheitlichen Euro-Währungsraums ohne eine gemeinsame demokratisch verankerte Finanz- und Wirtschaftsregierung haben die heutigen Verschuldungsprobleme und die Destabilisierung in Europa erst hervorgerufen.“

Die Demokratisierung Europas und der europäischen Wirtschaft

In vielen gewerkschaftlichen Dokumenten, in denen eine „Europäische Wirtschaftsregierung“ gefordert wird, ist diese Forderung mit einer Orientierung auf eine Demokratisierung der europäischen Strukturen verbunden (s.o.) ⁽³⁾Auf die Europateile der mitbestimmungspolitischen Beschlüsse des 18. und 19. DGB Bundeskongresses wurde bereits oben hingewiesen.

Im **ver.di-„Manifest zur Europapolitik“** heißt es im unmittelbaren Anschluss an die oben zitierte Passage:

„Mittel- und langfristig ist es erforderlich, die wirtschafts- und konjunkturpolitische Entscheidungskompetenz auf die europäische Ebene zu verlagern und die EU dazu auch mit einer eigenen ergänzenden Steuerhoheit und einem größeren Budget auszustatten. Frankreich fordert dies unter dem Begriff einer Europäischen Wirtschaftsregierung schon seit vielen Jahrzehnten. Es will damit neben die starke Institution der EZB eine gleichrangige Institution für die Fiskalpolitik setzen, um die gleiche Augenhöhe von Geld- und Fiskalpolitik zu erreichen und eine effektive europäische Konjunktur- und Wirtschaftspolitik zu ermöglichen. Diese Forderung ist grundsätzlich zu unterstützen. Die Fiskalpolitik muss europäisch werden, das gilt insbesondere für den Euro-Währungsraum. **Diese Europäisierung der Fiskalpolitik ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine Verbesserung der wirtschaftspolitischen Verfassung der EU.** Sie muss vielmehr darüber hinaus genutzt werden, um die Ziele Wachstum, Vollbeschäftigung, ausgeglichene Leistungsbilanzen und ökologische Nachhaltigkeit zu verwirklichen. Eine Europäische Wirtschaftsregierung stünde in der Verantwortung für die Umsetzung einer expansiven Wirtschaftspolitik für qualitatives Wachstum. Sie

müsste auch die Verantwortung für gemeinschaftliche Aufgaben übernehmen, zum Beispiel für den Aufbau einer leistungsfähigen transnationalen Infrastruktur. **Eine solche Kompetenzübertragung auf die europäische Ebene setzt allerdings zwingend eine weitere Demokratisierung der EU voraus.** Das Europäische Parlament muss die Kompetenz erhalten, eine Europäische Regierung zu wählen und in Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik mit zu entscheiden. Ohne diesen weiteren Ausbau der EU zu einer Politischen Union wäre die Einführung einer Europäischen Wirtschaftsregierung nicht ausreichend demokratisch legitimiert.“

Im 2009 vom Vorstand der **IG Metall** verabschiedeten „**Europapolitischen Memorandum**“ heißt es im Kapitel „Politik für eine Erneuerung des Europäischen Sozialmodells“ u.a.:

„Ein demokratisches Europa schließt ausdrücklich die aktive Mitbestimmung und Gestaltung des Wirtschaftsprozesses mit ein, angefangen bei der Mitbestimmung am Arbeitsplatz bis hin zur Wirtschaftsdemokratie.“

Dies ist die einzige mir bekannte Stelle in einem gewerkschaftlichen Dokument, in der die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie explizit in einen europäischen Rahmen gestellt wird.

Fazit

Europapolitik und Wirtschaftsdemokratie gehören zu großen programmatischen Traditionslinien der Gewerkschaften. Beide erleben in letzter Zeit eine große Bedeutung und besondere tagespolitische Aktualität. Umso verwunderlicher ist es, dass sich bisher nur ganz vereinzelt Beiträge finden, in denen beide Diskussionsstränge miteinander verbunden werden. Die Arbeit an solchen Konzeptionen könnte sich lohnen, um dem offiziellen Ansatz der Bundesregierung einer „Europäischen Wirtschafts-Strangulierungs-Regierung“ ein konstruktives Konzept entgegenzustellen.

Anmerkungen:

(1) Vgl. dazu meine „Thesen zu einer ‚europäischen Koalition des Widerstands‘ “ in: GEGENBLENDE 15 (Mai/Juni 2012): <http://www.gegenblende.de/15-2012/++co++a28742f4-a339-11e1-54dc-52540066f352>

(2) Da in diesem Artikel nur beispielhaft auf einige gewerkschaftliche Dokumente eingegangen werden kann, sei auf die im „Wiki Gute Arbeit“ auf der Seite „Dokus/Reader - Europäische Wirtschaftsregierung/...“ ([http://www.wiki-gute-arbeit.de/index.php/Dokus/Reader - Europäische Wirtschaftsregierung/...](http://www.wiki-gute-arbeit.de/index.php/Dokus/Reader_-_Europ%C3%A4ische_Wirtschaftsregierung/...)) verfügbaren Dokumentationen zum Thema verwiesen.

Diese Seite ist von der Startseite des Wiki Gute Arbeit (www.wiki-gute-arbeit.de) u.a. auf folgende Weise zu erreichen:

- unter „Rubriken“ auf der Startseite „Dokumentationen/Reader“ wählen

-> Seite „Übersicht – Dokumentationen/Reader“;

- auf dieser Seite den Link

„Europäische Wirtschaftsregierung/Demokratisierung der Wirtschaft in Europa/Europäische Wirtschaftsdemokratie“ wählen.

(3) Verwiesen sei in diesem Zusammenhang zusätzlich auf die vielfältigen Dokumente, in denen europäische Aspekte der Mitbestimmung berührt werden (s. Dokumentation auf der Seite „Dokus/Reader - Mitbestimmung“ ([http://www.wiki-gute-arbeit.de/index.php/Dokus/Reader - Mitbestimmung](http://www.wiki-gute-arbeit.de/index.php/Dokus/Reader_-_Mitbestimmung)) im Wiki Gute Arbeit.

Autor: Bernhard Pfitzner, geboren 1949, Redakteur der Seite www.wiki-gute-arbeit.de

Postwachstum? Über eine eigentümliche Debatte

von Dr. Matthias Zimmer

Postwachstum ist in, von den Wachstumskritikern auf der Linken – es ist lange her, das in der Entfaltung der Produktivkräfte noch das Heil lag – bis hin zu konservativen Stimmen, die in der Wiederentdeckung von Maß und Mitte einen neuen Begriff des Wohlstands festmachen.[1] „Das geht auf keinen Fall so weiter, wenn das so weiter geht“, dieser Satz von Erich Kästner ist intuitiv

zustimmungsfähig, aber was folgt daraus? Wollen wir auf Wachstum verzichten? Können wir es, sowohl was unsere Lebensstile angeht als auch die Mittel, Wachstum einzudämmen? Und letztlich: Sollen wir das auch tun? Die Zustimmung zu der ebenso unbestimmten wie intuitiv ansprechenden Forderung nach Postwachstum speist sich aus der Erkenntnis, dass die Folgekosten des Wachstums (bzw. einer bestimmten Form des Wachstums) erschreckend sind, gerade im ökologischen Bereich. Postwachstum wäre damit ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Allerdings ist die Hoffnung auf eine Postwachstumsgesellschaft trügerisch, ja vielleicht sogar falsch im moralischen Sinn.

Der Diskurs der Satten

Diskurse der Postwachstumsgesellschaft sind Diskurse der Satten. Sie entstehen historisch auf einer bestimmten Stufe des Wohlstands und sind mit der Erkenntnis verknüpft, dass sich Wachstum und Wohlstand voneinander entkoppeln können. Sie sind eng mit den Diskursen des Postmaterialismus verknüpft, jener Haltung also, die von einer Ebene ausreichender Sättigung mit materiellen Gütern Formen des guten Lebens thematisieren kann, in denen es um Gerechtigkeit, Authentizität, Ästhetik oder ähnliches geht. Das ist das Milieu, dem die Grünen verhaftet sind: Postmaterielle Modernisierungsgewinner mit zumeist gesicherter öffentlicher Beschäftigung. In den Niederungen der Werkbänke und der Fließbänder wird eine solche Debatte anders geführt. Da hängt Wachstum mit der Sicherheit der Arbeitsplätze zusammen, mit der Möglichkeit, Familien zu ernähren und verlässliche und dauerhafte Lebensperspektiven zu etablieren und für das Alter vorzusorgen. Marx hatte schon Recht: Das gesellschaftliche Sein bestimmt eben das Bewusstsein. Wenn die Formel des Postwachstums außerhalb der akademischen und intellektuellen Zirkel irgendeine Wirkung entfalten soll, dann muss plausibel argumentiert werden können, dass auch in Postwachstumsgesellschaften stabile Lebensperspektiven möglich sind.

Was kommt nach dem Wachstum?

Was passiert eigentlich, wenn Wachstum nicht mehr als iredische Formel von Gesellschaften fungiert? Historisch gesehen ist Wachstum und damit die Zunahme an Verteilungsmöglichkeiten die geradezu alle Demokratien stabilisierende Grundformel gewesen. Welche sozialen Verwerfungen es nach sich zieht, wenn das Wachstum nicht nur einmalig sondern über mehrere Perioden negativ wird lässt sich zurzeit an Griechenland studieren. Zugegeben, der Wachstumseinbruch kam plötzlich und verlief chaotisch, und man kann nur hoffen, dass andere Szenarien von Postwachstumsgesellschaften sich wohltuend davon unterscheiden. Aber die Befürchtungen, dass solche Verläufe die Demokratie insgesamt gefährden könnten, sind nicht von weit hergeholt. Dort, wo es keine robusten Prozesse der Aushandlung gesellschaftlicher Neuverteilung gibt, wo sich individuelle Präferenzen nicht mehr

deliberativ in kollektives Handeln umsetzen lassen, dort wächst die Bereitschaft, Ordnung vom Recht zu entkoppeln – der berühmte Ausnahmezustand des Carl Schmitt also. Es wächst auch die Gefahr, dass die Gesellschaft sich kannibalisiert, etwa durch das Aufkommen von Gangs oder schutzgelderpresserischen Rackets. Man muss sich nur die Ränder der amerikanischen Gesellschaft ansehen um einen Vorgeschmack davon zu bekommen, wie eine alternative, nicht gouvernemental organisierte Umverteilung aussehen kann. Sind wir denn so sicher, dass die Länder des europäischen Südens (also Griechenland, Portugal, Spanien und der Süden Italiens) bei erheblichen Wachstumseinbußen sichere und stabile Demokratien bleiben? Offenbar nicht, denn das Allheilmittel lautet: Diese Länder brauchen Wachstum. Das Prinzip eint. Es eint auch alle Parteien des Deutschen Bundestages, allerdings in unterschiedlichen Schattierungen. Die Griechen brauchen nicht nur eine schmerzhaft Anpassung, sie brauchen vor allem Wachstum. Sie brauchen zukunftsfähige Industrien und Wirtschaftszweige. Sie brauchen Investitionen. Anders formuliert: Wenn es ernst wird, laufen die Postwachstumsbefürworter Gefahr, als barfüßige Bußprediger des Verzichts an den Rand der Debatte gedrängt zu werden.

Der Aspekt der Globalisierung

Viele ökonomische Strukturen sind über nationale Grenzen vernetzt. Die Idee, heute noch so etwas wie eine volkswirtschaftliche Globalsteuerung umsetzen zu können, erscheint naiv. Aber sind dann nicht auch Vorstellungen naiv, Wachstum begrenzen zu können oder sogar in eine Postwachstumsgesellschaft hineinwachsen zu können? Was passiert, wenn sich degrowth-Prozesse verstärken, ja potenzieren durch eine gezielte Abwanderung von Kapital und Schlüsselindustrien? Sind wir in der Lage, eine ökonomische Feinsteuerung zu leisten und diese kataklystischen Prozesse einer ungebremsten Abwärtsspirale zu verhindern? Gibt es ein Wachstumsleakage, also die Verlagerung von Wachstumsprozessen in andere Gesellschaften? Was wäre dann für die globale Bilanz gewonnen – außer dem guten Gewissen, mit dem wir uns dann als Zuschauer, aber nicht mehr als Verursacher der globalen ökologischen Probleme verstehen können? Dieser Einwand führt zum nächsten, nämlich der Frage, ob wir vielleicht mit gutem Beispiel führen können, ob es sich also international langfristig auszahlt, den Wachstumszwang national zu verabschieden. Schon eine spieltheoretische Betrachtung scheint nahe zu legen, dass eine solche Strategie wenig erfolgreich ist. Nehmen wir also an, Deutschland würde, durch welche Mittel auch immer das Wachstum beschränken oder sich dem Bild einer *Steady-State*-Ökonomie verschreiben, und zwar mit einer ausgeprägten ökologischen Orientierung. Wir würden dann auch eine weitgehend geschlossene Ökonomie benötigen, um in den transnationalen Wertschöpfungsketten nicht zum Transitland für die Produktion von Wachstum anderswo zu werden. In der globalen Bilanz würde dies kaum ins Gewicht fallen, solange unser gutes Beispiel nicht ansteckend wäre. Aber warum sollte es? Schon im europäischen Rahmen gibt es kaum eine Chance, ein solches Modell mehrheitsfähig zu machen. So postulierte die Lissabon-Strategie der EU ein

Wachstum von jährlich 3 Prozent als Ziel; und alle übrigen europäischen Länder sind entschlossen, ihre eigenen sozialen Probleme vorrangig mit einer Wachstumspolitik zu bekämpfen. Kann man verhindern, dass sich die Migration der fähigen Arbeitskräfte nicht mehr nach Deutschland hinein, sondern aus Deutschland heraus vollzieht, gut ausgebildete Facharbeiter also ihre Zukunft in einer Gesellschaft sehen, in der sie wachsen können? Würde dies nicht vor allem den Mittelstand treffen, den wir bislang als Rückgrat unserer Volkswirtschaft angesehen haben?

Wie funktioniert Wachstumsbegrenzung?

In den Debatten werden drei Strategien der Wachstumsbegrenzung diskutiert: Einmal die Änderung der individuellen Konsummuster, also das Prinzip der Suffizienz. Zum Zweiten eine Reduzierung der Arbeit bzw. eine andere Organisation der Arbeitswelt, und zum dritten über fiskalische Hebel. **Erst** einmal zur Suffizienz, oder, wie es im konservativen Duktus formuliert werden würde, die Wiedergewinnung von Maß und Mitte. Dieses Prinzip ist hoch sympathisch, weil es tatsächlich ein normatives Bild des Menschen anspricht, dass er eben nicht im Materiellen aufgeht. Meinhard Miegel hat dies auf die schöne Formel gebracht: Wohlstand ist nicht mehr zu haben sondern weniger zu brauchen. Das ist natürlich für alternde Gesellschaften ohnehin ein beinahe natürlicher Prozess, zumindest in der Gesamtbilanz. Aber von der freiwilligen Einsicht in dieses Prinzip sind wir doch weit entfernt. Zum einen fehlt uns die dazu notwendige Antenne in die transzendentalen Begründungen. Moderne Gesellschaften leben bekanntlich von Voraussetzungen, die sie nicht selbst reproduzieren können, aber sie können auch am Fehlen oder am Wegfall dieser Voraussetzungen zugrunde gehen. John Stuart Mill hat einmal zugespitzt argumentiert, es sei besser ein unbefriedigter Mensch als ein befriedigtes Schwein zu sein. Wem außer unserer aufgeklärten postmaterialistischen Avantgarde erschließt sich denn heute noch der Sinn dieser Aussage? Schon ein Blick in die privaten Fernsehkanäle und die dort angebotenen Rollenvorbilder zeigt doch, dass der ideale Lebenszweck des Zielpublikums sich von dem derjenigen unterscheidet, die sich mit der Attitüde des Bildungs- und Kulturbürgers verächtlich über die dort angebotene seichte Kost äußern. Erschwerend kommt hinzu, dass sich unser gesamtes Bildungssystem mehr und mehr zu einer Abrichtung in der Fabrik der allgemeinen Utilitäten verkommt, wie Nietzsche einmal geätzt hat. Das ist im Zug der Zeit erklärbar, aber es ist eben auch unbefriedigend. Wo ist der Ort des Orientierungswissens, der Aufklärung über normative Dimensionen des Handelns? Stattdessen erleben wir etwa in den Bachelorstudiengängen eine Explosion sinnentleerer Ausbildungen, die halbierte Fachmenschen ohne Geist hervorbringen und die Halbbildung sich zum Maßstab erklärt. Welchem Ideal einer Bildungsrepublik Deutschland entspricht das denn? Müssten wir uns nicht eher an den luziden Ausführungen einer Martha Nussbaum orientieren, die begründet, warum Demokratien die *Humanities* brauchen, warum es wichtig ist, über Aristoteles und Thomas von Aquin zu reflektieren, warum es wichtig ist, Körperlichkeit durch

Theater und Tanz zu erfahren, warum es wichtig ist, transkulturelle Empathie einzuüben?[2] Die **zweite** Strategie zur Wachstumsbegrenzung liegt in der Verringerung von Arbeit und der Neuorganisation der Arbeitswelt. Aber schon ein Blick in den Zusammenhang von Arbeit und Alterssicherung ernüchert. Dieser Zusammenhang besteht auf zwei Ebenen, über Umlage und über Kapitaldeckung. Im Fall der Kapitaldeckung entstehen Kapitalreserven, die sich günstige Anlagemöglichkeiten suchen und damit potentiell wachstumstreibend wirken. Im Fall des Umlageverfahrens ist angesichts der demographischen Frage das System nur zu stabilisieren, wenn die Produktivität erhöht wird (also durch mehr Wachstum) oder durch eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote, was ebenfalls das Wachstum erhöht. Mit anderen Worten: sowohl die kapitalgedeckte Alterssicherung, wie auch das Umlageverfahren sind von der Systemlogik her wachstumstreibend. **Drittens**, die Frage der fiskalischen Steuerung von Wachstum. Hier hat vor allem Christoph Binswanger Überlegungen angestellt, wie ein Wachstum begrenzt werden kann[3]. In diesen Zusammenhang gehört auch die Frage, ob es monetäre Wachstumstreiber gibt, also konkret, ob Liquiditätsüberschüsse dafür verantwortlich sind, dass wir Wachstumszwänge haben. Dies lässt sich nur sinnvoll auf der Ebene einer Volkswirtschaft modellieren in dem durch ordnungspolitische Maßnahmen sinnvolle Steuerung möglich wird. Freilich lässt sich durch eine Änderung des fiskalpolitischen Ordnungsrahmens einiges bewirken und ggf. durch eine Trennung von Transaktions- und Wertaufbewahrungsfunktion von Banken die Notwendigkeit einer Kreditausweitung unterbinden, aber die Reichweite bleibt national, vielleicht europäisch beschränkt. Das ist aber in Zeiten eines global möglichen Zugangs zu Kapital eher fragwürdig und schafft neue Ungerechtigkeiten zwischen denen, die leicht Zugang zu frischem Kapital haben und denen, für die dies nicht möglich ist. Auf der Strecke bleiben gerade solche Unternehmen, die auf einen eher regionalen oder nationalen Rahmen für die Kreditgewährung angewiesen sind. Das ist in Deutschland im Wesentlichen der Mittelstand. Demgegenüber stehen großen und international aufgestellten Unternehmen umfangreichere Spielräume für die Kapitalbeschaffung zur Verfügung, und dies sowohl bei der Gewinnung von Eigenkapital als auch bei der Aufnahme von Fremdkapital. Darüber hinaus ist ein nicht unbeträchtlicher Teil von Kapital in Alterssicherungsmodellen angelegt, die sich entsprechende Anlagemöglichkeiten suchen. Eine Rendite unterhalb der Inflation lässt ein solches System vermutlich zusammenbrechen mit völlig ungeklärten Fragen des Schicksals der Menschen, die dann in Altersarmut abgleiten. Hohe Renditeraten führen hingegen zu erheblichem Druck auf den Finanzmarkt und zu spekulativen Blasen, gegebenenfalls zu einer Überlastung des Systems.

Wir können Wachstum nicht verhindern

International können wir Wachstum nicht verhindern, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen führt ein Anstieg der Weltbevölkerung schon beinahe automatisch dazu, dass es zu Wachstumsprozessen kommt. Und zweitens haben viele Gesellschaften

sich die nachholende Modernisierung auf ihre Fahnen geschrieben. Sie wollen Lebensqualität und Wohlstand auf einem Niveau in Anspruch nehmen, wie es für uns selbstverständlich ist; und es gibt keinen normativen Grund ihnen dies zu verwehren. Schon ein kleines Gedankenexperiment zeigt warum. Nehmen wir an, nicht nur die europäischen Länder, sondern alle Kulturen und Gesellschaften weltweit hätten gleichzeitig den Wachstumspfad der industriellen Moderne begonnen. Die ökologische Krise wäre vermutlich längst eingetreten durch den Verzehr der Ressourcen oder der Überbelastung der Senken. Im Umkehrschluss heißt das, dass unsere Form des Wachstums im 19. und 20. Jahrhundert ermöglicht wurde durch einen Wachstumsverzicht anderer Gesellschaften. Ist es deshalb normativ geboten, heute auf Wachstum zu verzichten, um dies anderen Gesellschaften zu ermöglichen? Ein zentrales Argument bezieht sich auf die Frage des Modernisierungspfades. Als entwickelte und innovative Volkswirtschaft könnten wir anderen Ländern helfen, einen weniger umweltbelastenden Entwicklungspfad einzunehmen und die Kuznets-Kurve der Umweltbelastung zu durchtunneln.^[4] Ob wir die innovativen Potentiale hätten, wenn wir als Postwachstumsgesellschaft uns lediglich zum Zuschauer internationaler Entwicklungen machten, erscheint fraglich. Gerade im Bereich der Material- und Ressourceneffizienz gibt es erhebliche Potentiale zu bergen. Entscheidend ist: In Deutschland ist das *Know How* konzentriert, um die Fortschritte in der Material- und Ressourceneffizienz möglich werden zu lassen. Die Möglichkeit, diese Technologien international zu vermarkten zieht automatisch Prozesse des Wachstums nach sich und hilft die Umweltbelastungen zu senken. Umgekehrt formuliert: In einer Postwachstumsgesellschaft wäre es erheblich schwieriger Beiträge zur Lösung internationaler Entwicklungsprobleme zu leisten. Können wir es uns aus einer wachstumskritischen Binnensicht leisten, sehenden Auges keinen Beitrag zur Lösung der Modernisierungsfolgen anderer Länder leisten zu wollen? Wäre dies nicht eine Verabschiedung aus einer globalen Verantwortung?

Fazit

Die Freude über die Morgenröte einer Postwachstumsgesellschaft ist also verfrüht. Die soziale Basis dafür ist zwar aufgeklärt, aber zu klein und auch nicht in der Lage, sich als Geburtshelfer einer neuen Ordnung zu positionieren, zumal sie auch zu heterogen ist, um auch nur der Idee einer Diktatur der Postmaterialisten auch nur intellektuell nahetreten zu wollen. Es entspräche im Übrigen auch nicht dem unbedingten Glauben in die Kraft deliberativer Methoden und demokratischer Verfahren. Postwachstumsmodelle erscheinen von den Folgen her noch zu wenig durchdacht, um sie als gesellschaftliche Großexperimente präskribieren zu können. Die gesellschaftliche Verankerung, auch über die Bildungsprozesse, erscheint im Augenblick eher flach zu sein. Instrumente einer Wachstumsbegrenzung sind wenig überzeugend. Schließlich sind die internationalen Auswirkungen zu wenig bedacht, gerade auch mit Blick auf die Dimensionen des moralischen Handelns für die gesamte Menschheit. Es gibt also wenig überzeugende Argumente für eine

Postwachstumsgesellschaft, aber viele kritische Fragen unter dem Aspekt des „respicere finem“ – nicht weniger allerdings als die Weiterführung des bisherigen Wachstumsmodells.

Gegenüber dem pessimistischen Ausblick soll abschließend allerdings die Kraft der Utopie bemüht werden als Möglichkeit des Noch-nicht. Wir sind vermutlich noch sehr weit entfernt von diesen Möglichkeiten, die wir dem kreativen Impuls von Gene Roddenberry und seiner Kultserie Star Trek verdanken: Eine Welt in der Ressourcenverbrauch durch die technische Möglichkeit einer Konversion von Energie in Masse weitgehend irrelevant geworden ist; eine Welt, in der Geld als Zahlungsmittel (und damit auch als ökonomischer Wachstumstreiber) keine Rolle mehr spielt; eine Welt, in der billige und saubere Energie unbegrenzt zur Verfügung steht; eine Welt, in der Arbeit hoch mit dem Verwirklichen eigener Lebensentwürfe korreliert ist, eine Welt, in der das Wachstum sich wesentlich als Entwicklung der Menschheit definiert, als technischer Fortschritt ebenso wie als eine moralische Vervollkommnung des Menschengeschlechts, wie es die Aufklärung einmal postuliert hat. Star Trek entwirft eine Utopie des Möglichen, in der durch die Entwicklung der Technik der Mensch in die Lage versetzt wird, sich auf Gemeinschaftsprojekte der Menschheit schlechthin zu konzentrieren. Die politische Aufteilung der Welt in Staaten erscheint ebenso aufgehoben wie die Unmöglichkeit, gemeinsame Lösungen für die Bewirtschaftung globaler Allmenden zu finden. Das ist sicherlich weit entfernt von den ökonomischen, ökologischen und sozialen Möglichkeiten unserer Enkel. Aber wenn Stephen Hawking recht hat, dass die heutige *Science Fiction* das technische Faktum von Morgen sein kann, dann mag dies auch und erst recht für die gesellschaftlichen Wertvorstellungen und Ordnungsideen gelten. Was aber, wenn wir zur Verwirklichung dieser Utopie noch Wachstum brauchen?

Literatur/Quellen:

[1] Stellvertretend: Niko Paech, *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München: oekom 2012 und Meinhard Miegel, *Exit. Wohlstand ohne Wachstum*. Berlin: Propyläen 2010 sowie Tim Jackson, *Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt*. München: oekom 2011.

[2] Martha C. Nussbaum, *Nicht für den Profit. Warum Demokratie Bildung braucht*. Überlingen: Tibia Press 2012.

[3] Hans-Christoph Binswanger, Die Wachstumsspirale: Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses. Marburg: Metropolis 2009.

[4] Hierzu vor allem Ernst Ulrich von Weizsäcker, Karlson Hargroves und Michael Smith, Faktor Fünf. Die Formel für nachhaltiges Wachstum. München: Droemer 2009.

Autor: Dr. Matthias Zimmer, Geboren 1961 in Marburg/Lahn, Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU-Fraktion), Stellvertretender Bundesvorsitzender der CDA

Glücksgefühle (Filmkritik)

von Jürgen Kiontke

Unglück kommt schon lange in zahlenmäßigen Ordnungen daher: Massenarbeitslosigkeit, Großchaos bei den Finanzen, Anstieg der globalen Erwärmung - passt alles in die Excel-Listen. Da machen wir eine Gegenrechnung auf, sagen die Macher des Dokumentarfilms „Ökonomie des Glücks“ um die norwegische Umweltaktivistin Helena Norberg-Hodge. Ihnen geht es um die Parameter einer selbstbestimmten Zukunft. Ein gerechtes Weltwirtschaftssystem, Demokratie und Menschenrechte.

Zu Wort kommen in dem Film Wissenschaftler und Aktivisten aus verschiedenen Ländern. Der rote Faden ist relativ offensichtlich: Allen ist klar, dass man so wie bisher diesen Planeten nicht mehr lange wird ausbeuten können. Als Beispiele dienen die Ladakh, eine Volksgruppe im Himalaya-Gebiet Nord-Indiens, bei denen Norberg-Hodge sich ihre Sporen als Entwicklungshelferin verdient hat.

Immer gut drauf ohne Wachstum

Den Ladakh sei es früher immer prima gegangen, sagt Norberg-Hodge. Die Leute sind TOP drauf, immer gute Laune, die Wirtschaft in ruhigen Bahnen und nachhaltig, außerdem fehlte es völlig am Vergleich mit dem Reichtum anderer Leute und Medien waren nicht bekannt. Magersucht? Denkste! Ungleichheit? Fehlanzeige, weil es so etwas wie Wirtschaftswachstum gar nicht gab und auch die Eigentumsfrage nicht im Mittelpunkt stand - wozu auch. Wirtschaft funktionierte weitestgehend auf Tauschbasis, die Güter waren landwirtschaftlich. Ergo: kein Stress, kollektives

Arbeiten, seelische Gesundheit. Mitte der siebziger Jahre war damit Schluss. Geldwirtschaft und Fernsehen kamen nach Ladakh und damit die Arbeitslosigkeit und die Depression. Wenige wurden sehr schnell sehr reich, die meisten arm. Von den gesellschaftlichen Beziehungen blieb nicht viel übrig.

Dort sei es nun kaum besser als auf der gesamten Erde, sagt Norberg-Hodge. Ihre Thesen untermauert sie mit den Argumenten der indischen Aktivistin Vandana Shiva, die ihr Umweltinstitut immerhin im Kuhstall ihrer Mutter gegründet hat. Die wettet: „Globalisierung macht einsam.“ Kinder werden heutzutage von Konzernen großgezogen, die Menschen haben nichts mehr mit sich selbst zu tun. An anderer Stelle heißt es gar: „Bildung ist Konsumvorbereitung.“

Und auch der globale Handel ist eine riesige Verschwendung. Wozu soll man Äpfel aus Großbritannien zum Waschen und Polieren nach Südafrika fliegen und dann zum Verzehr wieder zurück in britische Supermarktauslagen verfrachten? Weshalb muss US-amerikanischer Thunfisch in Japan filetiert werden, um ihn dann im Mittleren Westen zu verzehren? Dann fragen Experten vom afrikanischen Kontinent, warum in ihren Ländern Biotreibstoff statt Nahrung angebaut wird. Jeder Durchschnittsindustriestaat exportiert mittlerweile exakt die Menge Milch, die er wieder importiert.

Bad Trade – No Luck

Wenn das Wirtschaftswachstum mit dem Transportvolumen steigt, zeigt dies nur: Der Glaube an die Zahlen ist Ideologie. Ressourcen verschleudern, Großkonzerne und Banken fettfüttern, die Erde zerstören - die Filmemacher stellen klar. Die Gehirne sind vom Konsum völlig abgetötet. Fürs Zusammenleben gibt es kaum Grundlagen, globaler Handel ist der größte Mist auf Erden und für jegliches Übel verantwortlich. Verelendung, Hungerkatastrophen und Massenselbstmord sind die Folge.

Der Film muss schnell auf den Punkt kommen. Er dauert nur knapp eine Stunde und seine antiimperialistischen Botschaften sind ja auch nach relativ kurzer Zeit verständlich. Man wünscht sich schnell einen anderen, einen vernünftigen Kapitalismus.

Fehlt noch das Glück. Man kommt zum konstruktiven Teil. Nun werden eine Vielzahl von guten Ideen und Initiativen vorgestellt. Mit dem Erde retten fängt man vor der eigenen Haustür an. Von der These ausgehend, dass eine Begrenzung des Wirtschaftens im regionalen Umfeld eine strategische Entscheidung für mehr Lebensqualität ist, besucht der Zuschauer die städtischen Gärtner in Detroit, der großen Autostadt, aus der sich die Konzerne zurückgezogen haben. Nun gibt es jede Menge Brachflächen, die sich die zurückgelassenen Bürger erobern. Angebaut wird

jegliche Form von Gemüse. Das Gefühl, gemeinsam etwas in der Nachbarschaft zu erwirtschaften, gefällt den Neubauern. Man hat schlichtweg wieder eine Anbindung an die Welt. Jedenfalls mehr, als wenn man zehn Stunden am Tag Autos zusammenschraubt.

Weiter geht's. Die Gemeinde von San Francisco mit ihrem jungen ökologisch bewusst denkenden Bürgermeister an der Spitze schließt nur noch Verträge mit Firmen und Versorgern, die ortsansässig sind. Ganz im Sinne von „Think global, act local“. Ein Prinzip, das sowohl in Metropolen wie auf dem Land erfolgreich zu sein scheint. Rückbesinnung auf lokal angebaute Lebensmittel und biologische Vielfalt bringt was, das sagen auch die Aktiven von *Via Campesina*, mit mehr als 400 Millionen Mitgliedern die größte soziale Bewegung der Welt. Detroit, ihr seid nicht allein.

Bad Industry – No Luck

Ansprüche zurückschrauben, Industrie sein lassen: Das ist für Norberg-Hodge und ihre Mitstreiter alternativlos. „Die neue Glücksökonomie stärkt unseren Glauben an die Menschlichkeit und fordert uns heraus, im Glauben daran, dass eine bessere Welt möglich ist“, sagt sie.

Der Film zeigt mit vielen Vereinfachungen, dass sich die Welt derzeit in mindestens zwei große gegensätzliche Richtungen entwickelt - einerseits als Filz aus Regierungen und Großindustrie. Globalisierung wird als Verfestigung der Macht von Eliten interpretiert. Andererseits widersetzen sich dem an vielen Stellen Menschen mit der Forderung die Macht zurückzudrängen. Handel und Finanzen dürfen das tägliche Leben nicht zerstörerisch beeinflussen. Menschlichkeit und Ökologie sollen den Alltag bestimmen.

Back to the future! In Ladakh, so Norberg-Hodge, habe es ja auch geklappt. Bevor der ökonomische Wahnsinn dort begann, hätten Moslems und Buddhisten 500 Jahre friedlich beisammen gelebt. Heute gehen sie sich an den Hals. Fazit: Ökonomie geht alle an. Nicht nur die dubiosen Finanzmärkte. Her mit dem schönen Leben.

Wichtige Themen in piefiger Form

„Die Ökonomie des Glücks“ ist ein furchtbar emphatischer Film. Dass die guten Menschen vor der Kamera vor Engagement nicht anfangen zu weinen, ist erstaunlich. Oft treten die seichten Bekenntnisse in brutalen Widerspruch. Die alternativen Experten, die da in ihren Büros Berechnungen anstellen, sitzen allesamt inmitten von High-end-Maschinen; Computern, die nur mit der Technologie ebenjener kritisierten Großkonzerne entstehen konnten. Fortschrittliche Bereiche - wie etwa die medizinische Versorgung - werden komplett ausgeklammert, Investitionen und

Industrieansiedlungen in strukturschwachen Regionen werden nicht weiter thematisiert.

Dagegen fehlen Seitenhiebe auf Menschenrechtsorganisationen mit anderen Interpretationsmustern und Schwerpunkten nicht. Und: Ist eine Fremdsprache lernen wirklich schon Aufgabe der eigenen Identität? Manchmal wird es doch ganz schön piefig. Nichts destotrotz behandelt der Film diskussionswürdige Prozesse. Auch angesichts der hiesigen Wirtschaft sollte man sich das alles Mal genau ansehen. Großprojekte haben regelmäßig Vorfahrt vor dezentralen und sinnvolleren Praktiken. Wenn ich mir das mal genau überlege. Dieser Text entsteht in einer Stadt, die sich gerade einen neuen Autobahnabschnitt von sagenhaften 3,2 Kilometern für noch sagenhaftere 500 Millionen Euro genehmigt. Quer durch Wohngebiete und Schrebergärten.

Bei einem anderen Großprojekt hat die Lokalisierung allerdings schon angefangen: beim missratenen, milliardenschweren Riesenflughafens in Berlin-Schönefeld. Da wachsen schon die Radieschen durch die Landebahn. In der Sprache des Films würde es heißen: Flughafen böse, Radieschen gut. Genau: Es ist zu überlegen, ob man seine Ressourcen dermaßen verschleudern sollte. Und sich mit der Umgestaltung der Wirtschaft nicht mal ein richtig großes Großprojekt vornimmt.

„Die Ökonomie des Glücks“. US u.a. 2005-2010. Regie: Helena Norberg-Hodge, Steven Gorelick, John Page. Kinostart: 1. November 2012

Autor: Redakteur des DGB-Jugend-Magazins Soli aktuell und Filmkritiker u.a. für das Amnesty-Journal.